Historische Studien,

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, G. Kallen, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch u. a. herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

____ Heft 257 ====

Die Beurteilung der deutschen Flottenpolitik in amerikanischen Zeugnissen der Vorkriegszeit

Von

Dr. Leonard O'Bryon

Verlag Dr. Emil Ebering Berlin 1934

Nachdruck mit Genehmigung vom Matthiesen Verlag, Lübeck

> KRAUS REPRINT LTD. Vaduz 1965

Reprinted from a copy in the collections of The New York Public Library

Meinen Eltern

Inhaltsübersicht.

	Seite
orwort.	5 6
 Vorfrage — Zur Entstehung des deutsch-englischen Gegensatzes. 	7—12
II. Über die Bedeutung und Wichtigkeit des deutsch- englischen Gegensatzes,	13—22
III. Der Anteil der Presse an der Entwicklung des deutsch-englischen Gegensatzes.	23—27
IV. Charakter des deutsch-englischen Gegensatzes.	28-32
V. Die Berechtigung der Flottenpolitik.	33-43
VI. Amerikas Interesse an der Flottenpolitik.	44—56
VII. Die Rolle des Kaisers für die deutsche Flottenpolitik.	57—72
VIII, Wird die deutsche Flottenpolitik zum Kriege führen?	73—87
Schlußwort,	8 8—89
iteraturangaben.	9198

Bemerkung: Amerika ist in dieser Arbeit gebraucht im Sinne von "Vereinigten Staaten".

Vorwort.

Der Zweck dieser Arbeit ist, zu zeigen, wie man in den Vereinigten Staaten über die deutsche Flottenpolitik vor dem Weltkriege dachte. Sie will nicht Stellung nehmen zu Ansichten, die sich gebildet haben, nachdem der Gegenstand, um den es sich hier handelt, eben der Weltkrieg, bereits eingetreten ist. Es ist sehr leicht, rückschauend eine Politik zu beurteilen, nachdem Jahre der Erfahrung ihre Richtigkeit oder ihre Mängel bewiesen haben. Darauf kommt es aber in dieser Arbeit nicht an, sie will Deutschlands Flottenpolitik lediglich vom Standpunkt der Vorkriegspolitik aus sehen und darstellen, welche Ansichten in bezug auf diese Frage vor dem Weltkriege in den Vereinigten Staaten vertreten wurden.

Wie aus dem benutzten Material zu ersehen ist, handelt es sich auch nur um Einzelmeinungen, die hie und da in den Vereinigten Staaten auftauchen und in führenden Zeitschriften, Zeitungen und Biographien führender Politiker vertreten wurden, nicht aber um die Meinung der Vereinigten Staaten schlechthin, da es eine von allen anerkannte entgültige Meinung gegenüber politischen Fragen der Gegenwart wohl überhaupt nicht gibt. Meinungen gegenüber der Politik sind stets beweglich und spekulativ. Feststehende Urteile bilden sich erst, wenn Politik Geschichte geworden ist.

Dies gilt vor allem für die Vereinigten Staaten, wo Zeitungen und Zeitschriften nicht in der Weise Sprachrohr einer politischen Partei sind, wie das etwa in Deutschland vor der Nationalsozialistischen Revolution der Fall war. Vor allem die europäische Politik stand den Lesern amerikanischer Zeitungen viel zu fern, als daß die Presse es der Mühe wert gehalten hätte, eine eigene Stellungnahme zu den politischen Vorgängen in Europa zu nehmen. So kam es, daß die europäische Politik zwar nicht unerwähnt blieb und einer gewissen Einstellung zu ihr, bedingt durch die besonders gearteten Lebensanschauungen der gesamten amerikanischen Öffentlichkeit, nicht entbehrte, aber Gegenstand parteipolitischer Kritik niemals wurde.

Da es sich um eine Arbeit in deutscher Sprache handelt, hat Verfasser versucht, die Mehrzahl der englischen Zitate zu übersetzen. Wenn trotzdem im Folgenden einige englische Zitate nicht übersetzt worden sind, so geschah dies in der Absicht, Sinn und Bedeutung eines solchen Zitates nicht durch entsprechende deutsche Worte unklar wiederzugeben, wie das infolge der besonderen sprachlichen Eigenheiten sonst unvermeidbar gewesen wäre.

Leonard O'Bryon Lawrence, Kansas U. S. A.

Die Arbeit ist in Marburg auf Anregung von Professor W. Mommsen entstanden.

Zur Entstehung des deutsch-englischen Gegensatzes.

Von dem Augenblick an, als Deutschland ein einiges Reich geworden war und anfing, an Kolonialpolitik zu denken, mußte es -- nach amerikanischer Ansicht -- in Konflikt mit England kommen. England hatte vor Deutschland einen gewaltigen Vorsprung. Englands Gefühl der Überlegenheit und Deutschlands Wunsch, in der Welt auch etwas zu gelten, mußten zu Reibungen führen, die sich in der Kolonial- und Handelspolitik auswirkten. Deutschland mußte gegen große Schwierigkeiten ankämpfen, um überhaupt einen Anfang machen zu können. Überall, wo Deutschland seinen Blick hinwandte, war England ihm bereits zuvorgekommen. Hinzu kam das Gefühl, daß der Handel geschützt werden müsse; aber auch darauf hatte sich England eingerichtet, lange bevor Deutschland daran dachte. Hier sehen wir den Kern unseres Problems. Wie verschieden einzelne Zeitschriften den Ursprung dieses Interessenkonfliktes betrachteten, mögen folgende Ausführungen erhellen.

Die Atlantic Monthly schrieb: "Das Verschwinden eines schwachen uneinigen Deutschland und das Entstehen einer starken agressiven imperialistischen Macht hatte die Sympathien der Engländer nicht gewonnen. Von dem Moment an, wo Deutschland ein einiges Reich wurde, wurde es auch gleichzeitig ein Nebenbuhler Englands, nicht nur im Handel, sondern auch im politischen Sinne. Als solcher wurde Deutschland nicht gerade mit Wohlwollen betrachtet."

^{1.} Atlantic Monthly, Mai 1910, S. 618.

Eine gegenseitige Mißachtung hatte dazu beigetragen, den Gegensatz zwischen Deutschland und England zu steigern. Der Wunsch Deutschlands nach größerer Machtentfaltung hatte es etwas empfindlich und reizbar gemacht, und das Herauskehren von Englands "Überlegenheit" wurde sehr unangenehm empfunden. Als das Verlangen nach einem starken Kolonialreich sich bemerkbar machte, und man einsah, "daß das Reich zu spät geboren war, um ein Kolonialreich zugunsten des deutschen Handels und deutscher Kolonisten zu schaffen, wurde der Gegensatz zwischen den beiden Ländern immer größer. Wo Deutschland sich auch umsah, hatte England sich schon niedergelassen. Für den später Kommenden waren nur die Krumen noch übrig. Das war ein natürlicher und begreiflicher Grund zur Unzufriedenheit Deutschlands."2 "Deutschland wollte, wie alle großen, ehrgeizigen Mächte, Expansion. Aber, ganz gleich, nach welcher Richtung es sich auch wandte, überall fand es England, Frankreich und Rußland als Wache."3

Als die Konkurrenz auf anderen Gebieten stärker wurde und Deutschland sich immer mehr von einem landwirtschaftlichen zu einem industriellen Staat umwandelte, kam das Verlangen nach einer starken Handels- und Schlachtflotte auf. Aber die Deutschen mußten erkennen, daß ihnen auch auf diesem Gebiet die Engländer schon weit überlegen waren.

"Daß England diesen großen Vorsprung gewonnen hatte, als Deutschland mit seinem Blut seine Einigkeit erkämpfte, erschien Deutschland als etwas Unberechtigtes. Von diesem Standpunkt aus war der Schritt nicht weit zu der Meinung, daß Betrug auch eine Rolle gespielt habe, daß England Streitigkeiten unter seinen Konkurrenten begünstigt hätte, um ihnen die Beute wegschnappen zu können. Vor zwanzig Jahren haben die Vereinigten Staaten in dieser Beziehung auch keinen großen Respekt vor England gehabt. Die Engländer lachten darüber, weil sie der Ansicht waren, daß ihre Politik nicht zu verdächtigen wäre." ²

Man sah also in der deutschen Gereiztheit eine Reaktion auf die englische Gereiztheit. Deutschland war mit seinem

^{2.} Atlantic Monthly, Mai 1910, S. 619.

³ American Review of Reviews, Januar 1912.

inneren Aufbau fertig, war eine "Macht" geworden und sah sich nun wie alle "Mächte" nach Expansionsmöglichkeiten um. Dabei stießen die Interessen der beiden Mächte aufeinander. England nahm "Haltung" an, um nicht verdrängt zu werden. Daraufhin fühlte sich Deutschland verpflichtet, ebenfalls "Haltung" anzunehmen.

Aus den letzten Sätzen des Zitats geht hervor, daß das Gefühl, England habe eine Macht gegen die andere ausgespielt, auch eine etwas gereizte Stimmung in den Vereinigten Staaten hervorgerufen hatte. Auch dort sah man die oft anmaßende Haltung Englands nicht gerne.

In den Vereinigten Staaten wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß in Deutschland eine wirkliche gereizte Stimmung gegen England erst seit der Krügerdepesche deutlich bemerkbar wurde. Und die Engländer mußten bei dieser Gelegenheit einsehen, daß sie in der Welt nicht so beliebt waren, wie sie glaubten. "Die Engländer waren immer sehr erstaunt zu erfahren, daß sie nicht überall beliebt waren, und es dauerte eine lange Zeit, bis sie den deutschen Geist etwas verstanden. Nach dem Telegramm an den Präsidenten Krüger 1896 wurde der Verdacht Englands Deutschland gegenüber immer größer."⁴

Wir finden in amerikanischen Blättern immer wieder die Überzeugung, daß die Reibungen zwischen Deutschland und England ganz natürliche Erscheinungen waren und damals notwendig auftreten mußten. Zu dieser Zeit versuchten alle starken Nationen hervorzutreten. Daß Deutschland sich solchen Gebieten zuwandte, wo England sich schon heimisch fühlte und wo es alleiniges Anrecht zu haben glaubte, verstimmte England natürlich. Und als Deutschland in vielleicht etwas unkluger Weise während des Burenkrieges seine Sympathie für die Buren ausdrückte (vor allem in der Presse), fühlte sich England beleidigt. Die Tatsache, daß es sich beleidigt fühlte, erregte in den Vereinigten Staaten Aufsehen, denn dort war es dafür bekannt, nicht gerade sehr empfindlich zu sein. Die Atlantic Monthly äußert sich dazu in folgendem Sinne: "Zwischen zwei Mächten, von denen die eine alt, schlafsüchtig und mit Handel,

^{4.} Atlantic Monthly, Mai 1910, S. 617.

Kolonien und Seeherrschaft gesättigt, die andere jung, aufstrebend, auf der Suche nach Handel, Kolonien und Seemacht war, waren Reibung und Neid natürlich und nicht zu vermeiden. Aber es war das bedauernswerte Ergebnis des letzten Jahrzehnts, daß das deutsch-englische Verhältnis gespannter wurde. Die Wut der deutschen Presse während des Burenkrieges rüttelte, vielleicht zum ersten Mal in der britischen Geschichte, die Gleichgültigkeit der Engländer gegen fremde Kritik auf. Die Engländer sind viel zu bequem und zu sehr auf die praktische Wirklichkeit eingestellt, als daß sie jemand auf lange Zeit hassen könnten. Aber es gibt doch Grenzen, die man nicht überschreiten darf, und die Deutschen haben sie überschritten, als sie die britische Armee in Südafrika als Mörder bezeichneten." Das Ergebnis war eine regelrechte Wut gegen Deutschland.

Die Verstimmung Englands aus der Zeit des Burenkrieges wurde in Amerika als Grund angesehen für die englische Weigerung, Deutschland in der Venezuelakrise gegen Amerika zu unterstützen. "Der Sturm, der in England wegen der englischdeutschen Unternehmung gegen Venezuela im Jahre 1903 ausbrach, hatte seinen Ursprung nicht nur in der Überzeugung, daß sie ein diplomatischer Fehler ersten Ranges war, sondern auch in einem Gefühl von beleidigter nationaler Würde. Nach allem, was geschehen war, konnten die Engländer den Gedanken eines Zusammengehens mit Deutschland nicht ertragen." ⁵

Kaiser Wilhelm erwog nach der Krügertelegrammaffaire, daß Deutschland eine starke Flotte haben müßte, wenn es sicher vor Drohungen anderer Länder sein wollte. Es ist hier nicht der Ort, die politische Klugheit des Krügertelegramms zu prüfen oder festzustellen, ob die Aufnahme der Angelegenheit in England berechtigt war. Das Problem wird später bei der Beurteilung der Politik des Kaisers behandelt werden. Man muß sich aber vor Augen halten, daß dieser Vorfall nach amerikanischer Ansicht den Anstoß zum Bau der deutschen Flotte gab. Die englische Regierung begann sofort mit Vorbereitungen zum Kriege. Eine besondere Flotille von Torpedobootzerstörern

^{5.} Atlantic Monthly, Mai 1910, S. 620.

wurde in Tätigkeit gesetzt. Zweitausend Mann arbeiteten mit Überstunden in Portsmouth. Die Aufregung und Aktivität waren unerhört. Diese herausfordernde Haltung Englands nach dem Krügertelegramm gab Deutschland die Überzeugung, daß England wieder seine Überlegenheit zeigen wolle, um Deutschland in Schach zu halten, und daß England dies nur tun könne, weil Deutschland keine Flotte hatte, um seinen Unternehmungen Nachdruck zu verleihen. "Das alles zeugt von der Neigung der britischen Regierung, mit Waffen der Aktion der deutschen Regierung entgegenzutreten, oder wenigstens die Deutschen auf ihre Hilflosigkeit zur See angesichts der englischen Feindseligkeit aufmerksam zu machen. Die Stellungnahme der deutschen Regierung vierundzwanzig Stunden nach der Krügerdepesche erklärte England und der ganzen Welt, daß keine Beleidigung beabsichtigt wäre. Diese Erklärungen wurden offiziell gemacht und von der deutschen Presse aufgenommen und besprochen. Die britischen Vorbereitungen wurden erst mit Erstaunen betrachtet, dann mit Unruhe und schließlich mit einem Gefühl der Erniedrigung."6

In Deutschland herrschte die Überzeugung, die britische Regierung habe die Gelegenheit ausgenutzt, den deutschen Kaiser und das deutsche Volk zu erniedrigen. Die Flottenvorbereitungen in England standen in keinem Verhältnis zu der eigentlichen Bedeutung des Krügertelegramms.

Auch in den Vereinigten Staaten war man der Meinung, daß England nach dem Krügertelegramm eine allzu schroffe Haltung Deutschland gegenüber angenommen habe. Wenn England in freundlicherer Weise Deutschlands nachträgliche Erklärungen zur Krügerdepesche aufgenommen hätte, würden Deutschlands Maßnahmen in bezug auf den Flottenbau vielleicht weniger herausfordernd gewesen sein. So sehen wir, daß Deutschlands Handlungsweise auf Englands drohende Haltung hin in Amerika verstanden wurde. Die Wichtigkeit der deutschen Absatzgebiete in der ganzen Welt wurde auch unterstrichen. In Scribners Magazine vom Juli 1910 lesen wir: "Wenn England guten Willen gezeigt hätte, wäre die Depesche wohl als ein schlecht

^{6.} Scribners Magazine, Juli 1910, S. 117-121.

gewählter, aber harmloser Ausdruck von Sympathie aufgenommen worden. In Deutschland war man der Ansicht, daß, wenn Deutschland als Seemacht fähig gewesen wäre, es mit England aufzunehmen — selbst mit ungleichen Streitkräften — dann das Telegramm in England anders aufgefaßt worden wäre, und daß, statt Geschwader und Flotillen von Torpedobootszerstörern bereitzustellen, die Versicherung Deutschlands, nichts Feindliches gemeint zu haben, angenommen worden wäre." 6

Der Annahme des ersten Flottengesetzes in Deutschland wurde in den Vereinigten Staaten keine besondere Beachtung zuteil. Es wurde nur darauf hingewiesen im Sinne von Tirpitz', "Risikogedanken". "Das erste deutsche Flottenprogramm war am 10. November 1897 fertig und wurde vom Reichstag während des folgenden Frühlings angenommen. Viele waren überzeugt, daß eine kleine Flotte kaum besser war als keine, daß nur eine Flotte, die stark genug wäre, eine Gefahr im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung für die englische darzustellen, vom praktischen Wert sei." 6

In der Zeit der Flottenbesprechungen wurde der deutsche Postdampfer "Bundesrat" von einem englischen Kreuzer in Beschlag genommen wegen Schmuggelverdachts. Diese Beschlagnahme rief in Deutschland eine Mißstimmung hervor, und bot in England Gelegenheit zu anmaßendem Gerede, wobei auch die deutsche Sympathie mit den Buren wieder übel vermerkt wurde. Der "Bundesrat" wurde bald freigelassen, aber die gereizte Stimmung blieb und bestärkte die deutsche Regierung in ihren Flottenplänen. Das Programm von 1900 wurde ausgearbeitet. Was das zweite deutsche Flottengesetz betrifft, so war die Einstellung Amerikas dazu nicht anders als beim ersten. Der "Risikogedanke" genügte, um den Bau einer größeren Flotte zu erklären und zu begründen.

Die angeführten Meinungen zeigen, daß man die Entwicklung des geeinten Deutschland zum "Reich" und die damit einsetzende Weltpolitik, durch die England sich bedroht fühlte, für die Ursache des deutsch-englischen Antagonismus hielt und Krügertelegramm und "Bundesrat"-Affaire für die ersten Anstöße zu der dann einsetzenden Entwicklung, in der die Flottenpolitik eine wichtige Rolle spielte.

Über die Bedeutung und Wichtigkeit des deutschenglischen Gegensatzes.

In den Vereinigten Staaten verwarf man zunächst die Beweggründe der Flottenpolitik, die von beiden Seiten vorgebracht wurden. Besonders kritisch verhielt man sich den englischen Argumenten gegenüber. In der Behauptung, daß Dreadnoughts in enger Beziehung zum Handel ständen, sah Worlds Work nur ein Hirngespinst. "England kann fünfzig Dreadnoughts bauen, und deswegen doch nicht ein einziges Taschenmesser mehr verkaufen als sonst; und England könnte Deutschland morgen niederschlagen ohne dadurch einen einzigen Engländer um einen Schilling reicher gemacht zu haben."

Man rechnete in gewissen Kreisen mit einem völligen Versagen des Finanzsystems im Falle eines Krieges. "Gesetzt den Fall, daß Deutschland eine Invasion machen würde, was wäre das Ergebnis? Ein Englischer Patriot schickte folgenden Brief an eine Londoner Zeitung: 'When the German army is looting the cellars of the Bank of England, and carrying off the foundations of our whole national fortune, perhaps the twaddlers who are now screaming about the wastefulness of building four or more Dreadnoughts will understand why sane men are regarding this opposition as treasonable nonsense.' Was würde denn geschehen, wenn Deutschland das tatsächlich tun würde? Nicht nur das englische Finanzsystem, sondern auch das deutsche, wäre mit einem Schlage zerstört." I Germany were extinguished tomorrow, there is not an Englishman in the world

^{1.} Worlds Work, Mai 1910, S. 12927.

who would not the day after tomorrow be the richer. Nations have fought for years over a city or right of succession. Must they not fight for two hundred and fifty million pounds of yearly commerce?' Diese Idee wurde in Worlds Work aufgegriffen: "Man zweifelt fast daran, ob man jemals zur Vernunft kommen wird, wenn es für eine führende englische Zeitung möglich ist, etwas zu drucken, was für gebildete Menschen ebenso beleidigend ist wie eine Proklamierung der Astrologie oder Hexerei. Soll gesagt sein, daß England kalten Blutes sechzig oder siebzich Millionen Männer, Frauen und Kinder erschlagen möchte? Wenn nicht, dann würden, wenn auch Heer und Flotte beseitigt wären, die sechzig Millionen Arbeiter Deutschlands immer noch da sein - die nun noch fleißiger sein würden, weil sie durch große Leiden und Entbehrungen hart geworden sind -; also noch genau so viel Rivalen für Englands Handel wie vorher, ob da nun ein Heer ist oder nicht, ob eine Flotte besteht oder nicht, das bleibt sich gleich. Selbst, wenn England wirklich Deutschland und alle Deutschen ausrotten könnte, vernichtete es damit einen so bedeutenden Schuldner, daß in London eine hoffnungslose Panik entstehen würde. Und es vernichtete ein Absatzgebiet für englische Waren, das so bedeutend ist wie Kanada und Südafrika zusammen." Hier finden wir also den Gedanken vertreten, daß durch Krieg keine Partei etwas gewinnen würde.

Im allgemeinen begegnet uns die Auffassung, daß eine Schlachtflotte zur Propagierung des Handels nötig ist. Darüber wird noch in einem späteren Abschnitt dieser Arbeit die Rede sein. Es findet sich aber auch eine davon abweichende Meinung, und die mag hier angeführt werden. "Es ist physisch und ökonomisch unmöglich, den Handel einer anderen Nation durch militärische Eroberung zu erbeuten. Große Flotten sind unfähig, den Nationen, denen sie gehören, Handel zu schaffen, und sie können nichts tun, um die Konkurrenz von Seiten anderer Nationen zu beschränken. Die Engländer reden unaufhörlich davon, daß ihr Seehandel in gewissem Sinne das Ergebnis der wachsenden Kriegsflotte sei, aber Norwegen hat einen Seehandel, der im Vergleich zur Bevölkerungsziffer ungefähr dreimal so groß ist wie der englische."

Wenn irgendwelche Nationen einen Krieg wünschen könnten, so meinte Worlds Work, könne es nur England oder Deutschland sein. Aber gerade sie wollten keinen Krieg. Es bestand wohl daß Gefühl, daß sie gegen ihren Willen in einen Krieg hineingezogen werden könnten. "Welche zwei Nationen wollen Krieg miteinander führen? Keine! Wer von den beiden liegt im Streit mit einem anderen? Keiner! Wer wird denn diesen Krieg vermutlich herbeiführen? England und Deutschland! Wo Engländer oder Deutsche sich treffen, seien es Diplomaten, Publizisten, oder Geschäftsleute, auf der Straße, zu Hause, ganz gleich wo, da gibt es nur ein Thema, das immer wieder diskutiert wird. Diskussion trägt wenig zur Klärung bei, denn niemand weiß, warum Deutschland und England kämpfen sollten, aber irgendwie gehen die Leute immer auseinander mit dem festen Glauben, daß ein Krieg kommen wird. Das Reden vom kommenden Kriege ist nicht neu. Seit drei Jahren hat man so geredet und hört nicht auf."2

Es wurde die Tatsache betont, daß die Politik anderer Länder sich abwartend verhielt gegenüber dem, was zwischen Deutschland und England sich ereignen würde. Allgemein wurde anerkannt, daß in Deutschland die Angst vor England nicht so groß war wie in England die Angst vor Deutschland. "In Deutschland ist nie eine Panik gewesen. Nur häuft sich langsam eine gewisse Stimmung an, die zu der Meinung führt, daß ein Krieg unvermeidlich ist. Wenn jemand heute Berlin, Köln oder Frankfurt besuchte, so würde er diese Meinung verbreitet finden. Und doch würde er feststellen, daß Geschäftsunternehmungen auf der Fortdauer des Friedens aufgebaut werden. In den übrigen Ländern Europas verhält man sich abwartend."²

Die Flottenrivalität hielt man schon für eine Art von Kriegszustand. Denn die Steuerzahler hatten in manchen Kriegen nicht mehr zu leisten als in der Zeit jener Flottenpolitik, und dabei wurde das Machtverhältnis der beiden Staaten auch nicht verändert. "Was wir beobachten ist eine neue Art Kriegsführung, die seltsamste, die man jemals gesehen hat. Ob die Dreadnoughts auf einander schießen oder nicht, jedes einzelne

^{2.} Worlds Work, Februar 1910, S. 12571.

von ihnen hat doch schon die andere Nation angegriffen und ihr geschadet; denn indem es gebaut wurde, provozierte es den Rivalen. Sie haben kein Blut vergossen, aber sie haben ungeheure Summen gekostet. Sie haben den Wohlstand des Feindes (eben durch die Provokation) zerstört und die Leistungskraft der Steuerzahler erschöpft. Manch eine Schlacht hat den Verlierer weniger gekostet als der Bau eines solchen Schlachtschiffes. Zwanzig Schlachten hätten geschlagen werden können in der letzten Hälfte des Jahres 1909 mit nicht größerem Aufwand als dem für die zwanzig ungeheueren Schiffe, deren Bau zu dieser Zeit begonnen wurde. Dieser seltsame und grausame Konkurrenzkampf wurde aufgenommen aus bloßer Furcht vor einem zukünftigen Konflikt. Dabei sind beide Seiten in demselben Kräfteverhältnis geblieben wie vorher, nur sind sie innerlich schwächer geworden als bei Beginn dieses Konkurrenzkampfes. Das ist wirklich ein sehr sonderbares Kapitel in der modernen Geschichte "3

Obwohl man der Auffassung war, daß durch einen Krieg weder für England noch für Deutschland etwas gewonnen wäre, hielt man die deutsch-englische Rivalität in den Vereinigten Staaten doch für den Punkt, nach dem sich die Politik aller anderen Länder richtete. Sie schloß die Entente fester zusammen und gab den Anlaß zu vielen diplomatischen Besuchen von Vertretern aller Nationen, die die friedliche Lösung dieses Problems herbeiführen sollten. Daraus ersehen wir, daß das deutsche Landheer und die englische Flotte die beiden wichtigsten Machtfaktoren in Europa waren, mit denen die anderen: Mächte rechneten. Wenn Deutschland nun auch eine große Flotte haben wollte, so mußte das natürlich zunächst eine allgemeine Aufregung hervorrufen, und die neue Tatsache mußte einer allgemeinen Betrachtung unterzogen werden.

"Auf dem Kontinent kann kein einzelner Staat gegen die deutsche Macht auftreten und ein Zusammengehen zweier oder aller Nationen stößt auf die Schwierigkeit, daß sie ihre Interessen nicht vereinigen können, und auf die Gewißheit, daß von Natur aus bei jeder Gruppierung der Mächte Österreich-Ungarn auf

^{3.} Worlds Work, Dezember 1909, S. 12315.

Deutschlands Seite stehen wird. Die britische Flotte ist die einzige militärische Macht der Welt, die allem, was Deutschland aufbringen kann, überlegen ist. Die kommerzielle und Handelsrivalität kommt noch dazu und wird jedes Jahr intensiver. Die vielen diplomatischen Besuche sind ein getreuer Spiegel dieser Sachlage. Deutschland sieht in ihnen Versuche, es zu isolieren und seine Unternehmungen aufzuhalten. Die anderen Staaten sehen in ihnen ein Mittel, Deutschlands vermeintliche Übergriffe und seinen gewaltigen Ehrgeiz in Schach zu halten. Welchen Standpunkt man auch einnehmen mag, die entscheidenden Faktoren sind in Groß-Britannien und in Deutschland zu suchen, in ihrem Wohlstand, ihrem Handel und ihrer Industrie, in der britischen Flotte und in der deutschen Armee. Die anderen Staaten wirken in dem Spiel der Kräfte mit, spielen aber nicht die Hauptrolle."4

Die zunehmende Feindschaft zwischen Deutschland und England wurde in den Vereinigten Staaten als der wichtigste Grund für die allgemeine politische Unruhe in allen Ländern Europas angesehen. Schon seit langem, schrieb die American Review of Reviews, ist es allen, die die Weltpolitik beobachten, klar, daß nur eine internationale Situation den Frieden der zivilisierten Welt bedrohe. Und das sei eben die Flottenrivalität zwischen England und Deutschland. "Es gibt keine anderen Gegensätze zwischen Nationen, die nicht schnell und friedlich gelöst werden könnten, wenn dieses deutsch-englische Problem nicht direkt oder indirekt eine solche Lösung hinauszögerte oder gar verhinderte. Politik auf allen Kontinenten wird bestimmt durch das gegenseitige Mißtrauen. Gerade weil deutsche und britische Interessen und politische Pläne sich gegeneinander richten, ist Europa in zwei Gruppen von Nationen gespalten. Und in dem letzten halben Jahrzehnt war die militärische Macht auf dem Kontinent so ziemlich gleich verteilt. Die Furcht, dieses Verhältnis zu stören, hat die Lösung vieler ökonomischer und sozialer Fragen verhindert. Weiterhin sind alle gespannten Situationen und offenen Gegensätze zwischen den europäischen Mächten in den letzten Jahren zurückzuführen auf die selbst-

^{4.} Interest of America in International Conditions, Mahan, S. 67-70.

süchtigen Versuche der beiden Länder, irgendeinen wirklichen oder scheinbaren Vorteil, den die anderen gewonnen haben, wieder wettzumachen."⁵ "Die Rivalität zwischen Deutschland und England ist der Gefahrpunkt nicht nur in der europäischen Politik, sondern auch in der Weltpolitik. Nicht, als ob andere heikle Fragen nicht existierten. — Aber sie sind nur das Anmachholz, das ein großes Feuer nur entfacht. Für ein großes Feuer muß aber Brennmaterial vorhanden sein. Hinter dieser besonderen Rivalität sind populäre Interessen und Eifersucht versteckt, die aus der Industrie und dem Geschäftsleben kommen, und welche das Wohl und die Lebensbedingungen der Bevölkerung betreffen."⁶

Der Verdacht des einen Landes gegen das andere war der tiefere Grund für das engere Zusammengehen der Ententestaaten einerseits und der Dreibundmächte andererseits. Das wurde besonders betont in der American Review of Reviews. "Es würde kein genügender Grund für das Bestehen der Entente oder des Dreibundes vorhanden sein, wenn Groß-Britannien nicht die "Weltpolitik" des Kaisers verdächtigte und Deutschland Groß-Britanniens Einfluß und Aktivität in Europa, Asien, Afrika und Amerika nicht Mißtrauen schenkte. Die traditionellen Streitigkeiten zwischen Frankreich und Deutschland, Rußland und der Türkei, Italien und Österreich hätten alle schon eine Generation früher beigelegt werden können, wenn nicht dieser deutschenglische Flottenantagonismus in die Politik fast der ganzen Welt eindränge."⁵

Das Mißtrauensverhältnis zwischen Deutschland und England wurde als der entscheidende Faktor im deutsch-französischen Streit über Marokko angesehen. Es machte den italienischen Feldzug gegen die Türkei in Afrika möglich und verhinderte dann gemeinsame Schritte der europäischen Mächte, die vielleicht Frieden zwischen den Streitenden hätten schaffen können. Dieser Flottenrivalität schrieb man entscheidenden Einfluß in der Balkanfrage und der Politik des fernen Ostens zu. "Wenn Deutschland und England zu einer Verständigung gekommen

^{5.} American Review of Reviews, März 1912, S. 281.

^{6.} Interest of America in International Conditions, Mahan, S. 163-166.

wären, wären vielleicht das Balkan-Problem und die Beziehungen zwischen Rußland und der Türkei schon längst friedlich geregelt worden. Persien verliert allmählich seine Unabhängigkeit als Nation und China seine nördlichen Kolonien, gerade weiß Groß-Britannien Angst hat, Rußland zu beleidigen, solange ihm ein mächtiges, mißtrauisches Deutschland gegenüber steht. Auf der anderen Seite schickte der Kaiser seine besten Diplomaten überall in der Welt hin um John Bull herauszufordern und wo möglich seinen Einfluß in der Welt zunichte zu machen."5

Die geographische Lage eines Landes wird stets seine Politik entscheidend beeinflussen. Der Zwang, den die geographische Lage Deutschlands auf dessen Politik ausübt, ergibt sich aus dem Problem der Zweifronten. Daß dieses Problem immer das Leitmotiv der deutschen Geschichte war, wurde schon damals in Amerika erkannt. "Schauen wir die Karte an! Deutschland ist ein gefangenes Reich. Mit der Mündung des Rheines, des deutschen Tiber, in fremder Hand - - - gleicht es einem Manne, der den Schlüssel zur seiner eigenen Haustür nicht hat. Es ist abgeschnitten von der vollen Freiheit des Baltikums, und der Nordsee, von dem Mittelmeer und dem Adriatischen Meer. Die kurze und ungünstige Küstenlinie zwischen Holland und Dänemark bildet tatsächlich den einzigen Kanal für den Handel dieser mächtigen und ehrgeizigen Nation. Und die Staaten - Holland, Dänemark, Belgien - die auf diese Weise Deutschlands Entwicklung hemmen, sind in jedem Falle schwächer als es selber. Durch kleine unbedeutende Staatengebilde wird es von fast allem abgesperrt, was es unbedingt für die Aufrechterhaltung seiner Sicherheit und die volle Auswirkung seiner Kraft braucht."7

Frankreich und Rußland bedeuteten für Deutschland auf Grund seiner geographischen Lage eine Gefahr. Deutschland mußte sich jedenfalls hüten, die Feindschaft von beiden zugleich herauszufordern. Die Gefahr wurde noch größer, als England sein Bündnissystem zu bauen begann. Es wurde richtig erkannt, daß die Freundschaft zwischen England und Frankreich das entscheidende Moment der englischen Politik würde.

^{7.} Atlantic Monthly, Mai 1910, S. 622.

"Die Möglichkeit eines englisch-deutschen Konfliktes liegt in Deutschlands Beziehungen zu Frankreich und, in etwas geringerem Grade, in seinem Verhältnis zu Rußland. Seit Groß-Britannien von dem Standpunkt seiner "splendid isolation" abwich und Bündnisse oder Ententen einzugehen begann, wurde seine Freundschaft zu Frankreich der Zentralpunkt seiner ganzen europäischen Politik. Die Engländer erklären, daß dies eine unaggressive Freundschaft sei, die keinen bedrohe, daß ihre Basis nur der beiderseitige Wunsch sei, alte, unfruchtbare Streitigkeiten und Eifersüchteleien auf kolonialem Gebiet zu beseitigen, und daß andere Staaten sich doch diesen Umständen anpassen möchten. Ebenso friedlich legen sie ihre Verständigung mit Rußland und Spanien und ihr Bündnis mit Japan aus."8

Nach der Meinung der Atlantic Monthly waren die Deutschen von dieser Auslegung der englischen Politik nicht befriedigt. Sie sahen in allen Verträgen nur das eine, daß Deutschland von ihnen ausgeschlossen war. Die englisch-französische Verständigung ging 1904 in der Marokkofrage über Deutschland hinweg. Und ähnlich führten die englisch-russischen Beziehungen 1907 zu einer Verständigung in bezug auf Persien, ohne Deutschland zu fragen. Italiens gleichgültige Haltung gegenüber seinen Bundesgenossen wurde in England mit Freude begrüßt. Man beschuldigte England, daß es seine Politik anti-deutsch einstelle, daß es sich in Deutschlands Bündnispolitik einmische und überhaupt beabsichtige, Deutschland zu isolieren.

Daß die neue Politik Englands als ein Mittel zur Isolierung Deutschlands be absichtigt war, glaubte die Atlantic Monthly nicht, aber die praktische Folge der englischen Bündnispolitik war die Isolierung Deutschlands. Dieses Ergebnis war den Engländern bestimmt nicht unangenehm. Nach amerikanischer Ansicht sah England in dieser Isolierung Deutschlands seine eigene Sicherheit. "Wahrscheinlich ist in der englischen Politik der letzten acht Jahre ein doppeltes Motiv enthalten, wenn es auch die meisten Engländer leugnen würden. Das erste Motiv zwar zweifellos das Bestreben, den Antagonismus zu beseitigen, der England und Frankreich einerseits und England und

^{8.} Atlantic Monthly, Mai 1910, S. 623.

Rußland andererseits solange voneinander fernhielt. Das war schon ein Ziel, wert genug, für sich allein verfolgt zu werden, aber während britische Staatsmänner es anstrebten, konnten sie nicht blind sein für die Tatsache, daß je mehr England sich Frankreich und Rußland näherte, um so mehr die deutsche Vorherrschaft zurückgehen mußte. Die Annäherungsversuche an Frankreich und Rußland waren, obschon nicht beabsichtigt, die Erklärung eines diplomatischen Krieges gegen Deutschland. Wenn sie sich nicht bewußt gegen Deutschland richteten, so war ihr Enderfolg als Tatsache den Engländern doch willkommen. Sie stellten wenigstens eine gewisse Sicherung gegen Deutschland dar. Und es kann nicht geleugnet werden, daß sie dadurch in Downing Street einen großen Reiz hatten. Welche Absichten aber auch der neuen englischen Bündnispolitik zugrunde gelegen haben mögen, der praktische Erfolg ist klar: die Entente und der Dreibund stehen sich heute in schärfster Rivalität gegenüber."9

England gab seine "splendid isolation" preis, ohne jedoch einen bestimmten neuen Kurs einzuschlagen. Deshalb wurde seine Handlungsweise in den Vereinigten Staaten einer scharfen Kritik unterzogen. Es wurde getadelt, daß England eine Entente Cordiale mit Frankreich schloß, unter der sich niemand etwas vorstellen konnte. Was ist eine Entente? "Es ist ein unbestimmter Status des Gefühls und des Geistes, ist aber keine Kundgebung der Politik. Es ist ein Zustand in der internationalen Atmosphäre, deutet aber auf keinen eigentlichen Kurs hin. Eine Entente bedeutet kein Aufbürden von Verpflichtungen, formuliert keine Ziele, läßt alles für alle Möglichkeiten und Zufälle offen. Es ist daher leicht möglich, daß eine solche Entente von den verschiedenen Nationen, die Zuschauer sind, verschieden ausgelegt wird." 9

Die Atlantic Monthly stellte fest, daß die Engländer selbst sich nicht über die Art ihrer Beziehungen zu Frankreich klar waren. Erst die Marokkokrise zeigte deutlich, was England tun würde, wenn Streitigkeiten zwischen Deutschland und Frankreich entstünden.

^{9.} Atlantic Monthly, Mai 1910, S. 624.

"Sehr wenige Engländer würden in ihrer Meinung über Art und Umfang der Verpflichtungen Groß-Britanniens Frankreich gegenüber auf Grund der Entente gleicher Meinung sein, aber die Haltung der englischen öffentlichen Meinung von 1905 war, als es für einen Augenblick schien, als ob Deutschland Frankreich angreifen wollte, sehr bezeichnend. Sie erklärte tatsächlich, daß jede derartige Unternehmung den gemeinsamen Widerstand von Frankreich und Groß-Britannien zu erwarten habe."

Es bestand keinerlei Bürgschaft für das Zusammengehen Englands und Frankreichs im Falle eines Krieges mit Deutschland. Weder das Bestehen der Entente an sich, noch der Vertrag von 1904 forderte von den beiden Beteiligten etwas Bestimmtes. Trotzdem waren gegenseitige Verpflichtungen als moralische Bindung vorhanden. Die Atlantic Monthly meinte, daß England durch dieses Verhältnis an die Politik Frankreichs gebunden wäre, daß es dadurch jedes Risiko übernommen habe, ohne für sich irgend etwas Besonderes als Gegenwert zu verlangen.

"Die englische öffentliche Meinung hatte entschieden, daß die Unabhängigkeit von Frankreich ein so wichtiges englisches Lebensinteresse sei, daß es unter allen Umständen verteidigt werden müsse. Unter ähnlichen Umständen wie 1904 würde die englische Regierung auch heute genau so handeln wie damals. Das ist eine sehr sonderbare Situation. Ohne von Frankreich eine Gegenleistung zu verlangen, hat sich das englische Volk verpflichtet, Frankreich gegen einen unberechtigten Angriff Deutschlands zu unterstützen. Und es sind keine Anzeichen dafür da, daß Frankreich bereit wäre, das Pflichtenverhältnis auch umzukehren und für England dasselbe zu tun."9

Man sah in Amerika richtig, daß die Art der Verpflichtungen der Entente nicht so entscheidend für die deutsche Politik war wie das Gefühl, daß eine Entente bestand, wodurch Deutschland isoliert wurde. Die Isolierung war für Deutschland umso verhängnisvoller, als es von den drei untereinander befreundeten Mächten eingeschlossen war. Das Gefühl, isoliert zu sein und das Wissen um die Gefahr die in seiner geographischen Lage begründet war, bestimmten Deutschland erst recht zu einer eigenmächtigen Politik.

Der Anteil der Presse an der Entwicklung des deutsch-englischen Gegensatzes.

Der Einfluß, den die Presse ausübte, war nicht dazu angetan, die Beziehungen zu bessern. Man hielt sowohl die englische wie die deutsche Presse für einen wichtigen Faktor, der dazu beitrug, die Reibungen zwischen beiden Staaten lebendig zu erhalten. Scribners Magazine schrieb dazu: "Perhaps of all these factors the press in its wild gamble to make money out of sensationalism, is most to blame. The press, for the sake of gain, has soiled and soured the milk of human kindness by exposing it, carelessly and unceasingly, to the pathogenic dangers of the dust of the street and the gutter." 1

Nichts ist durch Komplimente gewonnen. Scribners Magazine beobachtete sehr gut, wenn es schrieb: "Bürgermeister und Abgeordnete erzählen sich gegenseitig Witze und tauschen Komplimente aus über "turtle and sherry" oder über Johannisberger; Studentengruppen besuchen Oxford oder Heidelberg, und ein ganzer Chor erhebt sich zum Preise Goethes auf der einen und zum Lobe Shakespeares auf der anderen Seite. Inzwischen werden die gegenseitigen Beschimpfungen in der Presse immer schlimmer."

Die englische Presse muß sich nach den zeitgenössischen Berichten besonders hervorgetan haben. Die American Review of Reviews schrieb: "Alle Zeitungen der Welt sind im Vergleich zu den geradezu hysterischen Londoner Blättern phlegmatisch"² Sie war überzeugt, daß die englische Presse zum größten Teil für die antideutsche Stimmung werantwortlich wäre: "Es sind genügend Beweise vorhanden für eine weit verbreitete und tief angelegte antideutsche Propaganda in der englischen Presse."³

^{1.} Scribners Magazine, Mai 1913, S. 556.

^{2.} American Review of Reviews, Januar 1905, S. 4.

^{3.} American Review of Reviews Februar 1905, S. 238.

Der New York Herald war ganz erbost über die Bemühungen des "Jingo" Packs und seiner Presse, Unfrieden zwischen England und Deutschland zu stiften. Er sandte sogar einen Korrespondenten nach Deutschland, der über die Flottenentwicklung berichten sollte. Er war sehr erfreut als gewisse vernünftigere Londoner Zeitungen die Artikel aufnahmen. "Das "Jingo" Pack hat wieder seine Tätigkeit gegen Deutschland gerichtet. Alles wird versucht, um Aufregung über Deutschlands Flottenentwicklung hervorzurufen und so in England Feindseligkeiten gegen Deutschland anzustiften. Zum Glück besteht die Hoffnung, daß diese Bemühungen vergeblich sind. Die weniger leichtsinnigen und mehr patriotischen Londoner Zeitungen tun ihr bestes um dieser "Jingo" Agitation entgegenzuwirken. Die Daily News und der Morning Leader veröffentlichen Artikel über die deutsche Flotte, die kürzlich im New York Herald veröffentlicht wurden, Artikel, die energisch gegen die Germanophobie der sensationellen Presse protestieren".4

Der Schaden dieser skandalösen Aufrufe der "Jingo" Presse wurde von dem Korrespondenten des New York Herald erkannt, er schrieb: "Deutschland will keinen Krieg, es beabsichtigt keinen Krieg und bereitet keinen Krieg vor — die einzige Kriegsgefahr kommt von der zündenden Tätigkeit der Londoner Presse her. — — aber die Hetzer, die so viel tun, um Mißtrauen und Feindschaft zu erregen, fügen beiden Ländern großen Schaden zu. Das ist keine neue Warnung, aber sie ist nötig. Es ist höchste Zeit, — — daß der Feldzug der Londoner kriegshetzerischen Zeitungen erkannt wird als das, was er wirklich bedeutet — Zynismus, Rachsucht und Mangel an Patriotismus und ein Verbrechen gegen die Menschheit."

Der New York Herald war entschlossen, wenn möglich die Propaganda der "Jingo" Presse zu zerstören, und äußert sich hoffnungsvoll wie folgt: "Jetzt wo die Daily News und der Morning Leader den Weg gezeigt haben, mögen andere einflußreiche Zeitungen folgen und diesen verderblichen "Jingo" Geist vernichten. Wenn diese Hoffnung erfüllt würde, dann wäre die Absicht, die der Herald hegte, als er einen Korrespondenten

^{4.} New York Herald, Okt. 21, 1910, S. 11, Spalte 1.

zum Studium der deutschen Flottenentwicklung nach Deutschland schickte, erreicht und Mr. Leylands Artikel hätten dann der Menschheit unschätzbare Dienste geleistet." ⁴

Die Times war dafür bekannt, daß sie besonders radikal in ihrer Haltung Deutschland gegenüber war. "Die Times hatte unter anderen Londoner Zeitungen fast ein Monopol an schlechtem Benehmen und an Frechheit, als sie im Oktober den erwarteten Besuch des deutschen Kaisers und seines Kanzlers kritisierte und wurde deswegen von anderen Zeitungen heftig kritisiert. Bei dem Besuch des Kaisers in London war nichts interessanter als der herzliche Empfang, der ihm von einer großen Abordnung von Londoner Journalisten zuteil wurde, die warmen Worte, die er zu ihnen sprach über Macht und Pflicht der Presse, Freundschaft und gutes Einvernehmen zwischen den Nationen zu schaffen." ⁵

Der Einfluß der englischen Presse auf die Stimmung in den Vereinigten Staaten darf nicht übersehen werden. Die Engländer haben Schwierigkeiten mit Deutschland während des Burenkrieges gehabt, wie vorher erwähnt, und zur selben Zeit haben sie versucht, die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten besser zu gestalten. Es ist natürlich menschlich, zu versuchen, die Ziele des anderen als gefährlich für beide angel-sächsische Nationen darzustellen. Die Deutschen haben dasselbe getan, aber trotz der Hilfe der Deutsch-Amerikaner haben sie mit nicht so viel Erfolg ihren Standpunkt vertreten können, "weil man viel leichter das amerikanische Publikum durch die London Times beeinflussen kann, als durch die New Yorker Staatszeitung." 6

Wir haben bisher von der im allgemeinen kriegerischen Haltung der englischen Presse gehört, aber nicht alle Zeitungen waren so. Die ernster zu nehmenden versuchten, bessere Beziehungen zwischen Deutschland und England zu schaffen. Auch in Amerika hoffte man, daß die ernste Presse, vielleicht mit Hilfe der amerikanischen, zur Erhaltung des Friedens verhelfen könne. Die Atlantic Monthly war der Meinung, daß beide,

^{5.} Atlantic Monthly, März 1908, S. 398.

^{6.} The United States as a World Power, Coolidge, S. 200.

England und Deutschland, ein Recht auf Ausdehnung und Geltung in der Welt hätten. "Um bessere Beziehungen zwischen Deutschland und England zu schaffen, arbeiten die ernsthaften Zeitungen der beiden Nationen. Die amerikanische Presse kann viel für den Weltfrieden tun und für England und Deutschland manches ebnen, indem sie wieder wirkungsvoll das Urteil vertritt - - - 'there is place for both nations in the sunshine'. Und es ist höchste Zeit, daß man aufhört sich gegenseitig herauszufordern,"7 Weder ein Pan-Teutonentum noch ein Pan-Angelsachsentum ist erwünscht. Ein Zusammengehen Englands, Deutschlands und der Vereinigten Staaten wäre für alle Beteiligten günstig. "Deutschlands eigene Erkenntnis, wie wichtig es für sein Volk wäre, in Beziehung zu den englisch sprechenden Völkern zu treten, geht vielleicht aus dem vor kurzem bekannt gewordenen Erlaß hervor, der statt des Französischen die englische Sprache als die Hauptsprache in den höheren Schulen einführt."7 Diese Meldung beruhte allerdings auf einem Irrtum. Erst vor kurzer Zeit ist Englisch Hauptsprache für die deutschen Schulen geworden.

Die Vereinigten Staaten beurteilten die deutsche Presse nicht besser als die englische. "Die deutsche Presse ist peinlich eng, oft ungerecht und häufig mit Absicht andere Nationen beleidigend. Sie ist nicht nur antienglisch, sondern auch antifranzösisch und antiamerikanisch und ab und zu tatsächlich bitter."⁸

Die Macht des deutschen Flottenvereins wurde von Scribners Magazine besprochen: "Deutschland hat einen Flottenverein mit über einer Million Mitglieder und eine Zeitschrift "Die Flotte", die vom Flottenverein in einer Auflage von 400,000 herausgegeben wird. Dieser Verein erzieht nicht nur die ganze Nation, sondern begeistert sie auch durch eine starke Propaganda, die nie müde wird. — — Der führende Geist dieser Organisation ist Admiral von Tirpitz, der augenblickliche deutsche Flottensekretär — — Die Presse ist so sehr von Admiral von Tirpitz und seinen Helfern beeinflußt, daß es

^{7.} Atlantic Monthly, März 1908, S. 405.

^{8.} Scribners Magazine, Dezember 1912, S. 676.

schwer ist, einen Protest oder eine Erwiderung zu veröffentlichen. — — Die Gegner der Flottenpolitik sind von der Presse ausgeschlossen." ⁹

Current Opinion meint: "Deutsche Zeitungen sind keineswegs weniger kriegerisch als die englische Presse, wenn sie den Vorschlag eines Verhältnisses von sechzehn zu zehn für den Flottenbau ablehnt. "Wir müssen und wollen haben" wie der Londoner Telegraph sagt, "eine unerschütterliche Vorherrschaft zur See, weil sie die Freiheit des englischen Reiches bedingt. Es ist undenkbar, daß wir unsere Seemacht für irgendetwas ausliefern könnten." "Die Zahl der Schiffe, die auf beiden Seiten gebaut werden" sagt Westminster Gazette, "hängt ab und wird immer abhängen von den allgemeinen Beziehungen der beiden Länder zueinander. Wenn diese gut sind, wird die Flottenrivalität von selbst zurückgehen. Wenn sie nicht gut sind, kann man weder die eine noch die andere Macht durch Formeln binden und in ihren Rüstungen zurückhalten." "10

^{9.} Scribners Magazine, Mai 1913, S. 546.

^{10.} Current Opinion, April 1913, S. 284.

Charakter des deutsch-englischen Gegensatzes.

Das Mißtrauen, das zwischen Deutschland und England bestand, wurde in Amerika als eine Art von Krankheit auf beiden Seiten angesehen. In einem kurzen Überblick über die Art dieser Krankheit schrieb die Atlantic Monthly: "Das Kennzeichen der englisch-deutschen Krankheit ist eine gegenseitige Belastung mit fast gleichen Vorwürfen. Alle ehrgeizigen Pläne, Deutschland von deutschfeindlichen Kreisen in England vorgeworfen werden, werfen Englands Gegner in Deutschland England vor. Jeder Verdacht, der in London gegen den Kaiser ausgesprochen wird, taucht in Berlin auch gegen König Eduard auf. Groß-Britannien schickt ein Flottengeschwader in die Ostsee und eine Menge Deutscher sehen diesen Besuch wenig anders als eine Kriegserklärung an. Deutschland vergrößert seine Flotte, und die englischen Antideutschen warnen ihre Landsleute vor einem deutschen Überfall. Groß-Britannien regelt seine seit langem schwierigen Beziehungen zu Frankreich und Rußland, und Deutschland erklärt, es sei dies eine Verschwörung, um Deutschland zu erniedrigen und zu isolieren. Unruhen entstehen an der ägyptischen Grenze, und Groß-Britannien ist sofort überzeugt, daß Deutschland der Urheber ist. Der britische Premierminister schlägt einen Abrüstungsplan vor und Deutschland wittert in ihm eine schlaue, hinterlistige und heuchlerische Verschwörung gegen deutsche Interessen. Der Kaiser schreibt einen freundlichen Brief an den ersten Lord der englischen Admiralität, und die Antideutschen machen daraus den Versuch, die englischen Flottenpläne zu beeinflussen. Der deutsche Kanzler sagt etwas günstiges über England, und seine Worte werden umgedeutet als berechnendes Doppelspiel. So weit ist diese Krankheit fortgeschritten, daß der arme deutsche Kellner im englischen Hotel als vorausgeschickter Spion eines deutschen Heeres angesehen wurde."¹

Nach Ansicht der Atlantic Monthly sind diese gegenseitigen Verdächtigungen unbegreiflich, denn das englische und das deutsche Volk sind im großen und ganzen ernst, vernünftig und friedliebend, und werden doch niemals ganz den klaren Blick für die Wirklichkeit verlieren. Die meisten sahen ein, daß ein Krieg zwischen den beiden Mächten unnütz sei und ein Verbrechen bedeuten würde. "Seit zehn Jahren aber haben diese Leute sich von den Extremen unter ihnen beeinflussen und in eine Verwirrung und einen allgemeinen Mißtrauenszustand hineintreiben lassen, wo wirkliche Gegebenheiten kaum noch gesehen werden, und die Vernunft in einem Papierkrieg gegenseitiger Vorwürfe untertauchte."²

Von England aus gesehen war das deutsche Reich ein Gebilde, das durch Diplomatie, Krieg und Plünderungen groß geworden war. Die Eindrücke im Auslande von den Siegen unter Bismarck waren nicht sehr günstig. Die Tatsache, daß die deutsche Politik immer auf das Mißfallen fremder Mächte stieß, wurde von der Atlantic Monthly betont: "Es gehört nur wenig Vorstellungskraft dazu zu verstehen, daß eine Macht, die zuerst Staaten wie Dänemark, Österreich und Frankreich schlau isolierte und dann schlug, eine Macht ist, deren zukünftige Politik natürlich mit einer gewissen Unruhe beobachtet wird. In den letzten vierzig Jahren hat diese Macht, obschon sie den Frieden bewahrte, wenig getan, um diese Unruhe zu beseitigen. Deutschland ist immer noch der Ausgangspunkt einer gewissen Unruhe und Unsicherheit in Europa. Seiner Politik wird allgemein Mißtrauen entgegen gebracht."²

Atlantic Monthly kommt einer gerechten Beurteilung der Lage sehr nahe, wenn sie nicht einfach in dasselbe Horn bläst wie viele übrige Zeitschriften, die von Deutschland nur als dem Unruheherd Europas sprechen. Sie sieht ganz richtig den Kern

^{1.} Atlantic Monthly, Mai 1910, S. 621.

^{2.} Atlantic Monthly, Mai 1910, S. 622.

des Übels in dem Mangel an wirklichem Vertrauen und letzter Ehrlichkeit. Diese Begriffe sind ihr die Grundlage eines gesunden Verhältnisses zwischen den Völkern. Darüber hinaus stellt sie überall in der Politik der europäischen Völker einen Mangel an wirklich gutem Willen fest. Konsequenter Weise kommt sie so zu der Forderung nach letzter innerer Aufrichtigkeit auch für das Leben der Politik und sie geht so wirklich dem Übel an die Wurzel. "In der Diplomatie ist der gute Wille alles. Wenn Vertrauen, guter Wille und der aufrichtige Wunsch nach Verständigung vorhanden sind, wird die schwierigste Aufgabe leicht zu lösen sein. Aber wenn diese Eigenschaften nicht als Voraussetzung da sind, kann das alltäglichste Geschehen eine schwere Krise hervorrufen."

Die Flottenrivalität und das damit zusammenhängende Mißtrauensverhältnis der beiden Staaten wurde als eine bedauernswerte Entwicklung angesehen, aber als eine Entwicklung, die nicht aufgehalten werden konnte. Sie war eben eine Erscheinung der Zeit. Im Sinne der Atlantic Monthly bestand die Schwierigkeit darin, daß internationale Sympathien nicht auf rationaler Basis formuliert werden können. Atlantic Monthly meinte, Englands und Deutschlands Wege kreuzen sich nicht, sie berühren sich sogar kaum. Es bestehen zwischen den beiden Ländern keine Abmachungen, wie zum Beispiel zwischen England und Rußland oder England und Frankreich, weil der Gegenstand für solche Abmachungen fehlt. Das muß zuerst beachtet werden. wenn man die deutsch-englischen Beziehungen mit "commonsense" betrachtet. Von Anfang bis zu Ende ist in diesem diplomatischen Kriege nichts Greifbares, worüber man verhandeln könnte. Es ist nichts auszutauschen und nichts schwarz auf weiß festzulegen.

Das Fehlen jeder Gegenständlichkeit, über die verhandelt werden könnte, ließ den Antagonismus zwischen Deutschland und England etwas vernunftwidrig erscheinen. Aber diese Vernunftwidrigkeit hat den Ernst der Sache nicht vermindert, sondern verschärft. Nichts in der Welt sei so schwierig zu bekämpfen, so meinte die Atlantic Monthly "als ein Verdacht,

^{3.} Atlantic Monthly, Mai 1910, S. 620.

der sich nicht fassen läßt, und der sich weniger auf den Augenblick als auf eine unbestimmte Zukunft erstreckt, der schließlich durch dauernde Wiederholung und durch seine Unfaßbarkeit eine gewisse Glaubwürdigkeit gewinnt. Verdächtigungen dieser Art haben die öffentliche Meinung in Deutschland und in England vergiftet. In Ermangelung von Tatsachen haben die beiden Nationen aus Absichten, Motiven und Möglichkeiten eine Streitfrage gemacht. Nichts läßt sich davon fassen, weil beide glauben für "the year after next" zu denken." 4

Man war vielfach in Deutschland geneigt, zu glauben, ganz Deutschland teile die Meinung des National Review. Umgekehrt waren viele Engländer der Ansicht, daß das Schrifttum der pangermanistischen Bewegung und deren Ideologie Allgemeingut des deutschen Volkes sei.

Der Anglophobe sah König Edward an als ein Ungeheuer an Kraft und List. Der Teutophobe sah den Kaiser an als ein Wesen, das alles Hinterlistige verkörpert. Die beiden Nationen hatten völlig den Kontakt mit der festen Erde verloren. "Politisch hatten sie eigentlich nichts zu regeln, und das war das Unglück."⁴

Die American Review of Reviews äußerte sich ähnlich, wenn sie schrieb: "Zwischen dem deutschen und englischen Volk ist nie ein wirklicher Streit gewesen." ⁵

Worlds Work war überzeugt, daß die natürlichen Beziehungen zwischen Deutschland und England durchaus einwandfrei waren. Aber trotzdem wurde dieser unsinnige Antagonismus immer mehr akut. "Es besteht kein greifbares Streitobjekt zwischen Deutschland und England, noch die Aussicht auf die Entstehung eines solchen. Es besteht kein wirklicher Grund für Feindseligkeiten, wenn heute eine Macht die andere angreifen wollte, ein Vorwand müßte erfunden werden. Es existiert kein heimlicher "dossier", der die Kanzleien beunruhigt. Es schweben keine heiklen Verhandlungen in der Luft, die eine Angst rechtfertigen könnten. Wenn die internationale Sphäre zwischen diesen beiden Ländern normal wäre, wäre keine dunkle Wolke

^{4.} Atlantic Monthlyy, Mai 1910, S. 621.

^{5.} American Review of Reviews, März 1912, S. 281.

am Himmel zu sehen. Die Beziehungen könnten nicht "korrekter" sein als sie es sind." 6

Die angeführten Äußerungen zeigen, daß der deutsch-englische Antagonismus in den Vereinigten Staaten als vernunftwidrig betrachtet wurde. Das gegenseitige Mißtrauen hatte keinen realen Grund. Das Hauptunglück schien zu sein, daß nichts Greifbares bestand, worüber die beiden Mächte hätten verhandeln können.

Die Regelung von Rüstungsfragen zwischen Staaten ist immer eine sehr schwierige Angelegenheit. Es handelt sich da um einen Austausch von Versprechungen. Versprechungen sind leicht hingesagt und gerade ihre Unfaßbarkeit und Unkontrollierbarkeit und die immer vorhandene Möglichkeit, sie zu umgehen oder sogar insgeheim nicht einzuhalten, führt naturgemäß leicht zu Differenzen. Gegenseitige Versprechungen über Rüstungsfragen sind aber bestimmt mit Mißtrauen zu behandeln, weil hier die vertragschließenden Staaten in ihrem innersten Lebenskern betroffen sind und darum nicht die geringste Treulosigkeit von seiten des Partners dulden könnten.

^{6.} Worlds Work, Februar 1910, S. 12571 ff.

Die Berechtigung der deutsch-englischen Flottenpolitik.

In allen dieser Arbeit zur Verfügung stehenden Quellen fanden sich nur zwei Äußerungen, die die Berechtigung der deutschen Flottenpolitik in Frage stellten.

Theodore Roosevelt schrieb in einem Brief an Sir George Trevelyan vom 1. Oktober 1911, daß England Recht habe, wenn es behaupte, daß die Flottensuperiorität für England eine Lebensnotwendigkeit sei. Wenn aber Deutschland die Flottensuperiorität Englands zurückdrängen wolle, dürfe es sich in seinem Schiffsbau nicht so binden, daß seine Flotte in gleichem Verhältnis mitwachse. Dann habe die ganze Flottenpolitik ja keinen Zweck und koste beiden Staaten nur Geld. "I did wish that the German authorities would seriously consider whether it was worth while for them to keep on with a building program which was the real cause why other nations were forced into the very great expense attendant upon modern naval preparation." 1

"Deutschland scheint sich allmählich bewußt zu werden, daß seine ehrgeizige Weltpolitik eine große finanzielle Belastung ist. Viele Stimmen sind schon laut geworden, die verlangen, daß die Ausgaben eingeschränkt werden müssen, aber nur die Sozialisten haben vorgeschlagen, daß das Reich seine Flottenpläne beschneiden müssen und versuchen möge, mit der vorhandenen Flotte auszukommen. Es war eine gute Vorbedeutung, daß alle Parteien im Reichstag gegen den Standpunkt des Kaisers, die Flotte müsse vielleicht im Stillen Ocean in Aktion gesetzt werden, protestieren.

^{1.} Theodore Roosevelt and his Time, Bishop, Bd. 2, S. 228-9.

Man kann nur hoffen, daß all die Steuerlasten das deutsche Volk dahin bringen, erneut die politische Lage zu prüfen, die seine Staatsmänner zu der Annahme veranlaßte, die Zukunft des Vaterlandes liege auf der See. Viele Deutsche verwerfen diesen Grundsatz; aber die Deutschen sind politisch nachgiebig. Sie verzetteln ihre Macht in kleinen Parteien, von denen jede kleine, enge Interessen vertritt. In der auswärtigen Politik unterwerfen sie sich der Meinung ihrer Authoritäten." ²

Alle anderen untersuchten Quellen äußern sich bejahend zur Berechtigung der deutschen Flottenpläne. Scribners Magazine berichtete 1913 von den Fortschritten der Flottenpolitik, von der Befestigung von Wilhelmshafen und Helgoland, der Elbe- und Wesermündung, der Marineschule in Kiel und dem Bau des Kaiser Wilhelm Kanals. "Wenn man bedenkt, daß die Anfänge dieser Politik erst von 1898 datieren ... muß man Deutschland zu seinem Erfolg gratulieren."³

Als einen Grund für seine Flottenpläne gab Deutschland an, es brauche eine Flotte zum Schutz seines Handels. Worlds Work erkennt diesen Grund an: "Das Bündnis mit Österreich-Ungarn sicherte die militärische Herrschaft Mitteleuropas auf dem Kontinent. So war es Deutschland möglich, seine Aufmerksamkeit der Flotte zuzuwenden. Dazu war es sogar gezwungen durch die ungeheure Entwicklung seines Handels."⁴

"Reventlow erklärt, daß die Verstärkung der deutschen Flotte nur dem Wunsch entspringe, Deutschlands wachsenden Handel zu schützen und den Frieden zu erhalten. Über seinen Vorschlag, daß Groß Britannien seinen Nachbarn gegenüber die gleiche Großzügigkeit des Denkens zeigen möge, wie es sie im eigenen Lande predigt, sollte man nachdenken."⁵

"Die Entwicklung der deutschen Handelsmarine und der Schiffsbauindustrie war das Ziel der deutschen Flottenpolitik und diese Verbindung hat die Kosten der Flotte gerechtfertigt und Deutschland zur zweiten Flottenmacht erhoben." ⁶

^{2.} Atlantic Monthly, Januar 1909, S. 113.

^{3.} Scribners Magazine, Mai 1913, S. 546.

^{4.} Worlds Work, Januar 1911, S. 13898 ff.

^{5.} New York Herald, 8. Oktober 1909, S. 10 Spalte 2.

^{6.} Century Magazine, Juli 1912, S. 401.

"Mehr und mehr hat sich Deutschland in den letzten dreißig Jahren vom Ackerbaustaat zum Industriestaat umgestaltet. Mehr und mehr muß es sich aus diesem Grund die Einführung von Rohmaterial sichern und wenn möglich auch die Aufsicht über Gebiete, die solches Material liefern. Mehr und mehr muß es wert darauf legen die regelmäßige Einführung von Nahrungsmitteln zu garantieren, weil das eigene Land im Verhältnis zu der rasch anwachsenden Bevölkerung nicht mehr genug Lebensmittel liefert. Diese Notwendigkeiten fordern aber Sicherheit zur See."

Die Politik, die von der Voraussetzung ausgeht, daß Deutschlands Zukunft auf der See liege, ist das ganz natürliche Ergebnis der ungeheuren Bevölkerungszunahme." 6

Der Schutz des deutschen Handels war nicht das einzige Ziel der deutschen Flottenpolitik. A. T. Mahan sah den tieferen Zweck des Flottenbaus in dem Wunsch, eine so starke Flotte zu haben, daß die größte Flotte der Welt zögern würde, sie anzugreifen. Wir finden hier also den "Risikogedanken" ausgesprochen.

Mahan hat die Vorzüge der deutschen Flottenunternehmungen anerkannt, und stellte die deutsche Flottenpolitik als vorbildlich für die amerikanische hin. Er spricht schon 1912 von den Verwendungsmöglichkeiten der deutschen Schlachtschiffe bei einer 1914 möglichen Auseinandersetzung zwischen England und Deutschland. "Die deutsche Flottenpolitik bedeutet nicht, das Deutschland gegen England kämpfen will, noch weniger, daß es sich einbildet, 1914 mit sechzehn Dreadnoughts zweiundzwanzig englische besiegen zu können, wenn diese zusammen sind. Es bedeutet nur, daß wenn Deutschland eine auswärtige Politik treibt, gegen die England Einspruch erhebt — und ihre Interessen sind sehr entgegengesetzt in manchen Punkten — daß dann England trotz seiner überlegenen Flotte es sich mehr als zweimal überlegen wird, bevor es Gewalt anwendet."8

Scribners Magazine sah einen weiteren Grund für die deutsche Flotte in der Notwendigkeit des Zusammenwirkens von Land-

^{7.} The Interest of America in International Conditions, Mahan, S. 47.

^{8.} Armaments and Arbitration, Mahan, S. 62-63.

und Seemacht im Falle eines Krieges. "Es war klar, daß die deutsche Macht nicht hinreichen konnte, wo Truppen nicht marschieren konnten, wenn es nicht eine Flotte von annehmbarer Stärke hatte." 9

Entgegen der hier ausgesprochenen Meinung von Scribners gingen andere Erwägungen dahin, daß Land- und Seemacht nicht unbedingt zusammen gehören. Ihrer Lage entsprechend würde England die größere Seemacht und Deutschland die größere Landmacht zukommen. Zwar wurde Deutschland das Recht auf eine Flotte durchaus nicht bestritten, aber es wurde dann eine Überlegenheit der englischen Flotte gefordert, eben weil Deutschland sein großes Heer hatte. "Deutschland hat in den vergangenen fünf Jahren seine Flotte sehr ausgebaut ... und es ist kein Zeichen vorhanden, daß diese Aktivität aufhören wird ... Deutschland hat schon das mächtigste Heer, das die Welt jemals gesehen hat; seine Küste ist schon von Natur aus gegen Angriff geschützt." ¹⁰ Aus diesen Ausführungen wurde gefolgert, daß ein übertriebener Ausbau der Flotte abzulehnen sei.

"Eine Niederlage zur See kann für Deutschland nicht ausschlaggebend sein. Deutschland kann niemals ausgehungert werden." ¹⁰ Damit soll wieder gesagt sein, daß Deutschland nicht der Flotte die größte Bedeutung beimessen sollte, sondern der Landmacht.

"Die Gründlichkeit, Geduld und Vorsicht, die Deutschland in all seinen Unternehmungen an den Tag legt, machen es zu einem gefährlichen Rivalen. Besonders den Engländern muß es gefährlich erscheinen. Alles was England ist oder werden kann in der Welt ... seine Sicherheit, sein Handel, sein "empire", selbst der Lebensunterhalt seines Volkes hängen von der Flotte ab. Wenn es die Vorherrschaft zur See verliert, verliert es alles. Der Einsatz, den jedes Land aufs Spiel setzt, ist ungleich. Was Überlegenheit auf dem Festland für Deutschland bedeutet, das und mehr als das bedeutet Überlegenheit zur See für England. Für Deutschland ist die Seemacht nur ein nützlicher Spazierstock; für England ist sie eine Krücke, ohne die es fällt; und eine Ausein-

^{9.} Scribners Magazine Juli 1910, S. 117-121.

^{10.} Atlantic Monthly, Mai 1910, S. 625.

andersetzung zwischen den beiden Mächten um die Vorherrschaft zur See würde für Deutschland ein Kampf um Kolonien, für England aber ein Kampf um sein Leben sein." 10

"Es ist klar, daß die britische Flotte das Gegengewicht zur deutschen Armee darstellt; wenn England die Seeherrschaft genommen würde, dann hätte es keine Armee und plante auch nicht, eine zu schaffen, die der des Rivalen gewachsen wäre. Deutschland aber möchte zu seiner Armee noch eine entsprechende Flotte hinzu haben." 11

Es wurde also die deutsche Flottenpolitik nicht überall bedingungslos bejaht, sondern es gab Meinungen, die ihr nur soweit zustimmten, als die Überlegenheit der englischen Flotte nicht in Frage gestellt wurde.

In den bisher angeführten Äußerungen handelte es sich um Einzelfragen der Flottenpolitik, um Fragen wie: Braucht Deutschland eine Flotte zum Schutz seines Handels? Ist Deutschland als Landmacht berechtigt, einer reinen Seemacht durch Flottenbau Konkurrenz zu machen? Im folgenden wird die Flottenpolitik nicht als Einzelfrage gesehen, sondern als ein Teil der militärischen Rüstungen. Es wird nicht mehr gefragt in welchem Verhältnis kann die deutsche Flotte zur englischen stehen, sondern die Frage lautet: Wie sind die Rüstungsmaßnahmen der beiden Länder England und Deutschland zu verstehen, und kann von einer der beiden Mächte Rüstungsbeschränkung verlangt werden?

Scribners Magazine verstand die deutschen Rüstungen aus seiner Geschichte. Die Angst vor einem Kriege müsse in Deutschland natürlicherweise viel größer sein als in Amerika oder in England. "England hat seit achteinhalb Jahrhunderten keine richtige Invasion erlebt. Die bloße Erinnerung an Napoleons Vorbereitungen für einen Überfall verursacht schon ein Gefühl der Erleichterung und der Dankbarkeit dafür, daß sie fehlschlugen. Deutschland hat aber ein ganz anderes und furchtbares nationales Erlebnis gehabt, welches immer im Hintergrund des Bewußtseins steht, wenn Politik und Kriegsrüstungen diskutiert werden. — Die Deutschen von heute tragen eine schwere Last von Rüstungen,

^{11.} The Interest of America in International Conditions, Mahan S. 64—65.

um den lebhaften Schrecken der Vergangenheit zu entfliehen und ein Gefühl von Sicherheit zu haben, welches ihren Vorfahren unbekannt war. Der ungeheure Eifer, der angewandt wird, um für einen Krieg stets in Bereitschaft zu sein, ist eine Folge der Leiden der Vergangenheit."¹² Auch an anderer Stelle und zu späteren Zeit spricht Scribners Magazine von deutschen Rüstungen. "Es gibt keinen Grund, warum Deutschland einen sentimentalen Standpunkt in Fragen der internationalen Beziehungen einnehmen sollte. Seine eigene Geschichte ist eine Entwicklung durch Krieg".¹³

Der Outlook stimmte überein mit den Äußerungen Bethmann-Hollwegs, daß eine Nation ihre Land- und Seemacht immer im Verhältnis zu ihrer nationalen Kraft erhalten müsse. Deutschland könne sich nicht an Rüstungsbeschränkungen binden, weil es dann Gefahr laufe, die angesehene Stellung, die es jetzt unter den anderen Nationen einnehme, zu verlieren. Deutschland könne unmöglich durch Auferlegung von Rüstungsbeschränkungen die Gefahr auf sich nehmen, zur Macht zweiten Ranges herabzusinken. Dieser Meinung Bethmann-Hollwegs stimmte der Outlook zu, forderte zugleich aber auch Verständnis für Englands Rüstungen. "Deutschland ist die stärkste militärische Macht in der Welt geworden; es verlangt jetzt eine Flotte, deren Stärke in angemessenem Verhältnis steht zu den Anforderungen, die ihm aus der Sicherheit der weit entfernten Kolonien und seines immer mehr zunehmenden Überseehandels erwachsen. Soweit ist alles richtig. Aber was ergibt sich daraus für die englisch-deutschen Beziehungen? Englands Forderung nach einer Flotte, die jeder möglichen feindlichen Koalition gewachsen oder überlegen ist, ist sein gutes Recht. — Abrüstung kommt darum zurzeit weder in England noch in Deutschland in Frage." 14

Als aber der Vorschlag gemacht wurde, beide Länder sollen für ein Jahr ihre Rüstungen einstellen, da hielt der Outlook diesen Vorschlag durchaus für möglich, weil dann ja das Kräfteverhältnis unverändert bliebe. "Mr. Winston Churchills Vorschlag, daß England und Deutschland sich für ein Jahr auf ein "Naval

^{12.} Scribners Magazine, Juli 1910, S. 117-121.

^{13.} Scribners Magazine Mai 1913, S. 554.

^{14.} The Outlook, April 22, 1911, S. 858.

Holiday" einigen mögen — — würde einen vollständigen Rüstungsstillstand für ein Jahr bedeuten und würde Deutschland eine Ausgabe von nahezu 30 Millionen und England von ungefähr 60 Millionen ersparen, und die relative Stärke der beiden Länder ganz unverändert lassen. Mr. Churchills Aufforderung, die den Amerikanern nur als das Diktat des "common sense" erscheint und gegen die Widersprüche eigentlich unmöglich sind, ist von Deutschland noch nicht offiziell beantwortet worden. Mr. Churchill vermutete, daß sein Vorschlag spöttisch aufgenommen würde: aber wo sollte denn Spott diesen Vorschlag angreifen können? Er ändert doch nichts in bezug auf die relative Stärke der beiden Länder, würde aber 90 Millionen Dollar sparen. Er ist mit anderen Worten eine Sparmaßnahme, die aber in bezug auf die nationale Würde und die Sicherheit von keinem der beteiligten Völker ein Opfer verlangt. — — Der Rüstungswettstreit hört auf nur lächerlich zu sein, denn die Bürden, die er auferlegt, werden immer unerträglicher."15

Worlds Work bekannte sich zu der Auffassung, daß nur eine starke Nation lebensfähig ist, und daß die Stärke einer Nation von ihrer Wehrmacht abhänge. So sah man das Verlangen Deutschlands nach einer großen Flotte und seine Weigerung abzurüsten für "common sense" an. Das ist dieselbe Auffassung, die der Outlook von dem Vorschlag des "Naval-Holiday" vertrat. Worlds Work beruft sich für ihre Meinungen auch auf amerikanische Autoritäten. "Die Politik Deutschlands im letzten Jahrzehnt ist auf bestimmte politische Grundsätze aufgebaut, die der Kanzler aussprach, als er sich weigerte Deutschland an Rüstungsbeschränkungen zu binden. Er äußerte sich in folgendem Sinne: Die Vorbedingung für die Wohlfahrt eines Landes ist die nationale Kraft; eine Nation, die nicht politisch, das heißt militärisch, stark ist, spielt nur eine untergeordnete Rolle im Weltgeschehen; sie ist von der Duldung und dem guten Willen der anderen abhängig und unfähig ihren Einfluß in Weltkonferenzen geltend zu machen und für ihre berechtigten Interessen einzutreten; und wenn es zur Entscheidung kommt, wird sie von den stärkeren einfach ausgeschaltet. Noch konkreter wurde diese Ansicht schon bei der ersten

^{15.} The Outlook, 1. November 1913, S. 457.

Haagerkonferenz durch Baron Karl von Stengel ausgesprochen. Dieser Mann sagt in seinem Buch: Jede große Macht müsse sich bemühen, den größtmöglichen Einfluß nicht nur in der europäischen Politik, sondern auch in der Weltpolitik auszuüben, und das vor allem, weil die wirtschaftliche Kraft auf der politischen Kraft beruhe. — —

Übrigens ist das nicht nur die Ansicht deutscher Staatsmänner. Sie erfreut sich der überzeugtesten Zustimmung unserer eigenen großen Autoritäten. Admiral Mahan, dessen Buch über den Einfluß der Seemacht ihn zur hervorragenden Autorität macht, ist noch bestimmter und nachdrücklicher in dieser Hinsicht. seinem Buch schreibt er: 'The supremacy of Great Britain in European Seas means a perpetually latent control of German commerce — — The world has long been accustomed to the idea of a predominant naval power, coupling it with the name of Great Britain, and it has been noted that such power when achieved is commonly associated with commercial and industrial predominance, the struggle for which is now in progress between Great Britain and Germany. Such predominance forces a nation to seek markets and, where possible, control them to its own advantage by preponderant force.' Von dem größten angel-sächsischen Vertreter der alten politischen Doktrin ist dieser Gedanke hier also klar ausgesprochen. Die Flottenrivalität zwischen England und Deutschland ist ein Teil jenes Kampfes um die kommerzielle industrielle Vorherrschaft, die zwischen den beiden Ländern ausgebrochen ist. Mahan, von Stengel, Homer, Lea und Roosevelt begründen diese "Grundsätze" philosophisch. Sie stimmen überein mit den großen Lebensgesetzen der Welt, die wir in jedem revolutionären Prozeß finden; in der Natur ist das oberste Gesetz der Kampf ums Dasein; dasselbe Gesetz gilt auch in dem Leben von Nationen."16

Scribners Magazine sah, daß in allen Flottenbesprechungen zwischen den beiden Mächten von vornherein eine Schwäche lag, die nicht zu einem befriedigenden Ausgang führen konnte. "Die große Schwäche aller englischen Vorschläge zur Rüstungsbeschränkung ist die, daß England immer auf den "Zweimächte-

^{16.} Worlds Work, Dezember 1911, S. 149.

standard" besteht. Die Engländer verlangen, daß Deutschland vertragsmäßig die englische Überlegenheit zur See bestätige. Die Unmöglichkeit, daß ein nationales, junges, wachsendes, ehrgeiziges, selbstsicheres Volk wie das deutsche einen solchen Vorschlag annehmen könnte, läßt ihn lächerlich erscheinen, wenn man ihn vom Kontinent her betrachtet. Kein britischer Staatsman hat sich jemals bereit gezeigt, einen Vorschlag zur Einschränkung der Rüstungen in Betracht zu ziehen, der nicht auf den Gedanken beruhte, daß England weitaus das Übergewicht zur See gebühre. Die Besprechung zur Einschränkung der Flottenausgaben auf dieser Basis erscheint England nicht für unmöglich, Deutschland aber als unverschämt." 17

Scribners Magazine glaubt nicht, daß die deutschen Bestrebungen England gefährdeten. "Eine Armee oder eine Flotte bedeutet nicht mehr ein Antreiben zum Kriege als ein Schutzmann zum Einbruch. Eine Armee und eine Flotte sind nur vernünftige Maßnahmen, die jede Nation treffen muß, bis die Menschheit nicht mehr räuberisch, sondern höflich geworden ist." 18

Stark unterstrichen wurde die Berechtigung der deutschen Flottenpolitik von Deutschlands geographischer Lage aus. "Deutschland liegt im Herzen Europas und ist von Rußland, Österreich-Ungarn, Italien, der Schweiz, Frankreich, Belgien, Holland und Dänemark umgeben. Und jenseits der Nordsee ist England. Im Falle einer Unruhe in Europa ist Deutschland das Zentrum. Nichts kann geschehen was Deutschland nicht direkt betrifft, - - Die Grenzen zwischen Rußland und Deutschland sind nur Sanddünen, und die nächsten russischen Posten sind nur einige Bahnstunden von Berlin entfernt. Die Grenze Frankreichs verläuft nahe dem Rhein entlang, und es ist kein Geheimnis, daß vor einigen Monaten Groß-Britannien einen Plan ausgearbeitet hat, demzufolge es in nur 13 Tagen mit hundertundfünfzigtausend Truppen die deutsche Grenze besetzen könnte zur Unterstützung Frankreichs. Deutschlands Ozeanhandel muß durch den Ärmelkanal in Schußweite an Plymouth,

^{17.} Scribners Magazine, Juli 1910, S. 117-121.

^{18.} Scribners Magazine, April 1913, S. 470.

Portsmouth, Dover, Brest und Cherbourg vorbei fahren. Kein Wunder ist es, daß Deutschland in seiner Flotte mehr als eine "Luxusflotte" sieht."¹⁸

Aus dem Zwang der geographischen Lage leitete man schließlich die ganze deutsche Geschichte und die ganze deutsche Politik ab. Die geographische Lage zwang Deutschland dazu, sich zur Behauptung seiner Interessen bereit zu halten. Diese dauernde Bereitschaftshaltung hat das deutsche Volk so gemacht wie es ist. Der Einfluß der geographischen Lage wirkt sich bis in die Staatsform hinein aus. Ein Land, das dauernd bereit sein muß, kann nicht von einer Majorität regiert werden. Es braucht einen tüchtigen Herrscher, der es sicher führt, und dem es willig gehorcht. Es braucht aber auch Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen und ein Gefühl der Sicherheit, das ihm nur die Wehrmacht geben kann. In diesen großen alfgemeinen Zusammenhängen wurde schließlich auch die Flottenfrage gesehen. Die Flottenpolitik ebenso wie Geschichte, Staatsform, und völkische Veranlagung des deutschen Volkes ergab sich aus der Aufgabe, inmitten einer Reihe von anderen Staaten, die in derselben Weise wie Deutschland auf ihren Lebensraum bedacht waren, seine eigenen Existenzbedingungen zu erhalten und zu wahren.

"Die politische Geographie ist eine genügende Rechtfertigung für den Ausbau der deutschen Armee und der deutschen Flotte. Wir wollen gerecht sein in unseren Urteilen und zugeben, daß, wenn Japan Mexikos geographische Lage hätte, Rußland die Kanadas, Deutschland nur durch die See von England getrennt und in ein paar Stunden zu erreichen wäre, dann wären gewisse Pazifisten schon längst gehängt worden. — — Ein italienisches Sprichwort sagt: "Es ist leicht von einem Fenster aus einen Stier zu reizen'. Wir beteiligen uns nicht wenig an solch kindischem "Tamtam" von unserem sicheren Platz aus. Deutschland dagegen sieht die Welt nicht von einem so sicheren Fensterplatz aus; es ist unten in der Arena und muß darauf bedacht sein, sich zu behaupten. Das ist auch wohl der Grund weshalb die Deutschen dem herrschenden autokratischen Militarismus kaum Widerstand entgegensetzen. Die Matrosen gehorchen lieber einem Kapitän und Offizier, - ganz gleich, wie diese Vorgesetzten gewählt worden sind, — als auf der See versenkt zu werden."19

"Deutschland muß eine starke Armee und Flotte haben, muß eine starke autokratische Regierung haben, oder es ist verloren. "Ohne Armee kein Deutschland." Es kann nicht durch eine lächerliche, dumme und leidenschaftliche Majorität seine Sicherheit als Nation gefährden lassen. Wenn Deutschland regiert wäre wie Frankreich, wo man neun neue Regierungen seit Anfang des 20. Jahrhunderts hatte und 44 in den 41 Jahren des Bestehens der Republik, dann wäre Deutschland von der Karte verschwunden. Frankreich kann nur bestehen — — soweit es sich um die Landesverteidigung handelt — — weil es Frankreich plus britische Flotte ist." ²⁰

"Man darf die Ereignisse der letzten 200 Jahre in der Geschichte des deutschen Volkes nicht vergessen. Was ist denn nach alldem das größte Bedürfnis des deutschen Volkes, wenn nicht Selbstvertrauen, wenn nicht 25 Jahre Frieden, um sich von seinen Schlachten und Niederlagen zu erholen; wenn nicht eine mächtige Armee und eine tüchtige Flotte, die ihm ein Gefühl der Sicherheit geben können. Nur durch das Bewußtsein der eigenen Sicherheit kann Wohlstand und ein gewisser Stolz auf seine Leistungen aufkommen. Die Deutschen brauchen einen Herrscher, der ihnen immer ihre Ideale vor Augen hält, und ihre Energie anspornt, sie zu erreichen."²¹

Man muß sich eigentlich darüber wundern, wie weit Amerika damals vorausgesehen nat. Zwar war es von der deutschen Politik weniger betroffen als andere Länder, konnte Zuschauer sein und daher objektiver urteilen, aber die dem amerikanischen Volk eigentümliche politische und historische Betrachtungsweise zeigt sich auch in seiner Stellungnahme zu Deutschland. Es verfolgte die auftauchenden Fragen bis in ihre tieferen Zusammenhänge hinein und in der Erfassung dieser Zusammenhänge wurden Ideen ausgesprochen, die man heute wieder neu erkennt, und auf denen die heutige deutsche Politik aufbaut.

^{19.} Scribners Magazine, April 1913, S. 472.

^{20.} Scribners Magazine, April 1913, S. 471-472.

^{21.} Scribners Magazine, November 1912, S. 513 ff.

Amerikas Interesse an der deutsch-englischen Flottenpolitik.

Es ist eine politische Notwendigkeit, daß, wenn eine Macht einen politischen Schachzug tut, die anderen Mächte dann irgendwie Stellung dazu nehmen müssen. Amerika wurde von den Ereignissen in Europa nicht direkt betroffen und konnte sich deshalb Zeit nehmen, die Entwicklung der Dinge abzuwarten. Aber nur Zuschauer konnte es auch nicht sein. Schließlich mußte es eine Entscheidung treffen und aus der deutschen Politik irgendeine Folgerung für sich ziehen. Sie mußte gezogen werden in dem Augenblick, wo die deutsche Flottenpolitik nicht mehr eine Frage der europäischen Politik war, sondern in die Weltpolitik hinein ragte.

"Der englisch-deutsche Wettstreit betrifft nicht nur England und Deutschland allein. Alle Mächte sind daran interessiert und die Vereinigten Staaten nicht am wenigsten. Es handelt sich darum, ob Groß-Britannien das britische "empire" und die britische Überlegenheit zur See sich auf die Dauer halten werden. Die Zerstörung der deutschen Seemacht als Ergebnis eines Konfliktes mit England wäre ein bedeutsames, aber kaum lebenswichtiges Ereignis. Es würde Deutschland nicht mehr ruinieren als Tsuschima Rußland ruinierte. Es würde nur eine vorübergehende Wirkung in dem Verlauf der internationalen Politik haben. Die Zerstörung der britischen Seemacht aber. das Verschwinden Englands als Macht ersten Ranges, die Auflösung des Empires und der Aufstieg Deutschlands zur Beherrscherin der See würde eine Entwicklung bedeuten, die die ganze Welt in ein Chaos stürzen würde und sich sofort auf die Interessen und die Politik eines jeden Landes auswirken müßte."1

^{1.} Atlantic Monthly, Mai 1910, S. 627.

Die Atlantic Monthly meint, daß England und Deutschland die anderen Staaten naturnotwendig zur Stellungnahme — — ob freundlich oder feindlich — — zwingen. Eine indifferente Einstellung ihnen gegenüber sei unmöglich.

"Besonders die Amerikaner werden sich fragen, ob die Bande der Sympathie, des Handels oder der politischen Interessen mehr zu England oder zu Deutschland hinführen; ob sie sich unter den gegenwärtigen Umständen in ihrer Politik und in ihren Geldgeschäften durch England und die englische Seeherrschaft bedroht fühlen; ob im Falle, wo Deutschland die Seeherrschaft erlangte, amerikanische Interessen im Karibischen Meer, in Südamerika und im Stillen Ozean gefördert oder bedroht würden; ob es neben dem Interesse der Sicherheit und des Wohlergehens des eigenen Landes ein größeres amerikanisches Interesse gäbe als die Erhaltung des britischen "Empires" in seiner gegenwärtigen Machtstellung. Solche Fragen treffen heute nur taube Ohren in Amerika, - - -. Aber die Zeit könnte kommen, wo sie mit unerhörter Eindringlichkeit gestellt werden und von den Amerikanern, ob sie wollen oder nicht, ein entschiedenes "Ja" oder "Nein" verlangen."1

Äußerungen tauchten auf, die ein starkes Angstgefühl vor Deutschland zum Ausdruck brachten und manche Möglichkeiten wurden in diesem Zusammenhang diskutiert. Aus der Beobachtung der deutschen Flottenentwicklung nahm schließlich auch in Amerika die Vorstellung von einem drohenden Konflikt mit Deutschland immer greifbarere Formen an.

Das Interesse der Vereinigten Staaten an Marokko beruhte auf der Tatsache, "daß Marokko Südamerika näher liegt als irgend ein Hafen Nordamerikas — —. Deutschland kann Besitz ergreifen von einem Hafen an der Nordafrikanischen Küste, der Südbrasilien näher liegt als irgendein amerikanischer Hafen. Es hat die Möglichkeit, diesen Hafen zu befestigen und zur deutschen Flottenstation zu machen. Er wäre dann ein geeigneter Ausgangspunkt für eine territoriale Expansion sowohl nach Afrika wie auch nach Südamerika hin. Es ist nicht unnatürlich, wenn solches Geschehen Unbehagen in England und in Frankreich hervorrufen würde und es würde auch eine Gefahr für

Südamerika bedeuten, zu dessen Schutz die Vereinigten Staaten durch die Monroe Doktrin verpflichtet sind."²

"Deutschland, das eigentlich im Wohlstand schwimmt, empört sich gegen unsere Monroedoktrin. — — Zu Deutschland stehen wir in sehr guten Beziehungen, und es ist immer so gewesen. Wir sind an keiner geheimen Abmachung zu Deutschlands Nachteil beteiligt. Wir haben den Bau seiner Bagdadbahn nicht blockiert noch uns irgendwo der Ausdehnung seines Einflusses entgegengesetzt. Nahezu ein Viertel unserer Bevölkerung ist deutscher Abstammung. In unserem Erziehungssystem hat Deutschland zum größten Teil den Platz Englands eingenommen. Der deutsche Handelsverkehr mit New York ist sehr groß. Aber es wird gesagt, daß unsere Monroedoktrin, die England annehmbar erscheint, für Deutschland herausfordernd sei. Deutschland könnte eines Tages eine Kohlenstation im Karibischen Meer verlangen. Vielleicht könnte die hübsche Insel St. Thomas ihm zu diesem Zweck verkauft werden. Es könnte hoffen Brasilien zu teilen und den südlichen Teil, wo schon so viele Deutsche wohnen, für sich in Besitz zu nehmen. Aber all das findet noch keine Bestätigung in der Wirklichkeit."3

"Es sollte die Politik des amerikanischen Volkes sein, alles, was in seiner Macht steht zu tun, um einen Krieg zu verhindern. Es sollte aber ebenso sehr darauf sehen, für einen Krieg bereit zu sein. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß ein Krieg etwas Brutales und Babarisches ist, aber es kann auch kein Zweifel darüber existieren, daß Krieg eine Tatsache ist, mit dessen Möglichkeit auch heute noch gerechnet werden muß. — — Da die herrenlosen Gebiete der Welt kleiner werden, muß die Konkurrenz zwischen Nationen und Rassen unvermeidlich größer werden, und kriegerische Gewalt wird letzten Endes eine immer wichtigere Rolle spielen. — — Das heißt aber nicht, daß Kriege häufiger werden. Im Gegenteil, die Entwicklung der Kriegsmacht der zivilisierten Nationen ist die beste Garantie für die Erhaltung des Friedens. Umgekehrt

^{2.} The Outlook, 5. August 1911, S. 760.

^{3.} Worlds Work, Dezember 1912, S. 191-193.

fordert die Vernachlässigung der Kriegsmacht bei irgendeinem Staat zu Überfällen auf dessen Gebiet geradezu heraus."4

Die vorangehenden Zitate zeigen, daß die deutsche Flottenpolitik doch eine Beunruhigung für Amerika war. Man wollte durchaus keinen Krieg, und noch bestanden keine direkten Anzeichen dafür. Aber es wurden doch Stimmen laut, die sich für eine angemessene Rüstung Amerikas aussprachen, damit es im Falle eines Konfliktes mit Deutschland bereit sei. Der Konflikt konnte entstehen, wenn Deutschland als heranwachsende Seemacht in amerikanische Interessengebiete eindränge.

England, der "gesättigten" Seemacht gegenüber war man weitaus unbesorgter. "Die Nationen der Welt haben zwei Tatsachen zu beachten: erstens die allgemeine Rivalität (Afrika - Südamerika); in Südamerika durch die Monroedoktrin erschwert, und zweitens die deutsche Flotte, die bald jeder anderen überlegen sein wird mit Ausnahme der britischen. Wenn England seine volle gegenwärtige Vorherrschaft behält, dann würde das zusammen mit der insularen Lage Englands Deutschland in Schach halten können; aber wenn diese Schranke beseitigt wird, dann ist überhaupt kein Halt mehr da. Es folgt daraus, daß die Macht Englands ein Gegenstand des nationalen Interesses für jede andere Macht ist. Da England viel liberalere Einrichtungen hat, aus denen sich auch eine schwächere Organisation der Gewalt ergibt, und da es bereits mit Kolonien gesättigt ist, ist kein Ansporn vorhanden für einen englischen Angriff auf ein anderes Land, am wenigsten auf die Vereinigten Staaten. England hat auch nicht die nationale Leistungskraft, die Deutschland augenblicklich hat und worin Deutschland zurzeit vorbildlich ist.

Die Vereinigten Staaten müssen einsehen, daß die europäische Politik amerikanische Interessen unmittelbar und unvermeidlich berührt. Wenn Deutschland sich entschließt, für sich eine führende Stellung in der Weltpolitik zu gewinnen, und eine Flotte zu bauen, die, nach Fertigstellung, die derzeitige englische an Stärke übertreffen wird — — so übt Deutschland das unbestreitbare Recht eines unabhängigen Staates

^{4.} Scribners Magazine, Februar 1912, S. 186-191.

aus, der niemand Rechenschaft über seine Handlungsweise schuldig ist. Aber indem es das tut, wird die Macht Deutschlands größer als die jedes anderen einzelnen Staates."⁵

Trotzdem England als Seemacht den Amerikanern weniger gefährlich schien als Deutschland, wurde das Verhältnis der Vereinigten Staaten zu England eifrig diskutiert. In den letzten 100 Jahren waren Streitfragen zwischen England und Amerika aufgetaucht, und nicht alle Amerikaner liebten England und nicht alle Engländer Amerika - "Aber wir haben Frieden gehabt, und seit England zur Zeit des Spanischen Krieges zu den Mächten, die sich einmischen wollten, "hands off" gesagt hat, seit der Zeit ist unsere Freundschaft fester geworden. Aber es bestand wenig oder gar keine Schmeichelei zwischen uns. - - Wir waren auf einander eifersüchtig und gegenseitig mißtrauisch noch vor hundert Jahren, so wie England und Deutschland es heute sind, aber wir haben das alles beseitigt durch unsere gutmütige gegenseitige Unabhängigkeit. Wir haben unsere Verschiedenheit betont, aber zugunsten der wertvollen Eigenschaften, die wir gemeinsam haben und beide schätzen. "6

"Obwohl England ohne allen Zweifel wegen seiner großen Flotte und wegen seiner Lage in der Nähe unserer Küste der bedeutendste Feind ist, der gegen uns aufstehen könnte, ist ein aufrichtiges Verstehen mit diesem Lande eines der ersten unserer außenpolitischen Interessen. Zweifellos suchen beide Nationen ihren eigenen Vorteil; aber beide sind beherrscht von einem Geist der Gerechtigkeit, der aus denselben Quellen kommt und tief verwurzelt ist in der Veranlagung der beiden Völker. Welche Streitfragen auch immer vorübergehend auftauchen mögen, eine Beachtung des gegenseitigen Rechtsstandpunktes wird bestimmt darauf folgen. Formelle Bündnisse kommen zwischen uns nicht in Frage, aber die Anerkennung der Ähnlichkeit des Charakters und des Denkens wird eine Sympathie

^{5.} The Interest of America in International Conditions, Mahan S. 75—82.

^{6.} Scribners Magazine, Mai 1913, S. 556.

hervorbringen, die ihrerseits wieder ein Zusammengehen ermöglicht, das beiden nützlich ist."7

Roosevelt hatte nicht viel Vertrauen zum Kaiser, aber gleichzeitig keine sehr hohe Achtung vor der englischen Regierung. In seinem Brief vom 20. April 1905 meinte er, daß der deutsche und der englische Herrscher sich gegenseitig verdächtigten. Er sagte, der König von England habe ihn daran erinnert, daß England ein wirklicher Freund sei, Deutschland aber nur ein "make believe" Freund. Ebenso versuchte Deutschland, ihn von seiner Freundschaft zu überzeugen und ihm klarzumachen, daß England in Koalition gegen die Interessen der Vereinigten Staaten eintreten wolle. Das wäre aber nach Roosevelts Meinung — ganz abgesehen von moralischen Überlegungen — ausgeschlossen, weil die britische Regierung viel zu schlaff sei, so etwas überhaupt zu unternehmen.

Trotzdem, oder vielleicht eben deshalb glaubte Roosevelt, in England die größere Sicherheit für Amerika zu sehen. In einem Brief vom 7. August 1906 an Reid, den Botschafter der Vereinigten Staaten in London, schrieb Roosevelt: "I should like to see the British navy kept at its present size, but only on condition that the continental and Japanese navies are not built up. I do not wish to see it relatively weaker to them than is now the case." 8

Roosevelt wünschte aber nicht nur eine starke englische Flotte, sondern er beobachtete die Entwicklung in anderen Ländern und besonders in Deutschland. Das zeigt sich in seinen Briefen. Am 2. August 1897 schrieb er an Kapitän B. H. Mc Calla, daß er sich ihm anschließe in der Meinung, daß Deutschland die Macht sei, mit der man in Zukunft in feindliche Berührung kommen könne. Er wünsche sehr, daß das amerikanische Volk von der Notwendigkeit einer großen Flotte zu überzeugen wäre. Ein paar Tage später, am 11. August, schrieb er einen langen Brief an Arthur Spring-Rice, der damals bei der englischen Gesandschaft in Berlin und später englischer Botschafter

^{7.} The Interest of America in Sea Power, Present and Future, Mahan, S. 27.

^{8.} Cortissoz, Bd. 2, S. 343, Life of Whitelaw Reid.

in Washington war. Hier betonte er wieder die Notwendigkeit einer großen Flotte für die Vereinigten Staaten, um sofort einschreiten zu können, falls Deutschland nur einen Fuß auf amerikanische Erde setze. Theoretisch interessiere ihn Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit nicht. Die Deutschen seien nur als Einwanderer auf dem amerikanischen Kontinent willkommen. Wenn Deutschland aber beabsichtige, sich in Amerika auszudehnen, müsse es erst die Vereinigten Staaten schlagen. Dieselbe Idee wurde in einem Brief an General James H. Wilson vom 23. August 1897 wiederholt. Roosevelt meinte, daß die Vereinigten Staaten niemals England als Flottenmacht Konkurrenz machen könnten. Aber die deutsche Flotte sollte durch eine amerikanische doch übertroffen werden können.

Roosevelt zog aus der Beobachtung der deutschen Flottenpläne einen doppelten Schluß. Einerseits wünschte er die Erhaltung der englischen Macht auf ihrem damaligen Stand; und andererseits wünschte er für Amerika nun die Schaffung einer Flotte, die stark genug wäre, eine eventuell von Deutschland her drohende Gefahr. abzuwenden.

Mit dieser letzten Forderung stieß er aber nicht auf allgemeine Zustimmung. Die Frage einer amerikanischen Flottenpolitik wurde ebenso wie die deutsche Flottenpolitik sehr eifrig auf Für und Wider diskutiert.

Der Hauptgrund für die Stellungnahme gegen eine amerikanische Flottenpolitik war die Erkenntnis, daß Deutschland und England ungeheure Summen für die Schaffung ihrer Flotte aufbringen mußten. Man glaubte, das Amerika es nicht nötig habe, so viel Geld in ein solches Unternehmen zu stecken. Es war aber auch ein Kern von Nationalstolz in der Ablehnung enthalten. Wenn man schon auf einem Gebiet sich in einen Wettstreit mit anderen Nationen einließ, dann wollte man sich nicht damit begnügen, eine Macht dritten Ranges zu sein. Lieber wollte man seine Unabhängigkeit bewahren.

"Die Kosten für Deutschlands ungeheure militärische Aufrüstung, ganz zu schweigen von seiner Flotte, legen dem deut-

schen Volk eine gewaltige und immer wachsende Steuerlast auf. Die Deutschen bezahlen sehr viel für ihren Nationalstolz und ihr Prestige. — — Es ist nur eine Frage der Zeit, wann dieses Rüstungssystem einem mutigen Idealismus und den wirtschaftlichen Notwendigkeiten unserer Tage weichen muß. Was soll man nun zu unserer Dummheit sagen, daß wir in einen Wettstreit um Auszeichnungen für Kriegsrüstungen eintreten wollen?"9

"England mag die erste Seemacht sein, Deutschland die erste militärische Macht zu Lande, aber Amerika ist die erste wirtschaftliche Macht in der Welt, welche die beiden anderen kommandiert. Der Friede, wie wir alle wissen, dauert länger als der Krieg; und eine Nation, welche die anderen, ohne sie zu überrumpeln, in Kriegs- und Friedenszeiten beherrschen kann. indem sie nur den Handel als Waffe benutzt, braucht keine anderen Waffen. Solch ein Land ist Amerika. Solange unsere Zivilisation besteht, ist unsere Weltstellung gesichert. Darum — — braucht es überhaupt keine Flotte, oder wenigstens keine größere als die, die wir schon vor zehn Jahren hatten. Ein erfolgreicher Angriff auf seine Küsten ist unmöglich; durch seine geographische Lage ist es 3000 Meilen von jedem möglichen Feind entfernt, seine eigene Produktion ist unbegrenzt und vollkommen ausreichend, und sein Überseehandel liegt auf fremden Schiffen; politisch gesprochen ist es ganz unabhängig. Und doch ist es Dreadnought-toll geworden. Es war tatsächlich das erste Land, das dem englischen Beispiel folgte. Wirklich ein gutes Beispiel der amerikanischen Unabhängigkeit!" 10

"Hat die Monroedoktrin etwas mit der amerikanischen Flotte zu tun? Vielleicht ja! Aber trotz der Monroedoktrin und der amerikanischen Armee und Flotte könnte Amerika kaum etwas machen, wenn eine starke europäische Macht sich in einer südamerikanischen Republik ansiedeln wollte." ¹¹

"Unsere selbstsüchtigen Konkurrenzgelüste wurden durch die deutsche Flottenpolitik, die Deutschland vor zwei oder drei Jahren

^{9.} The Century Magazine, April 1910, S. 952.

^{10.} The Atlantic Monthly, Januar 1911, S. 42.

^{11.} The Atlantic Monthly, Januar 1911, S. 43.

zum Ziel unserer "Jingo" Reden machte, aufgestachelt. Bevor uns der deutsche Gesandte oder sonst jemand die niedrige Zahl der Deutschen in Brasilien mitteilte, waren wir fest überzeugt, daß schreckliche Dinge von dort unten her drohten, und daß unser alter Monroegong hervorgeholt und tüchtig geschlagen werden müßte. Vielleicht bot sich hier eine glänzende Gelegenheit, die Fähigkeit unserer neuen Flotte zu zeigen; das allgemeine Kopfschütteln über die drohenden Deutschen trug dazu bei, ein oder zwei Extrakreuzer zu bekommen. Unser Schreck über Deutschland war eine kleine Attacke, scheint aber jetzt vorüber zu sein." 12

"Wird Amerika eine Führerstellung erringen? Zur Zeit sind wir Nachahmer. Wie erniedrigend ist es, in der Flottenparade England immer auf dem Fuß zu folgen aus Angst, man könnte auch hinter Deutschland zurückbleiben! Warum nicht einen Weg wählen, wo Amerika die erste Macht sein kann? Warum nicht einen Zug von Nationen anführen, die in eine andere Richtung wollen? Das wäre Amerikas Aufgabe. Könnte es nicht durch sein mutiges Beispiel den Rüstungen der Welt Einhalt gebieten? Die Nation, die das täte, würde sich unsterblichen Ruhm sichern." ¹³

"Jede Vermehrung der amerikanischen Flotte stärkt die Militaristen in London, Berlin und Tokio. Die Schwierigkeit, für den amerikanischen Flottenbau einen Grund zu finden, vergrößert das Übel. Japan hat eine Flotte, weil es von Rußland dazu getrieben wurde. Es gibt eine Entschuldigung für die deutschen Rüstungen, denn es muß Revanche fürchten. Man kann die große englische Flotte rechtfertigen, weil Englands Politik herausfordernd war, und weil es ein Inselreich ist, das ausgehungert werden kann, wenn es nicht die See beherrscht. Aber warum sollten die Vereinigten Staaten eine starke Flotte haben?" 14

"Es steigert nur die Verwirrung, wenn die Vereinigten Staaten Millionen für Kriegsrüstungen ausgeben, und dann den Rivalen ein schön gebundenes Buch über die "Seligkeit des Friedens" überreichen." ¹⁵

^{12.} Atlantic Monthly, März 1908, S. 399.

^{13.} Atlantic Monthly, März 1909, S. 388.

^{14.} The Atlantic Monthly, März 1909, S. 384-5.

^{15.} Scribners Magazine, Mai 1913, S. 553.

Die hier angeführten Zitate zeigen alle eine ablehnende Haltung Roosevelts Flottenplänen gegenüber. Wir finden aber ebenso entschiedene Äußerungen, die sich dafür aussprechen.

Die Argumente für den Flottenbau sind genau die gleichen die auch in Deutschland dafür vorgebracht wurden.

"In der kürzlichen Flottenbesprechung gab es zwei verschiedene Gruppen von Ratgebern. Die einen, die den Bau eines Schlachtschiffes jährlich propagierten, hielten sich für die einzigen Vertreter der Friedenspolitik. Aber diejenigen, die den Zweischiffplan vertraten, mögen ebenso gut Friedenspolitiker sein, denn — — die Stimme der Vereinigten Staaten zugunsten einer internationalen Gerechtigkeit ist viel wirksamer, wenn man weiß, daß ihnen eine gute Flotte und eine gute Armee zur Verfügung steht, um ihren Absichten Nachdruck verleihen und ihre Rechte verteidigen zu können. So muß die Regierung der Vereinigten Staaten eine Politik des Friedens führen und gleichzeitig auf eine starke Macht bedacht sein, um den Frieden noch sicherer zu machen." 16

"Eine Flotte mag gefährlicher erscheinen als sie in Wirklichkeit ist, aber um überhaupt eine Flotte zu sein, sollte sie gefährlich sein. Wir glauben nicht, — — daß jedes neue Schlachtschiff eine Aufforderung zum Krieg ist. Wir glauben, wie Senator Lodge sagte, daß die Unterhaltung einer starken Flotte die beste Bürgschaft für den Frieden ist. Wir nehmen an, daß Senator Lodge selbst darin zustimmen würde, daß, wenn irgendwo die Kosten des Flottenbaus ein normales Maß überschreiten, Rüstungseinschränkungen auf Grund von internationalen Abkommen gemacht werden. In diesen Abkommen wird Amerika unvermeidlich der Führer sein, denn glücklicherweise ist seine Flottenpolitik niemals bestimmt gewesen durch die Fähigkeit, mit anderen Nationen in bezug auf Zahl und Größe der Schlachtschiffe in Wettstreit zu treten. Sie war nur von der Notwendigkeit bestimmt, amerikanische Interessen zu schützen und den Frieden der Welt zu erhalten. — — Wenn wir also eine starke Flotte haben wollen, müssen wir eine beharrliche Politik führen und der Kongreß darf sich in Einzelheiten nicht einmischen."17

^{16.} The Outlook, 8. April 1911, S. 772.

^{17.} The Outlook, 4. Juni 1910, S. 232.

"Es ist nicht uninteressant zu erfahren, — — daß Groß-Britannien beabsichtigt den Frieden Europas durch den Bau einer unangreifbaren Flotte zu erhalten. Auch unser Land ist seinen Bürgern eine solche Pflicht schuldig. Natürlich ist eine so große Ausdehnung der Flotte bei uns nicht nötig, weil Amerika eine glücklichere und sicherere Lage hat durch das es umgebende Meer. Die größte Kraft für die Erhaltung des Friedens in diesen unruhigen Tagen internationaler Konkurrenz und Eifersucht ist die Bereitschaft zum Kriege, die einen Angriff verhindert oder einen Streit möglichst schnell und mit möglichst wenig Opfern schlichtet, wenn Überzeugung und Einsehen nicht mehr möglich sind. - - In der Stunde nationaler Gefahr, wenn das Leben von Nationen auf dem Spiel steht, dann kann kein Bitten die Wut zurückhalten oder der berechnenden Selbstsucht des Rivalen entgegentreten. — — Es ist traurig aber darum nicht weniger wahr, daß, bis der Mensch zum Übermenschen wird, und edlere Motive die menschliche Lebensführung beeinflussen, die Möglichkeit, Angriffe abwehren zu können, der einzige Weg zur Verhinderung des Krieges ist. — — Diese Meisterschiffe, die zur Zeit gebaut werden, stellen bis jetzt die höchste Leistung auf dem Gebiet der Seemacht dar. Diese Verteidiger unserer heimatlichen Küsten sind unbestreitbar die sicherste Bürgschaft für den Weltfrieden." 18

Die Gründe, die in Amerika für eine ernergische Flottenpolitik angeführt wurden und die mit den deutschen so sehr übereinstimmen, zeigen, daß die ganze Welt von einem Rüstungsfieber und von einer Kriegsangst befallen war. Die amerikanischen Flottenrüstungen wandten sich nicht im besonderen gegen eine mögliche Auseinandersetzung mit Deutschland, sondern sie sollten eine Sicherheitsmaßnahme darstellen gegen jedweden Krieg mit irgend einer anderen Macht. Zwar erwartete man die Möglichkeit eines Konfliktes am ehesten von seiten Deutschlands. Vielleicht waren Deutschlands Flottenbestrebungen der Anlaß, daß das allgemeine Rüstungsfieber auch auf Amerika übergriff. Mit der Tatsache einer großen englischen Seemacht rechnete man als etwas Selbstverständlichem, und man dachte nicht daran, ihr

^{18.} New York Herald, 25. Dezember 1909 Redaktion, Spalte 2.

Konkurrenz zu machen. Man kannte ihre Ziele und wußte, daß diese Seemacht für Amerika ungefährlich war. Deutschlands Politik aber war etwas ganz Neues und man konnte von ihrer Entwicklung alles Mögliche erwarten. Daher verstehen wir es, daß diese neue Politik Deutschlands ein kleiner Unruhepunkt für Amerika war. Es war aber nicht so, daß Amerika nun eine feindselige Stellung Deutschland gegenüber eingenommen hätte. Abgesehen von einigen Hetzreden und Hetzschriften, die es immer in allen Ländern gibt, war die Haltung dem deutschen Flottenbau gegenüber durchaus tolerant, das heißt, man suchte Deutschlands Gründe dafür zu verstehen und zu rechtfertigen. Nur suchte man sich darüber klar zu werden, welche Folgerungen daraus für die eigene Politik entstehen würden. Die verschiedenen Möglichkeiten sind in diesem Abschnitt bereits besprochen worden. Die innere Haltung Deutschland gegenüber mag durch die folgenden Äußerungen noch klarer werden.

"Es ist Englands Sache, vielleicht bis zu einem gewissen Grade auch unsere, zu wissen, wieviel Schiffe Deutschland jetzt baut und wieviel Männer es zu ihrer Besatzung ausbildet. Aber es ist nicht im geringsten die Angelegenheit von irgend jemand, nach Deutschlands Motiven zu fragen oder zu versuchen, ihm seine Politik vorzuschreiben. Unsere Angelegenheit ist es, den Mund zu halten und Schiffe zu bauen, eine Marine zu erziehen entsprechend der Beobachtung dessen, was für unsere Sicherheit im Falle einer kriegerischen Entladung nötig ist. — — Nur eine enge Denkweise und ein Mangel an Kenntnis fremder Länder kann eine derartige Unruhe und so viel unsinniges Gerede heraufbeschwören." 19

"Es besteht nicht viel Gefahr, daß wir in den Vereinigten Staaten jemals wieder England ein schweres Unrecht zufügen können; dazu binden uns zu feste Bande. Wenn wir aber nur den einen Faktor in Betracht ziehen, daß wir zehnmal so viel englische Zeitungen lesen als deutsche, so besteht schon darin eine Gefahr, daß wir Deutschland leicht Unrecht tun können. Dadurch fallen wir dann leicht dem unsinnigen Gerede zum Opfer, daß Deutschland der Hauptfriedensstörer sei und darum "isoliert"

^{19.} Scribners Magazine, Mai 1913, S. 559.

werden müsse, und dergleichen mehr. Deutschland wird Tag für Tag mehr ein bedeutender Rivale für uns wie es schon Englands Rivale ist; und wir sind zu sehr geneigt, unseren Rivalen Unrecht zu tun. Sowohl die Vereinigten Staaten wie auch England sollten manchmal überlegen, daß, wenn Deutschland sich zu einem Weltmarkt drängt, dies gewöhnlich nicht ein Grund für Verdruß und Haß ist, sondern für Bewunderung und Nachahmung." 20

^{20.} Atlantic Monthly, März 1908, S. 406.

Die Rolle des Kaisers in der deutsch-englischen Flottenpolitik.

Im Gegensatz zu den heute herrschenden Ansichten war der Kaiser vor dem Krieg in den Vereinigten Staaten sehr geachtet als ein Mann, dessen größter Wunsch es war, den Frieden zu erhalten. Man darf gerade hier von heutigen Meinungen nicht auf die der Vorkriegszeit zurückschließen. Ferrero zum Beispiel schreibt im November 1914, daß der deutsche Kaiser seit Jahren diesen Krieg vorbereitet habe. Derselbe Verfasser schrieb im Jahre 1913 aber noch: "Als Wilhelm II. den Thron bestieg, erwartete Europa nicht weniger als einen neuen Barbarossa. — — — Die Geschichte wird ohne Zweifel seine pazifistischen Ideen in der Zukunft besser verstehen als sein Volk sie jetzt versteht. In den letzten zehn lahren ist der deutsche Kaiser nicht so populär gewesen, wie er es in den ersten zehn Jahren seiner Regierung war. Die Gründe dafür können hier nicht alle aufgezählt werden, aber ein Grund ist bestimmt seine beharrliche und entschiedene Friedenspolitik. Er hat sich unablässig bemüht, sich mit Frankreich auszusöhnen, statt Gelegenheit zu einem neuen Krieg zu suchen. Deswegen beschuldigt ihn ein Teil seines Volkes, daß er den Frieden zu sehr liebe und darum eine schwache und schwankende Politik verfolge, und daß er Gelegenheiten, die vielleicht nie wiederkehren, unausgenutzt vorübergehen lasse. So liebt der Herrscher in Deutschland, obwohl er ein Hohenzoller ist, den Frieden mehr, als sein Volk ihn liebt. Die Deutschen tadeln an ihm, daß er nicht ihr Blut und ihren Reichtum aufs Spiel setzen will, daß er unter allen Umständen ihnen beides erhalten möchte."1

^{1.} Atlantic Monthly, Januar 1913, S. 3.

Scribners Magazine war der Meinung, daß die sogenannten Dummheiten des Kaisers nicht so verurteilt werden sollten, denn sie enthielten immer einen Kern von Wahrheit. "Bei allen Unbesonnenheiten kann man fragen: Sollte man so etwas sagen? Sollte man so etwas schreiben? Man kann auf diese Fragen Verschiedenes antworten — — aber alle diese Äußerungen des Kaisers sprachen die Wahrheit und reinigten die Luft." ²

Die einzelnen "Dummheiten" wurden viel erörtert. Über Bismarcks Entlassung schrieb Scribners Magazine folgendes: "Die erste sogenannte Unbesonnenheit des gegenwärtigen Kaisers war großartig. Er entließ Bismarck zwei Jahre nach seinem Regierungsantritt. — — Bismarck verließ Berlin, das darüber fassungslos wurde. Eine wertvolle Stütze war grausamerweise dem Reich genommen worden. Der junge Kaiser würde stolpern und schwanken und fallen ohne diesen starken Führer neben sich. Man sagte, dies sei das erste Anzeichen eines verhängnisvollen, herrschsüchtigen Willens. — — Aber was geschah? Nichts von diesen üblen Prophezeiungen erfüllte sich. 1884 sagte Bismarck zu Gerhard Rohlfs, dem Afrika-Forscher: "Wir können und wollen nicht kolonisieren. Wir werden niemals eine solche Flotte wie Frankreich haben. Unsere Künstler und Rechtsgelehrten und unsere alten dienstentlassenen Soldaten taugen nicht zu Kolonisten.' Wenn die Ideen Wilhelms II, sich durchsetzen sollten, war es Zeit, daß Bismarck das Staatsschiff verließ. Der Kaiser hat den Verlust dieses treuen und erfahrenen Dieners bedauert, sagte aber: Der Kurs bleibt derselbe, Volldampf voraus! __ 6662

Andrew D. White, der von 1897—1903 Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin war, faßte die Entlassung Bismarcks als eine Offenbarung des Charakters Wilhelms II. auf. Sie war für White ein Beweis, daß der junge Kaiser viel stärker war als die meisten glaubten, hat aber viel dazu beigetragen, den jungen Kaiser in den Vereinigten Staaten unbeliebt zu machen.

Eine andere "Dummheit", die in der ganzen Welt aufsehen erregte, war das Krügertelegramm. Hören wir, wie man sich darüber in Amerika äußerte.

^{2.} Scribners Magazine, November 1912, S. 513 ff.

"Das Krügertelegramm wurde nicht vom Kaiser selbst geschrieben. Wenn man es nach der schlimmsten Seite hin deuten wollte, was bedeutet es dann? Es war nur eine Verurteilung rücksichtsloser Methoden, eine Verurteilung, die, geben wir es ruhig zu, ihnen auch von manchen anderen rechtschaffenen und aufrichtig patriotischen Engländern zuteil wurde, eine Verurteilung, der man auch in Amerika zustimmte. — — Ein tapferer Mann sprach seine Meinung aus, der nun zufällig an einer bedeutsamen Stelle steht, von wo aus seine Worte überall gehört werden." ²

Wenn auch der Kaiser als impulsiv angesehen wurde, rechtfertigte man doch seine Handlungsweise in der Krügeraffäre, weil sie einen triftigen Grund hatte. Der Engländer sprach zwar mit Mißtrauen von dem Telegramm des Kaisers, aber Atlantic Monthly schrieb, daß es dem Vorurteilsfreien, Außenstehenden keine Schwierigkeiten machen könne, es zu verstehen und einzusehen, daß keine Feindseligkeit gegen England daraus spräche. Die englische Geschichte selbst würde in fünfzig Jahren über den Burenkrieg ganz anders urteilen und dann vielleicht den "impulsiven" Kaiser loben.

Über den Tweedmouthbrief findet sich eine Äußerung in Scribners Magazine, die die Meinung vertritt, daß nichts Übles darin stehe. "Der Brief an Lord Tweedmouth war eine vertrauliche Mitteilung, die sich mit dem Zustand der englischen und der deutschen Flotte in Vergangenheit und Gegenwart befaßte. Und es war kein Wort darin, das nicht hätte in der Times veröffentlicht werden können. Der Brief hatte wirklich nichts von der finsteren Bedeutung, die ihm von Leuten zugeschrieben wurde, die ihn überhaupt nicht gesehen hatten."²

Von der Daily Telegraphaffäre waren nicht alle Einzelheiten bekannt geworden. Trotzdem oder vielleicht eben deswegen hat sie viel Staub aufgewirbelt. In Amerika nahm man auch diese Angelegenheit sehr ruhig auf. "Ohne fürchten zu müssen, widerlegt zu werden, kann man ruhig sagen, daß die ganze Angelegenheit ungeheuer aufgebauscht worden ist von solchen, die dadurch etwas gewinnen konnten. Von allen Seiten ist zugegeben worden, daß der Kaiser weder für die Veröffentlichung selbst — das muß man bedenken — noch für die Wahl der Ausdrücke in der Ver-

öffentlichung des Interviews verantwortlich war. — Wenn wir heute das Daily Telegraph Interview lesen, ist es ein einfaches Dokument, jedes Wort darin ist wahr. Wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß der deutsche Kaiser aufrichtig eine freundschaftliche Verständigung mit England wünscht, und daß er wirklich danach strebt, Frieden und Ruhe in der Welt zu erhalten, dann kann das Interview nicht mehr ernstlich kritisiert werden. Die Engländer mißverstehen die Haltung des deutschen Kaisers gegen sie vollkommen. Er ist weit und breit der beste und mächtigste Freund, den sie in Europa haben. — — Hätte Frankreich oder Rußland den deutschen Kaiser so kühl und mißtrauisch behandelt wie England es tut, dann wäre das deutsche Heer und die deutsche Flotte schon längst unterwegs." 3

Man erkannte schon damals in Amerika, daß der Kaiser die Wirklichkeit nicht kenne und den Kontakt mit seinem Volke verloren habe; daß seine Umgebung, statt ihn zu beraten, ihm schmeichelte. Auch die Gefährlichkeit dieses Zustandes wurde schon klar erkannt. So schrieb Atlantic Monthly schon 1909, wie sich in den Debatten im Reichstag über die Daily Telegraphaffäre "wie nie zuvor gezeigt habe, daß eine große Kluft zwischen dem Kaiser und seinem Volk besteht. Er versteht sein eigenes Volk nicht, er hat vollkommen den Kontakt mit ihm verloren, und seine Höflinge schmeicheln ihm nur und hindern ihn so daran, die Wahrheit kennen zu lernen."4

Das Ergebnis der Daily-Telegraphaffäre für das deutsch-englische Verhältnis war des American Review of Reviews zufolge ungünstig. "Das berüchtigte Interview des Kaisers, das im Londoner Daily Telegraph erschien, wird heute allgemein nicht mehr als Interview angesehen, sondern als ein Manifest auf kaiserliche Veranlassung, das sich an die ganze Welt richtet, vor allem aber an England. Es ist ihm nicht gelungen, die englische Regierung und das englische Volk von Deutschlands Freundschaft zu überzeugen — — es bewirkte nichts anderes als Ausdrücke des Verdachts, des Mißtrauens und der Entrüstung in der Presse und

^{3.} Scribners Magazine, November 1912, S. 513-527.

^{4.} Atlantic Monthly, Januar 1909, S. 105.

öffentliche Anklagen. Das tatsächliche Ergebnis war die Erklärung Englands, daß es an dem "Zweimächtestandard" festhalte." ⁵

Die American Review of Reviews zog aus dieser Angelegenheit auch interessante Schlüsse für Deutschland selbst. Sie stellt die Frage: Haben die Deutschen ihren Kaiser entschuldigt? Entschuldigt haben sie ihn eigentlich nicht, sondern es ist dem Kanzler gelungen, durch schlaue Hindeutung auf den Ernst der Balkanfrage und durch überschwingliche Lobreden auf Heer und Flotte die Aufmerksamkeit von der ganzen Affäre abzulenken. Die American Review of Reviews glaubte darin eine Unreife der Deutschen für eine verfassungsmäßige Regierung zusehen. Die Deutschen seien noch zu wenig bewandert in ihrer eigenen Politik, um zu einer Frage eindeutig ja oder nein sagen zu können. Im Grunde seien sie froh, wenn der Kaiser und seine Minister die Politik des Staates führen. Sie regen sich zuweilen wohl auf und lehnen ab, seien aber noch unfähig, wirklich kritisch Stellung zu nehmen und aus der Kenntnis der Realitäten heraus selbst die Politik zu bestimmen. Vielleicht könne die kommende Generation zu dieser Reife gelangen.

Die Handlungsweise des Kaisers anläßlich der Algeciras Konferenz wurde viel gepriesen als die Handlungsweise eines tüchtigen verantwortlichen Herrschers. Die Atlantic Monthly äußerte sich darüber: "Der Historiker wird sagen, daß die Algeciras Konferenz eine neue Epoche internationaler Beziehungen einleitete, indem sie die Nationen zwang sich über Situationen wie in Marokko zu einigen, statt jeder Nation die Befriedigung ihrer eigenen gierigen Gelüste zu überlassen. Dies war die reale Bedeutung der Konferenz und das war das Verdienst des deutschen Kaisers, wenn man auch zugeben muß, daß er wie alle anderen an die Entwicklung des Handels in der Zukunft gedacht hat."6 Der Amerikaner müsse sich freuen, meinte die Atlantic Monthly weiter, daß ihm endlich Gelegenheit gegeben worden sei, über europäische Angelegenheiten seine Meinung zu äußern. Politisch sei die Welt eins und bestehe nicht aus zwei Halbkugeln, und die Algeciras Konferenz habe mehr als alles andere vorher dazu beigetragen, diesen Aberglauben zu beseitigen.

^{5.} American Review of Reviews, Januar 1909, S. 24.

^{6.} Atlantic Monthly, März 1908, S. 398.

Im Jahre 1911 bestimmte die Marokko-Frage zum zweiten Male die europäische Situation. Wiederum nahm die Welt Stellung dazu und versuchte sie auf Konferenzen zu lösen. Der Outlook äußert sich mehrmals zu den deutschen Interessen in Marokko. "Es ist natürlich und gerechtfertigt, daß Deutschland an koloniale Ausbreitung denkt; und es ist wahrscheinlich unvermeidlich, daß das deutsche Volk, bei der Suche nach Siedlungsraum für seine überschüssige Bevölkerung gereizt werden muß durch die Ansicht von Nationen wie England und Frankreich, die sich bereits erworbener Kolonien erfreuten, zu einer Zeit als Deutschland noch beschäftigt war, sein Reich zu fügen. Aber Deutschland muß lernen, daß es seine gerechten Ansprüche auf Ausdehnung nicht verwirklichen darf auf Kosten anderer Nationen und in Richtungen oder mit Mitteln, die die Stellung anderer Mächte bedrohen."⁷

"Wenn wir sicher wären, daß Deutschlands einziges Interesse wäre, Ruhe und Ordnung in Marokko zu erhalten, wie es Frankreich in Algerien und England in Ägypten tut, und wenn seine Handlungsweise nicht dazu angetan wäre, einen bitteren Antagonismus in anderen zivilisierten Staaten heraufzubeschwören, dann würde der Outlook keinen Grund sehen, Deutschlands Kurs zu bedauern. Deutschland hat sonst in Afrika gute Arbeit geleistet; und wenn es eine Verwaltung Marokkos übernehmen würde, ohne berechtigtes Mißtrauen bei anderen Nationen zu erregen, deren geographische Lage sie zwingt, ein lebhaftes Interesse an der Sache zu nehmen, würden wir uns freuen. Leider ist das nicht der Fall."8

Wenn Deutschland auch, um seine Ansprüche in Marokko anzumelden, ein Kampfschiff nach Agadir schickte, so meinte der Outlook doch: "Es ist übertrieben, von einer "Kriegswolke" in Marokko zu sprechen, wie einige Zeitungen es getan haben. — — Aber Deutschland hat eine Art, plötzliche und unerwartete Bewegungen zu machen, wie die von 1906 (Kaiser-Besuch in Marokko) und die der letzten Woche, die die anderen Mächte zu irgendeiner Aktion zwangen." 9

^{7.} The Outlook, 9. Dezember 1911, S. 845.

^{8.} The Outlook, 5. August 1911, S. 760.

^{9.} The Outlook, 15. Juli 1911, S. 562.

Der Outlook bewunderte Deutschland und sprach seine durchaus freundschaftliche Gesinnung aus. Nur bedauerte er, daß es in der Marokkofrage lediglich nach wirtschaftlichen und politischen Interessen handele. "Es ist schade, daß es einen Kurs nimmt, welcher einem Schutz der Barbaren gegen die Zivilisation gleichkommt. Und es muß jeder großen Macht feindlich erscheinen, die ernstlich gewillt ist, die Aufgabe zu übernehmen, diese Wilden zu zivilisieren." ¹⁰ Der Outlook äußerte sich weiter: "Die Lage ist ernst, aber das Problem ist zu lösen. Wenn England, Deutschland oder Frankreich einen Krieg wollten, dann wären die Voraussetzungen dafür jetzt vorhanden. Aber keine von diesen Mächten will Krieg führen." ¹⁰

Wir sehen also, daß man auch in dem Panthersprung und in den daran anschließenden Verhandlungen keinen Kriegswillen Deutschlands sah, sondern nur eine unüberlegte Aktion, die in ihrer Wirkung etwas unglücklich und peinlich war, weil andere Nationen daran Anstoß nahmen und von ihrem Standpunkt aus nehmen mußten.

An der Persönlichkeit des Kaisers und an seiner ganzen Art, die Politik zu führen, nahm man viel weniger Anstoß, als es nach heutigen Meinungen scheinen möchte. Der Kaiser war geachtet als der Herrscher in Europa. Und für seine rasche und unbesonnene Art fand man Entschuldigung.

Scribners Magazine legte es dem amerikanischen Volk nahe, die Politik des Kaisers nicht zu verurteilen, bevor es sie verstehe. Es betonte, daß der Kaiser in seinen sogenannten Dummheiten lediglich die Wahrheit sage, und gar nicht auf seine eigene Bedeutung pochen wolle. Der Kaiser sage zwar die grobe Wahrheit, aber seine Erklärungen haben weder in Deutschland noch in England irgendwie Schaden angerichtet. Er habe nichts Unkonstitutionelles und nichts Unberechtigtes gesagt. "Wenn der deutsche Kaiser "Ich" sagt, so meint er damit die Autorität, Verantwortlichkeit und Würde der deutschen Krone. Er will sich nicht selbst verherrlichen; er unterstreicht dadurch nur die Würde und Wichtigkeit jedes deutschen Bürgers." ¹¹

^{10.} The Outlook, 5. August 1911, S. 760.

^{11.} Scribners Magazine, November 1912, S. 513 ff.

"Es wird kritisiert, daß der Kaiser die Gewohnheit hat, von "seiner Flotte" zu sprechen. Es wird gesagt, daß die anderen Staaten Deutschlands die Steuerlasten zum Bau der Flotte mitgetragen haben, und daß sie nun dem Kaiser nicht mehr als dem König von Bayern, von Württemberg oder von Sachsen gehöre. Das ist das dumme Geschwätz von Pensionatsmädchen und alten ausgedienten Beamten, die in ihrer Zurückgezogenheit verschroben geworden sind. Sogar der Stockdemokrat ist über solches Geschwätz entrüstet. Wenn die deutsche Flotte nicht das Werk Wilhelms II. ist, dann wird man ihre Herkunft lange suchen können; und wenn die deutsche Flotte nicht stolz darauf ist, "meine Flotte" genannt zu werden, so ist das ein bedauerlicher Mangel an Dankbarkeit gegen ihren Schöpfer." 11

Scribners Magazine spricht also der persönlichen Haltung des Kaisers alle Hochachtung aus und tadelt diejenigen Deutschen, die dazu nicht imstande sind. Die Betonung des "Herrschergedankens" mit der vom Kaiser ausgehenden Gewalt war dem deutschen Volke geläufig und wurde auch für notwendig erachtet, wie aus einer Stelle dieser Zeitschrift hervorgeht: "Der Durchschnittsdeutsche ist kein Führer, kein Liebhaber von Zwangslagen, die rasches Handeln verlangen, ist kein Politiker und er schrickt zurück vor der Initiative, vor Wagnissen und Ausdauer, die für eine wirkliche politische Revolution und für einen wirklichen Wechsel der Autorität erforderlich sind." ¹¹ Wie weit der Verfasser mit seinem Urteil hier an dem wirklichen Deutschen vorbeitraf, zeigt aber bis zur Evidenz die politische Entwicklung unserer Tage.

In England stellte man sich den deutschen Kaiser nur noch als "War Lord" vor. Diese Vorstellung kam durch englische Zeitungen auch nach Amerika, und wurde dort, von den führenden Zeitschriften aufgegriffen, die dagegen Stellung nahmen und sagten, daß der Kaiser eher ein "Friedensherr" als ein "Kriegsherr" sei. Die englische Vorstellung vom Kaiser war "Die eines "War Lord", mit einem grimmigen Gesicht und stolzen Schnurrbart, der kriegerische Reden schwingt und eine Uniform trägt mit einem Totenkopf. Die Tatsache, daß er noch nie Krieg geführt hat, macht wenig Eindruck." 12

^{12.} Atlantic Monthly, März 1908, S. 405.

Die Atlantic Monthly war überzeugt, daß der Historiker der Zukunft in dem Kaiser eine starke Kraft zur Erhaltung des Friedens sehen würde, "Der Historiker wird sagen, daß dieser "War Lord" während seiner ganzen Regierung — — treu den Frieden gewahrt hat. Und daß, während in der letzten Generation England und fast jede Nation in Europa, auch die Vereinigten Staaten, in Kriege verwickelt waren, — — hat Deutschland seit fast vierzig Jahren keinen Krieg geführt." 13

Scribners Magazine entschuldigte auch die sogenannten säbelrasselnden Reden des Kaisers. Diese Reden hielt man für nötig, das deutsche Volk wachsam zu erhalten gegen die Gefahren, die ihm aus der geographischen Lage erwachsen. Man sah in dem Kaiser denjenigen, der am meisten für Deutschlands Aufbau und seine Geltung in der Welt getan hat. "Wenn der Kaiser gelegentlich mit dem Säbel rasselt, so tut er es deswegen, weil die Zeit noch nicht gekommen ist, wo das Deutsche Volk vergessen darf, was es unter fremder Herrschaft gelitten hat, und was es tun muß, um sich gegen eine solche Wiederholung der Geschichte zu schützen. — — — Ohne den Kaiser wäre Deutschland eine Macht zweiten Ranges geblieben. Wäre der Kaiser so, wie seine Kritiker ihn haben möchten, dann würde Deutschland nur "Wolken" beherrschen." 14

Andrew D. White schrieb von den Reden, die überall so viel Aufsehen erregt haben, vor allem von denen, die vor den Rekruten gehalten wurden und immer und immer wieder die Pflicht dem Vaterland gegenüber betonten, folgendes: "Diese Reden, die dem Durchschnittsamerikaner so albern erscheinen, versetzen niemand in Erstaunen, der lange in Deutschland, besonders in Preußen, gewesen ist. Die Lehren, die von dem jungen Monarchen den Rekruten vorgetragen wurden, enthielten nichts anderes, als was sie schon tausendmal vom Katheder gehört hatten, und was sie aus der preußischen Geschichte und der Geographie lernten. Es muß schließlich einem jungen, begabten, energischen Mann, der plötzlich auf einen so verantwortlichen Posten gestellt wurde, auch etwas erlaubt sein, wenn er über die Grenzen seines Reiches hinausschaut und im Norden, Süden,

^{13.} Atlantic Monthly, März 1908, S. 398.

^{14.} Scribners Magazine, November 1912, S. 513 ff.

Osten und Westen feindliche Nationen sieht und mit unvernünftigen und unzufriedenen Elementen in den eigenen Grenzen rechnen muß. $^{\prime\prime}$ 15

Die American Review of Reviews war auch überzeugt, daß der Kaiser bereits durch Taten bewiesen habe, daß er den Frieden zu erhalten wünsche, und daß durch die friedliche Entwicklung Deutschlands der Kaiser das Vertrauen der anderen Länder gewonnen habe. Die Reden waren zwar feurig, aber nach der Meinung auch dieser Zeitschrift entschuldbar. "Es muß zugegeben werden, daß, obwohl der Kaiser eine Anzahl flammender Reden hielt und mit gepanzerter Faust in China und in Südwest Afrika auftrat, er doch im allgemeinen um den Frieden der Welt bemüht war. Indem er die industrielle und kommerzielle Entwicklung seines Reiches forderte, hat er sich die Achtung der Welt und auch ihr Vertrauen zu seinen aufrichtigen Absichten gewonnen." 16

In der Atlantic Monthly finden wir die Meinung vertreten, daß, der Kaiser es ehrlich meinte, wenn er sagte, er wünsche die Aufrechterhaltung des Friedens. Die Ungläubigkeit der Engländer gegenüber seinen Worten entbehre jegliche Grundlage. Trotz der Verherrlichung der Monarchie und der Armee seien die Reden des Kaisers konsequent. Er habe es aufrichtig gemeint, als er 1906 in Bremen erklärte, er wolle den Frieden. Ebenso ehrlich habe er 1891 in Düsseldorf denselben Gedanken ausgesprochen.

Der Outlook war noch unermüdlicher zum Lobe des Kaisers tätig. Er erklärte ihn für den größten Herrscher der Welt. Der Kaiser sei das Zentrum eines prächtigen Hofes, ein Mann von großer Kraft und gutem Charakter, die überragende Gestalt in der europäischen Politik und besitzt einen eigenen Reiz. Er sei eine Persönlichkeit, die von Leuten, die ihn nur aus Zeitungsbildern kennen, nicht gewürdigt werde.

Daß der Outsook eine sehr hohe Meinung vom Kaiser hatte, geht hervor aus einigen Wahlsprüchen, die er veröffentlichte. "Im Arbeitszimmer des Kaisers befinden sich unter anderem

^{15.} Autobiography of Andrew D. White, Bd. 2, S. 220-221.

^{16.} American Review of Reviews, Mai 1905, S. 529.

folgende Wahlsprüche. Sie sind so angeordnet, daß der Kaiser sie dauernd vor sich sieht, wenn er an seinem Schreibtisch sitzt.

Sei stark im Schmerz.

Sich nach etwas sehnen, was nicht erreichbar ist, ist wertlos.

Gib von Herz und Geist immer das Beste, selbst dann, wenn du keinen Dank dafür bekommst.

Derjenige, welcher mißtraut, tut anderen Unrecht und schadet sich selbst.

Diese Wahlsprüche geben einen Einblick in die seelische Kraft des Kaisers." 17

Der Outlook meinte sogar: "Dank der weisen Vorsicht Seiner Majestät des gegenwärtigen Kaisers sind die intimen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten jetzt enger als jemals zuvor."¹⁸

The Worlds Work war auch überzeugt, daß der Kaiser England wirklich sehr gut gesinnt sei, und daß es vor allem anerkannt werden müsse, daß er die stärkste Armee der Welt beherrsche, ohne Krieg zu führen. Der Kaiser sei in seinem Wesen fast ebensosehr englisch wie deutsch. Er spräche fließend englisch. "Es läßt sich nicht feststellen, daß er jemals eine Äußerung getan hat, die in bezug auf England und die Engländer etwas Anderes als Freundschaft enthüllt." ¹⁹ Als der junge Kaiser den Thron bestieg, fürchteten viele seine königlichen und militärischen Ideen. Aber "einundzwanzig Jahre hat er die stärkste Armee, die die Welt jemals gesehen hat, befehligt — und er hat den Frieden bewahrt. — — Der Kaiser hat gelernt, seinen Arm zu zügeln inmitten von mehr Versuchungen und Herausforderungen, als die Welt ahnt." ¹⁹

Nach der Meinung von Scribners Magazine war der Persönlichkeit des Kaisers überhaupt kein Vorwurf zu machen. Die Liebe zu seinem Volk mußte man anerkennen und der einzige Vorwurf, den man ihm machen könnte, war der, daß er sein Land zu einer solchen Höhe geführt hatte, daß die anderen Län-

^{17.} The Outlook, 22. Januar 1910, S. 158.

^{18.} The Outlook, 14. Mai 1910, S. 63.

^{19.} Worlds Work, Februar 1910, S. 12571 ff.

der sich gegen diese Entwicklung wehrten. "Hier haben wir eine vielseitige und kraftvolle Persönlichkeit, deren Charakter auch nicht den Schatten eines Makels zeigt. Keiner seiner Feinde fragt nach seiner Ehrlichkeit und nach der Liebe zu seinem Volk. Im Ausland wurde er kritisiert, weil er in den letzten fünfundzwanzig Jahren sein Land so mächtig gemacht hat, daß Deutschland für die anderen Mächte eine Bedrohung geworden ist. In Deutschland wird er getadelt wegen seiner Unbesonnenheiten. — — Dem Herrscher, der eine Armee von 630 000 Soldaten befehligt und dessen Küsten von einer Flotte bewacht werden, die die zweitstärkste in der Welt ist und dessen Seehandel England nicht weit nachsteht, der aber trotzdem sein Land schon 25 Jahre lang in Frieden mit der Welt gehalten hat, dem mag man wenigstens gute Absichten zutrauen." 20

Andrew D. White schrieb 1905 eine Autobiographie und legte darin auch seine Meinung über den Kaiser nieder.

Über die deutsche Flottenentwicklung versuchten sich damals gewisse Kreise damit zu trösten, daß sie den Flottenbau für eine Liebhaberei, für ein Steckenpferd des Kaisers erklärten. Dem trat aber Andrew D. White, entgegen. Er betonte, daß es sich bei der Flottenfrage nicht um eine Spielerei handele, sondern um eine große Tat, die mit Energie durchgeführt werde. "Es ist oft gesagt worden, daß die Vorliebe des deutschen Kaisers für die Flotte ein Steckenpferd sei. Diese Ansicht kann aber keine Zustimmung von denen beanspruchen, die seit Jahren die Bemühungen des Kaisers für ihren Ausbau beobachtet und seine Worte über die Bedeutung der Flotte für die Zukunft des Reiches gehört haben. Er erkennt die Erfolge der deutschen kommerziellen Unternehmungen und sieht in ihnen eine Garantie für die Ausdehnung der deutschen Macht und für einen Ruhm, der steter sein wird als der, welcher heutzutage durch militärische Operationen zu gewinnen wäre. Wenn ein aufrichtiger Amerikaner sich fragt, was sein eigenes Land mit seiner großen Küste und seinen vielen Seehäfen an zwei Ozeanen unternommen hat, oder besser, was es nicht unternommen hat, und wenn er dann das Ergebnis mit dem vergleicht, was in den

^{20.} Scribners Magazine, November 1912, S. 513 ff.

letzten fünfzig Jahren durch die beharrlichen, ernsten und rechtschaffenen Unternehmungen Deutschlands, das einen so schmalen Küstenstrich und so wenig Häfen hat, geleistet worden ist, dann muß er sich schämen. — — Der junge Kaiser hat nicht nur Ideen, sondern auch die Tatkraft, sie auszuführen." ²¹

Andrew D. White sprach dem Kaiser auch politischen Scharfblick zu. "Der letzte Maßstab für die Tüchtigkeit eines Herrschers ist die Fähigkeit tüchtige und zuverlässige Männer zu wählen, die ihm zur Seite stehen und klug abwägen, wieweit durchgearbeitete Pläne — und durchgearbeitet wurden sie — sich in die Politik des Reiches einfügen lassen. An diesem Maßstab gemessen ist der junge Herrscher seiner Stellung würdig." ²²

"Besonders charakteristisch für den deutschen Herrscher ist die Selbständigkeit und Unabhängigkeit seiner Ideen. Diese Eigenschaft darf nicht verwechselt werden, wie das so oft geschieht mit Gelegenheitsentschlüssen, die nur auf Vorurteilen und Liebhabereien beruhen. — — Er ist nach der Meinung aller, die ihn kennen, bestimmt impulsiv, — — aber dahinter steckt ein ruhiges Urteilsvermögen." ²³

Wenn auch Andrew D. White in dieser Beurteilung des Kaisers offenbar irrt, so ist sein Urteil, das übereinstimmt mit der allgemeinen Haltung der führenden Zeitschriften, doch interessant und vor allem charakteristisch für die damalige Einstellung Amerikas zum Kaiser.

Mit dieser allgemein verbreiteten Ansicht stimmte auch Theodore Roosevelt in seinen offiziellen Äußerungen überein. Er schrieb an Baron H. Sternburg, den deutschen Botschafter in Washington, in einem Brief vom 25. Juni 1905, daß er das deutsche Volk und den deutschen Kaiser nicht nur aufrichtig bewundere, sondern auch den Kaiser als den Führer aller anderen Herrscher betrachte. Es sei von größter Wichtigkeit nicht nur für Deutschland, sondern für die Menschheit, daß Deutschlands Macht nicht gehemmt werde.

^{21.} Autobiography of Andrew D. White, Bd. 2, S. 233.

^{22.} Autobiography of Andrew D. White, Bd. 2, S. 234.

^{23.} Autobiography of Andrew D. White, Bd. 2, S. 238.

Die persönliche Meinung Roosevelts ist nach den untersuchten Quellen die einzig nachweisbare Äußerung, die von der sonst den Kaiser bewundernden Haltung abweicht.

Dadurch, daß Roosevelt den Kaiser 1905-6 mehr oder weniger in der Marokkofrage unterstützte, kam er in England etwas in Verdacht, eine antienglische Politik zu treiben. diesen Eindruck zu zerstören, äußerte er sich in einem Privatbrief an Spring-Rice vom 13. Mai 1905 folgendermaßen: Es gebe vieles, was er am Kaiser bewundere, und noch mehr, was er am deutschen Volk bewundere. Aber das deutsche Volk stehe viel zu stark unter der Herrschaft des Kaisers, als daß es unabhängig von ihm zu betrachten sei. Der Kaiser selbst sei aber viel zu sprunghaft, zu flüchtig und leichtfertig in seiner Politik und es fehle ihm die Macht der Entscheidung und die Fähigkeit, Zusammenhänge dauernd vor Augen zu halten, um sich an eine bestimmte Politik binden zu können. Er wünsche nur gute Beziehungen zwischen Deutschland und England herbeizuführen. Dem Kaiser wünsche er alles Gute, aber auf seine Freundschaft verlasse er sich nicht. Er respektiere wohl die Vereinigten Staaten, weil er glaube, daß die Vereinigten Staaten für einen Preis kämpfen würden, und die amerikanische Flotte sei nicht zu verachten. Er, Roosevelt, hoffe aber eben durch die amerikanische Flotte den Respekt Berlins, St. Petersburgs und Tokios zu erhalten. Er glaube auch nicht für einen Moment, daß der Kaiser folgerichtig eine Linie der Politik der Attacke gegen England durchführen könne, wie Bismarck es gegen Österreich und Frankreich getan habe. Der Kaiser schwanke zu sehr hin und her, um eine solche Politik durchführen zu können. diesem Brief vom 13. Mai 1905 an Spring-Rice drückte sich Roosevelt so deutlich aus, daß kein Zweifel darüber besteht. wie er persönlich über den Kaiser dachte. "I get exasperated with the Kaiser because of his sudden vagaries, like this Morocco policy, or like his speech about the yellow peril the other day. a speech worthy of any fool Congressman; and I cannot of course follow or take too seriously a man whose policy is one of such violent and often wholly irrational zigzags. But I don't see why you should be afraid of him. You have told me that he would like to make a continental coalition against England. He may now and then have dreamed of such a coalition; and only last December your people were fully convinced he intended to make immediate war on them. But it is perfectly obvious that he had no such thought, or he would never have mortally insulted France by his attitude about Morocco. If the Kaiser ever causes trouble it will be from jumpiness and not because of long-thought-out and deliberate purpose. In other words he is much more apt to be exasperating and unpleasant than a dangerous neighbor. — — I can imagine no greater contrast than that offered by Bismarck's policy from '63 to '71, with that of the Kaiser during the last eight years, the only ones in which I have watched him closely." 24

Zusammenfassend stellen wir fest, daß der Kaiser vor dem Kriege in Amerika ganz anders beurteilt wurde als seit Ausbruch des Krieges. Vor dem Kriege zollte man ihm sowohl als Mensch wie als Herrscher alle Achtung. Man sah in ihm eine tatkräftige, begeisternde Persönlichkeit. Man sah in ihm einen Herrscher, der anderen Herrschern zum Vorbild werden konnte. Man hielt ihn für einen Mann, der von der Liebe zu seinem Volk entflammt, das Beste seines Reiches wollte, ohne darüber mit anderen Völkern in Konflikt zu geraten. Im Gegensatz zu der englischen Vorstellung, die den Kaiser für einen strengen "Kriegsherrn" hielt, war der Kaiser in den Augen der Amerikaner der "Friedensherr". Man hielt es fast für ein Wunder, daß der Kaiser es fertig brachte, über ein tüchtiges Heer und eine große Flotte zu gebieten, ohne diese Machtfaktoren auszunutzen und durch Krieg seine Macht zu erweitern. Von der Aufrichtigkeit seiner Friedensliebe war man überzeugt, und man rechnete es ihm hoch an, daß er trotz der Machtstellung Deutschlands sich öffentlich und immer wieder zur Aufrechterhaltung des Friedens bekannte. All das, woran andere Nationen Anstoß nahmen, seine flammenden Reden, sein Schwertrasseln, seine plötzlichen und unerwarteten Schritte in manchen Fragen der Außenpolitik, legte man ihm aus als impulsive Ausbrüche eines ehrlichen Herzens, die zwar politisch unbesonnen sein mochten, aber immer einen Kern von Wahrheit

^{24.} Roosevelt and the Russo-Japanese War, Tyler Dennett, S. 88-91.

enthielten. Diese Unbesonnenheiten drückten nur das öffentlich aus, was andere im Stillen dachten. Wenn andere Nationen an der Persönlichkeit des Kaisers und seiner Politik Anstoß nahmen, so waren sie nach Meinung der Amerikaner zu tadeln, weil sie diesen Herrscher überhaupt nicht verstanden. Vor allem hatte England nicht den geringsten Grund, gegen den Kaiser, der gerade gegen England nur die freundschaftlichsten Gefühle hegte, mißtrauisch zu sein.

Der Kaiser war in den Augen der Amerikaner der Herrscher Europas. Wie sehr er für sie im Mittelpunkt aller politischen Betrachtung stand, geht auch daraus hervor, daß die führenden Zeitschriften der Vorkriegszeit ihm lange Artikel widmeten, in denen sie sich mit seiner Persönlichkeit auseinander setzten, während Herrscher oder Staatsmänner anderer Länder nur kurz erwähnt wurden.

VIII.

Wird die deutsch-englische Flottenpolitik zum Krieg führen?

Im Verfolg der in den vorhergehenden Abschnitten gewonnenen Ergebnisse gelangen wir so zu den letzten und entscheidenden Problemen. Wollte Deutschland nach Ansicht der amerikanischen Beurteiler Krieg? Wollte eine andere Macht Krieg? Hat Deutschland bewußt einen eventuell möglichen Krieg vorbereitet, oder sind seine Flottenrüstungen zufällig zur Kriegsursache geworden?

In den letzten Vorkriegsjahren war die Lage sehr verwickelt; es wurden so viel Friedensversicherungen, so viel laute Proklamationen von aufrichtigem Wohlwollen und herzlicher Freundschaft ausgetauscht und dabei war die Luft so voller Spannungen, daß aus dieser Situation alles werden konnte.

Gerade solche unklaren, Gefahren und Lichtseiten in sich bergenden Situationen reizen zur öffentlichen Besprechung viel stärker als solche Situationen, die eindeutig einen bestimmten Weg weisen oder höchstens ein Entweder — Oder enthalten, Das Material, wo Amerikaner ihre Ansicht über die damalige Situation ausgesprochen haben, ist riesengroß. Alle Möglichkeiten wurden diskutiert. Am häufigsten sind zu Beginn des zweiten Jahrzehnts des zwanzigsten 'Jahrhunderts jedoch solche Meinungen, die an die Entstehung eines Krieges aus der deutschenglischen Flottenpolitik nicht glauben. Da ein positiver Grund für einen Krieg nicht festzustellen war, glaubten die meisten auch nicht an seinen Ausbruch aus ungreifbaren Spannungen heraus.

"Ist die allgemeine Angst vor einem Krieg in Europa berechtigt? Ist eine wirkliche Aussicht für einen Konflikt vor-

handen? - - Weder die deutsche noch die englische Regierung sucht einen Krieg, noch wünscht sie ihn."1 "Man kann sogar noch weiter gehen: Die verantwortlichen Staatsmänner Englands und ebenso die verantwortliche Regierung Deutschlands wünschen nicht nur keinen Krieg, sondern sie haben heute aus triftigen Gründen sogar das größte Interesse daran, einen Krieg zu vermeiden. - - Der Friede ist unbedingt erwünscht vom Standpunkt des "common-sense"." Die Gründe für England waren die Durchführung eines sozialen Programmes, das Geld kostete, und liberale Strömungen, die den Ausgaben für die Flotte immer Schwierigkeiten entgegensetzten. Deutschland stand in einer Periode industrieller und kommerzieller Entwicklung, die durch einen Krieg nur gestört werden konnte. Zudem hatte es in England ein gutes Absatzgebiet.

Zur damaligen Zeit wurde in der deutschen Presse die Möglichkeit eines englischen Präventivkrieges gegen Deutschland viel besprochen. Es lag ja der Gedanke nahe, daß England die deutsche Flotte zerstören konnte, bevor sie stark wurde. Atlantic Monthly schrieb dazu: ..Wenn die Engländer Deutsche wären und Mr. Asquith wäre Bismarck, dann bestände kein Zweifel darüber, wie England handeln würde. So wie es ist, wird nichts geschehen. Die Rivalität wird andauern ohne Pause und ohne Entspannung."2

Schon 1910 beobachtete Worlds Work, daß ein Krieg zwischen Deutschland und England allein nicht möglich sein würde. Es gab zwei Unruheherde in Europa, die sofort im Falle eines Krieges andere Mächte mit hineinziehen würden. "Österreich verlangt, daß Rußland den Balkan verlasse: Frankreich ist rachedurstig und möchte seine verlorenen Provinzen wieder haben. - - Wer kann sagen was daraus wird? Welcher Kaiser oder König könnte davon träumen, eine solche Situation heraufzubeschwören? Der Gedanke, daß Frankreich bereit ist, über die Grenze zu springen, sobald nur ein Armeekorps den deutschen Boden verläßt, muß doch jeden Eroberungstraum der Potsdamer Militaristen zerstören. Die Erwägung,

^{1.} Worlds Work, Februar 1910, S. 12571 ff.

^{2.} Atlantic Monthly, Mai 1910, S. 626.

daß in Indien ein Aufstand entstehen wird sobald die englischen Brigaden nach Hause fahren um die Insel zu verteidigen, muß jeden englischen Gedanken an einen siegreichen Krieg vernichten." 3

"Die "Beziehungen" zwischen England und Deutschland werden andauernd besprochen, und zwar besonders dann, wenn ein neuer Flottenétat im Parlament diskutiert wird oder, wenn irgendwo in Europa sich eine Gewitterwolke am politischen Himmel zeigt. Diese "Beziehungen" werden an internationaler Bedeutung immer noch zunehmen bis die deutsche Flotte die Entwicklung erreicht hat, die das Programm vorsieht und das wird zwischen 1916-1918 sein. Was wird aus diesen "Beziehungen" werden? Ethische Erwägungen werden die kleine Kriegspartei in England davon zurückhalten, einen Krieg zu provozieren solange die deutsche Flotte noch schwach ist. Wenn die deutsche Flotte den Höhepunkt ihres Programms erreicht hat und nichts geschieht, weil Deutschland seine dann immer der englischen unterlegene Flotte nicht gegen England stellen will, dann wird wahrscheinlich ein langer Frieden folgen, und Feindseligkeiten und Mißtrauen werden verschwinden. Das englische Volk wird sich daran gewöhnen, eine etwas weniger wichtige, aber immer noch sehr bedeutende Rolle in der Welt zu spielen."4

Diese Meinung stimmt ganz mit der Ansicht von von Tirpitz überein, der auch hoffte, England werde sich an die deutsche Flottenpolitik gewöhnen.

"Verträge schaffen von Natur aus nicht den glücklichen Zustand, den sie anstreben und feiern, nämlich Zurückhaltung vom Krieg. Sie betonen nur die Hoffnung der Welt in dieser Hinsicht. Aber noch niemals hielt ein Vertrag eine Macht vom Kampf zurück, wenn sie kämpfen wollte. — — Verträge sind bald gebrochen. Es steht aber fest, daß die Stimmung gegen den Krieg in den letzten Jahren erstaunliche Fortschritte gemacht hat. Wenn die Reihe von Konferenzen ihr Ziel erreicht, werden sie Zeugnis ablegen für einen Geist, mit

^{3.} Worlds Work, Februar 1910, S. 12571.

^{4.} Scribners Magazine, Juli 1910, S. 117 ff.

dem eine neue Ära beginnen kann."⁵ Man vertraute also nicht den Friedensreden und Verträgen an sich, sondern man glaubte an einen wirklich positiven Friedenswillen.

Zu Beginn des zweiten Jahrzehnts, wo das deutsch- englische Verhältnis Europa am stärksten beunruhigte, finden wir also vielfach die Meinung vertreten, daß trotz dieser Spannungen kein Krieg entstehen würde, weil beide Mächte ihn nicht wollten. Nachdem das Zusammengehen der Mächte bei der Balkankrise von 1913 die Beziehungen zwischen Deutschland und England ein wenig entspannt hatte, war die Lage so, daß sogar die Yale Review, ein hoch wissenschaftliches Blatt, Anfang Januar 1914 noch sagen konnte: "Es ist ein Zeichen eines neuen Geistes in Europa, — — daß die fünf großen Mächte Europas - Groß-Britannien, Rußland, Deutschland, Frankreich und Österreich - während der ganzen Balkankrise zusammengearbeitet haben in einer Gemeinschaft, die bisher unbekannt war; --daß militärische Konflikte zwischen solchen Mächten wie Frankreich und Deutschland, Deutschland und England, Deutschland und Rußland schon aufgehört haben; daß die Nation, die uns allen als die kriegerischste in der Welt dargestellt wurde -Deutschland - seit vierzig Jahren keinen Krieg geführt hat; und daß es immer klarer zutage tritt, daß nichts diese Nationen veranlassen wird, ihre ungeheuren militärischen Instrumente zu gebrauchen, wenn sie es nur irgendwie vermeiden können."6

Man ist aber nicht überall so optimistisch, zu glauben, daß der Friedenswille nun auch den Frieden erhalten werde. Atlantic Monthly stellt das sehr in Frage. "Was wird das Ende von allem sein? Frankreich und Deutschland, obwohl sie bis an die Zähne bewaffnet sind, haben friedlich nebeneinander gelebt schon vierzig Jahre lang. Es ist möglich, daß England und Deutschland auch dazu fähig sind. Aber wenn die Spannungen weiter wachsen, wenn die beiden Nationen, die diese ungeheuren Waffen in der Hand haben, fortfahren, sich gegenseitig mit Mißtrauen zu betrachten, wenn Furcht und Mißtrauen sich verdichten und vertiefen zu leidenschaftlichem Haß, dann ist es

^{5.} Worlds Work, Juni 1911, S. 14428.

^{6.} Yale Review, Januar 1914, S. 276.

ebenso möglich, daß irgendeine von hundert kleinen Zufällen einen schweren Zusammenstoß verursachen kann. Keiner kann sagen, ob die sich zusammenziehenden Wolken vorüber gehen oder in Donner und Blitz sich entladen werden."⁷

Worlds Work behandelte in einer langen Abhandlung die Frage: Werden die englisch-deutschen Beziehungen in einem Krieg enden? Dieser Artikel sieht einen Widerspruch zwischen dem Wollen der Staatsführer und der Wirklichkeit. "Die Engländer und die Deutschen erzählen sich gegenseitig, daß ein Konflikt unmöglich ist, daß er grund- und ziellos wäre. Sie versuchen, das zu glauben, aber indem sie die schreckliche Möglichkeit hinwegzureden versuchen, sind sie überzeugt von ihrer Unvermeidlichkeit. Sie wechseln freundschaftliche Besuche — — und beschleunigen die Kriegsrüstungen. In diesem Jahr wurde eine Gruppe deutscher Bürgermeister in der Guild Hall gefeiert, die Abgeordneten von London kamen zu dem Bankett direkt aus einer Massenversammlung, wo sie Soldaten gegen eine deutsche Invasion angeworben hatten. Eine Gruppe englischer Geistlicher reiste durch Deutschland und wurde huldvoll vom Kaiser empfangen. Natürlich dachte man nicht daran, daß die frommen Pilger an der weltlichen Tag- und Nachtschicht der Kruppwerke in Essen oder an den Schiffswerften an der Elbe interessiert waren. Der König ging in aller Feierlichkeit nach Berlin und wurde von seinem Kaiserlichen Neffen mit allen Anzeichen der Zuneigung behandelt. Zur selben Zeit, wo Vater und Vetter im Palast an der Spree bei Gläserklang Komplimente austauschten, saß der Prinz von Wales in der Loge eines Londoner Theaters und sah ein Stück, das den plötzlichen Überfall der Armee von "His Imperial Majesty, the Emperor of the North" auf England darstellt. Zwei englische Minister wohnten der Vorstellung bei und für Monate belagerten Tausende von Engländern jenes Theater."8

Aus der Erkenntnis des Widerspruches zwischen Wirklichkeit und gutem Willen ergibt sich die Frage: wird sich der Wille von Staatsführern gegen eine politische Wirklichkeit durch-

^{7.} Atlantic Monthly, Mai 1910, S. 627.

^{8.} Worlds Work, Februar 1910, S. 12571 ff.

setzen können? Worlds Work bringt dazu folgende Gedanken: "Welcher Grund ist denn dafür da, angesichts all der Friedensgründe zu glauben, daß Deutschland und England am Rande eines Krieges stehen? Die Antwort darauf lautet: Der ernsteste Grund einen Krieg zwischen Deutschland und England zu befürchten ist der, daß das deutsche und das englische Volk glauben, daß sie am Rande eines Krieges stehen. — —

Es gibt keine "Gründe", die einen Konflikt unvermeidlich machen. Aber das dauernde Reden vom Krieg, obgleich es "grundlos" ist, kann einen Krieg verursachen. Man füttere zwei Nationen täglich mit Kriegsgedanken — — und es muß ein Wunder sein, wenn sie nicht kämpfen. Man lasse sie sich zwei oder drei Jahre lang damit beschäftigen, irgend etwas zu diskutieren, selbst mit der festen Überzeugung, daß es nicht in Frage kommt — — und es wird immer mehr in Frage kommen. Man diskutiere die Gründe eines Krieges, leugne ihre Existenz — — und man provoziert sie. — —

Jeder ist unbewußt in einer Abwehrstellung gegen eine Beleidigung. Reden, Worte — — autoritativ oder nicht - - werden von vornherein ganz instinktiv in der Beleuchtung des allgemein herrschenden Mißtrauens gesehen. Die nationale Psyche ist vorbereitet für eine Krisis, die aus dem Emotionalem kommt, und die jeder gewöhnliche Zufall auslösen kann. In einem nationalen "brain-strom" ist ein Unglück schnell geschehen. Es ist nichts Weithergeholtes oder Phantastisches in dieser Behauptung. Sie stellt nur das dar, was sich sehr oft unter Nationen ereignet. Wenige Kriege werden mit Absicht begonnen. Selten eröffnet eine Regierung Feindseligkeiten gegen eine andere Macht mit Bewußtsein und Willen; fast immer wird sie zum Kampf gezwungen durch einen plötzlichen populären Aufruhr. Wer glaubt, daß die Vereinigten Staaten es für nötig gehalten hätten, zum Kriege gegen Spanien zu schreiten, wenn nicht die sensationellen Zeitungen eine wahre Histerie hervorgerufen hätten? Ein Mensch wird oft zu den bedeutungsvollsten Taten seines Lebens durch eine plötzliche Aufwallung getrieben, durch das Zertrümmern von Dämmen, die mit Hilfe der Vernunft jahrelang Vorurteil oder Mißtrauen gezügelt haben. Noch viel leichter als ein Individuum ist die Masse zu entflammen."8

Die Fragestellung, von der wir in diesem Kapitel ausgingen, läßt viele Beantwortungen zu. In diesen letzten Äußerungen wurde sie also dahin beantwortet, daß zwar keine Macht einen Krieg will, daß keine Macht einen Krieg bewußt vorbereitet, daß keine Macht die andere herausfordert, daß es aber trotzdem früher oder später zum Krieg kommen wird, weil das dauernde Reden von Krieg von einer ungesunden Atmosphäre zeugt, die sich eines Tages auf den kleinsten Anlaß hin entladen wird.

Andere Meinungen suchen wieder nach direkten Kriegsursachen in der Politik Englands und Deutschlands und kommen dabei zu verschiedenen Ergebnissen.

"Die Flottenfachmänner in Deutschland stürzen das deutsche Reich immer tiefer in Schulden unbekümmert um die drohenden Anzeichen eines kommenden Sturmes. Die Flottenfachmänner Englands fahren fort, Dreadnought nach Dreadnought vom Stapel zu lassen, während die Zahl der Armen mit jedem Jahr wächst und alle englischen Probleme größer und beunruhigender werden.

Die Angst eines Patienten, der an Geistesstörungen leidet, ist oft pathetisch. Man umgebe ihn mit zehn Granitmauern, jede Mauer zehn Fuß dick und er wird noch sagen, er sei nicht sicher. So ist es auch bei den Militaristen. Keine Nation hat bis jetzt genug Geld ausgegeben um ihr banges Herz zu beruhigen. Trotz des "Zweimächtestandards" ist England nach Ansicht der Militaristen noch nie so bedroht gewesen wie heute. In elfter Stunde hat es entdeckt, daß seine mächtige Flotte überhaupt kein Schutz ist, wenn sie nicht durch ein Landheer von wenigstens 1 000 000 Soldaten gestützt wird. Es war einmal Englands Ziel, sich gegen wahrscheinliche Kombinationen zu schützen. Jetzt geht sein Streben dahin, gegen alle möglichen Kombinationen sicher zu sein. Nach den Worten einer Autorität der englischen Armee muß England sich schützen nicht nur vor Gefahren, deren Auftreten mit einer gewissen

Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, sondern auch vor solchen, die niemand erwartet."9

Hier wurde also der Kriegsgrund in dem englischen Rüstungsfieber gesehen. Es ist erstaunlich, daß ein Engländer in der Atlantic Monthly ungefähr dasselbe schrieb: "Unsere Furcht vor der Kombination von zwei oder mehr Flotten, die uns angreifen könnten, ist phantastisch. Deutschland jedoch hat jedoch Grund, so etwas zu fürchten. Außer den Flottenzwischen Frankreich allianzen besteht ein Militär-Vertrag und Rußland. Man stelle sich die Lage Deutschlands vor mit einer feindlichen Armee auf jeder Seite, mit seiner Küste, die auf die Gnade und Barmherzigkeit der angreifenden Flotten angewiesen ist, die die Landung von Truppen überall decken könnten. Aber trotz aller Gefahren, die Deutschland drohen und trotz aller Pflichten, die es sich selber schuldig ist, kann es nicht ein Schlachtschiff bauen, ohne eine "Erschütterung" in der englischen "Jingo" Presse hervorzurufen."10

Im Folgenden werden wirtschaftliche Gesichtspunkte einer Betrachtung unterzogen. Worlds Work meinte, daß Deutschland eine Niederlage Englands nur auf friedlichem Wege beabsichtige, daß aber England diese Entwicklung durch einen Krieg einzudämmen wünsche; England handle hier aber aus einer gewissen Notwehr heraus, da Deutschlands Aufblühen Englands Abstieg bedeute.

"Es ist ein großer und gar kindischer Irrtum, zu glauben, daß Deutschland gegen seinen Inselnachbarn etwas Finstereres im Schilde führt als eine Niederlage auf dem friedlichen Weg des Handels. — — Deutschland sieht einen zu großen Gewinn in der Bebauung seines eigenen Gartens, der natürlichen Förderung seiner eigenen Industrie und der friedlichen Eroberung ferner Absatzgebiete.

Aber es besteht kein Irrtum darüber, daß England unbewußt entschlossen ist, diese friedliche Ausdehnung des deutschen Einflusses einzudämmen, wenn das durch einen Krieg geschehen kann. Deutschlands Aufstieg bedeutet Englands Abstieg."¹¹

^{9.} Atlantic Monthly, März 1909, S. 382.

^{10.} Atlantic Monthly, Januar 1911, S. 35.

^{11.} Worlds Work, Februar 1910, S. 12571 ff.

Deutschland und England "werden unvermeidlich früher oder später in einen Krieg geraten". Die unmittelbare Gefahr der Situation liegt zunächst auf englischer Seite und mag folgendermaßen formuliert werden: Die Möglichkeit einer Explosion, die durch irgendeinen Zufall hervorgerufen werden kann, wirkt auf die nationale Psyche, die in einen pathologischen Zustand hinein geraten ist, ungeheuer. Und ferner erkennt ein Volk, mit dem es bergab geht, die Notwendigkeit eines schnellen Versuches, das Prestige, das es zu verlieren im Begriffe ist, wieder zu gewinnen."¹¹

New York Herald sah eine Kriegsursache nicht darin, daß England auf der Höhe seiner Macht bleiben wolle, sondern in der Tatsache, daß es weiter unberechtigt nach Machtausdehnung strebe. "Die Engländer leben in der Einbildung, daß Deutschland alle anderen Länder beherrschen möchte. Das ist nicht der Fall. Es wünscht nur seinen Platz in der Welt zu halten, aber England versucht, durch eine Reihe von Allianzen die Welt zu regieren."¹²

Die Gründe für einen kommenden Krieg, die man in der englischen Politik zu sehen glaubte, waren meist rein wirtschaftlicher Natur: Erhaltung, beziehungsweise Ausdehnung der eigenen Macht trotz des aufstrebenden Deutschland. Man hat also auch in Amerika vom englischen Wirtschaftsneid gesprochen.

In ähnlicher Weise nahm man Stellung zur deutschen Politik und zwar mit verschiedenem Ergebnis. Einige Ansichten gehen dahin, daß auch in der deutschen Politik eine Kriegsgefahr bestand, andere wieder verneinen diesen Standpunkt.

"Nichts scheint in der nahen Zukunft so sicher zu sein wie ein Kampf um die Vorherrschaft im Stillen Ozean. Sowohl Deutschland wie auch Japan schmieden bestimmt Pläne, Eroberungen durch Krieg zu machen, wenn sie auf friedlichem Wege nicht möglich sind. Beide wissen, daß der Kampf der Zukunft in dieser Gegend ausgefochten werden wird, und sie wollen es sich nicht zuschulden kommen lassen, daß sie dort noch nicht festen Fuß gefaßt hätten, wenn die Zeit der Entscheidung durch Gewalt kommt. — — Es ist möglich, daß dieser Kampf ein Kampf zwischen Deutschen und Engländern

^{12.} New York Herald, 11 Januar 1909, S. 11 Spalte 2.

sein wird. — — Deutsche Interessengebiete liegen in der Gegend der Insel des Stillen Ozeans. Es besteht der Verdacht, daß es sie ausdehnen will. Man hat schon davor gewarnt, daß Deutschland eine stille aber wirkungsvolle Ausdehnungspolitik betreibe. — — Der Durchschnittsamerikaner wird keine Schwierigkeit haben, seine Schlüsse daraus zu ziehen. Deutschland will bestimmt nicht schwach sein, wenn der Kampf um die Vorherrschaft im stillen Ozean ausbricht, und darum unternimmt es jetzt alle nur möglichen Schritte, um sich für Eventualitäten vorzubereiten. John Bull Esq. muß auf den Stillen Ozean aufpassen."¹³

Nach der Meinung des New York Herald hatte Deutschland Expansionsgelüste, von denen es unter keinen Umständen ablassen und die es eventuell durch Krieg durchsetzen würde.

Worlds Work sah eine andere Gefahr in der Neigung zum Präventivkrieg, die besonders in Deutschland sehr vorherrsche, weil die Vorteile, die aus dem Vorzug des "ersten Schlages" erwachsen, für Deutschland besonders groß seien. Die Versuchung, der anderen Macht zuvorzukommen, bestehe zwar für beide Länder.

"Eine Gefahr droht von deutscher Seite und liegt in der Möglichkeit, daß eine Nation mit ursprünglich friedlichen Absichten zu einem Angriff verleitet werden kann aus der Überzeugung, daß sie wahrscheinlich selbst bald angegriffen wird. Denn einen ungeheuren Vorteil hat die Macht, die den ersten Schlag führt. Das Wissen um diese Tatsache aber erhöht die Wahrscheinlichkeit eines Krieges: Gegenseitiger Verdacht drängt dazu, sofort Ioszuschlagen, ohne den Beweis des Verdachts abzuwarten. England und Deutschland werden beide dazu getrieben den ersten Schlag zu führen, wenn auch ohne Grund, durch die bloße Überzeugung, daß der andere sich darauf vorbereitet dasselbe zu tun." 14

Am 1. September 1911 schrieb Reid, der amerikanischer Botschafter in London, daß die deutsche Politik herausfordernd gewesen sei und dadurch nicht nur das englische Volk, sondern

^{13.} New York Herald, 26. April 1909, S. 9, Spalte 2.

^{14.} Worlds Work, Februar 1910, S. 12571 ff.

auch andere Nationen gegen sich aufgereizt habe. "Ernste Geschäftsführer und Politiker sprechen offen vom Krieg mit Deutschland als von etwas, das eines Tages kommen wird, und in der Tat schon in nicht allzu ferner Zeit. Sie wünschen ihn nicht, aber sie sind über die Aussicht nicht so aufgeregt, wie sie es sein könnten. Sie glauben anscheinend, daß, wenn es zum Krieg kommt, England und Frankreich zusammen gegen Deutschland kämpfen würden. Und die deutsche Politik war so herausfordernd, daß sie nicht nur das eigene Volk hinter sich haben werden, sondern bis zu einem gewissen Grade auch andere Völker." ¹⁵

Neben diesen Meinungen, die auf deutscher Seite zwar keine Kriegsabsicht, aber doch eine Kriegsursache sahen, gab es auch Meinungen, die über die deutsche Politik beruhigten und keine Gefahr darin sahen.

"Es ist nicht erstaunlich, daß viel in den Vereinigten Staaten und noch mehr in Europa geglaubt haben, es bedeute Krieg mit Japan, als unsere Flotte in den stillen Ozean geschickt wurde. Die meisten vernünftigen Menschen haben es nicht geglaubt, ebenso wenig wie sie jetzt glauben, daß Deutschland Krieg gegen England plant." 16

Vor der Haager Konferenz wußte Deutschland, daß die Mächte, die Abrüstungen vorschlugen, selbst stark rüsteten. Infolgedessen verhielt es sich diesen Vorschlägen gegenüber sehr kühl. "Die Heuchelei war so deutlich, daß Deutschlands Abrüstungsvorschläge für einen diplomatischen Scherz hielt. Es verhielt sich ihnen gegenüber so teilnahmslos, daß manche glaubten, die Deutschen wären gegen den internationalen Frieden, während doch kein Volk ihn mehr begünstigt als das deutsche, das sich am meisten bemüht, alles, was in seiner Kraft steht, zu tun, um den Frieden aufrecht zu erhalten. Es bemüht sich um den Frieden, indem es stärker sein will als diejenigen, die ihn bedrohen." ¹⁷

Hier baute man wieder auf die Friedensliebe Deutschlands

^{15.} Beckles Willson, Americas Ambassadors to England, S. 439.

^{16.} Atlantic Monthly, März 1908, S. 404.

^{17.} Century Magazine, Juli 1912, S. 401.

und auf die Überzeugung, daß Stärke keine Bedrohung, sondern die beste Garantie des Friedens ist.

Im folgenden sah man eine Sicherheit darin, daß es für Deutschland unklug wäre, Krieg zu führen. Im Falle eines Krieges zwischen England und Deutschland "wäre der erste erforderliche Schritt ein deutscher Seesieg über eine dreimal stärkere Seemacht; die zweite Notwendigkeit wäre, in der Heimat gegen eine französische Armee von einer halben Million Soldaten zu kämpfen; der dritte, wenn es soweit kommen sollte — wäre Krieg in den englischen Gewässern gegen die Flotte der Vereinigten Staaten. Kann irgendein vernünftiger Mensch glauben, daß Deutschland, selbst wenn man zugäbe, daß der Kaiser und die Junkerklasse wirklich so "niedrig" dächten, wie die bereits vorgefaßte Meinung es erfordert, — — so wahnsinnig wäre, ein solches Wagnis auf sich zu nehmen?" 18

In bezug auf Deutschland war man also sehr geteilter Meinung. Es gab verschiedene Momente, in denen man eine Gefahr, und andere, in denen man eine Sicherheit vor dieser Gefahr sehen konnte. Ein Vergleich der Äußerungen über Deutschland und England zeigt, daß man im allgemeinen der deutschen Politik verständnisvoller und weniger tadelnd gegenüber stand als der englischen.

Wenn erst einmal eine Frage akut ist, dann wird sie durch die tägliche Diskussion immer akuter, und je mehr Diskussionen sie bereits hervorgerufen hat, umsomehr werden dann die Diskussionen besprochen werden. Jede neue Fragestellung ruft dann wieder eine andere hervor.

Als einmal die Frage nach dem Ende der unfaßbaren Spannungen zwischen den Nationen, besonders zwischen England und Deutschland, aufgetaucht war, wurde sie in der realen Denkweise der Amerikaner nach allen Seiten hin untersucht. Neben der Betrachtung des deutsch-englischen Verhältnisses von verschiedenen Standpunkten aus finden wir schließlich auch Äußerungen, die viel allgemeiner nach Kriegsursachen fragen. Scribners Magazine zum Beispiel, schrieb, daß keine Nation besser sei als die andere. Jede habe genommen, was sie brauchte, habe

^{18.} Atlantic Monthly, März 1908, S. 401.

Verträge gebrochen, wenn es nötig war. Nur glaube jede Nation von sich, aus heiliger Pflicht gehandelt zu haben, sehe aber das Bestehen einer gleichen heiligen Pflicht für die anderen nicht ein. "Die Vereinigten Staaten nahmen Kuba und die Philippinen; England nahm Indien, Honkong und Ägypten; Japan nahm Korea und die Südmandschurei; Österreich-Ungarn nahm Bosnien und die Herzegowina; und Preußen und Deutschland haben eine lange Liste, auf der unter anderem Schlesien, Polen, Hannover, und Elsaß-Lothringen stehen. Österreich-Ungarn bricht den Berliner Vertrag; Frankreich, Deutschland und Spanien brechen den Algeciras Vertrag; Italien bricht den Vertrag von Paris. Es ist alles ein Teil desselben Spieles, daß wir unsere Hände hochhalten, unser Antlitz zum Himmel erheben und Gott danken, daß wir nicht so sind wie die anderen. Die Rechtfertigung für all diese Handlungen klingt immer sehr fromm. Wir waren gezwungen so zu handeln, sagen alle, um den besonderen Stil unseres himmlischen Königreiches auszubilden."19

In der Tatsache, daß auf die Politik des eigenen Landes ganz andere Wertungsmaßstäbe angewandt werden als auf die Politik anderer Länder, sah der Artikel in Scribners Magazine den Kern aller politischen Spannungen. Es schrieb nicht Deutschland oder England die Schuld an der Zuspitzung der Situation zu, sondern eigentlich allen Nationen.

In demselben Artikel wird eine allgemeine Schuld an der gespannten Situation und damit an einem eventuell ausbrechenden Krieg auch darin gesehen, daß das Rassenbewußtsein verlorengegangen ist. Mit Rassenbewußtsein war auch damals schon das Bewußtsein der Eigenart des eigenen Volkes und Verständnis für das Anderssein des fremden gemeint. Mit solchem Rassenbewußtsein wäre Verständnis für den Weg eines anderen Volkes verbunden, und es würden weniger "Gefahren" gesehen werden. "Wenn Nationen ihre Würde und ihren Rassenstolz verlieren, dann folgen unbedingt Zank und Neid, rohe Worte und Sitten und geistige Schamlosigkeit. Das beste, was wir alle tun können, ist, geduldiger und wohlwollender zu wer-

^{19.} Scribners Magazine, Mai 1913, S. 554.

den und die Würde der anderen Nationen zu achten." 20 "Wir haben etwas die Fähigkeit verloren, ein Volk kennenzulernen, und es trotzdem sich selbst zu überlassen. — — Wir sollten wenigstens jedem Menschen Gelegenheit geben, unsere gute Meinung zu genießen. Wir sollten ihn in ein günstiges Licht stellen, wie wir das mit einem Bilde tun, bevor wir kritisieren. Wir sollten uns die Mühe machen, das nicht nur mit einzelnen Menschen, sondern auch mit Nationen zu tun. — — Es ist eine Kunst, die anderen Völker so kennenzulernen, daß sie für uns nicht Gegensatz, sondern Ergänzung sind." 21

Atlantic Monthly sah in der Ententepolitik und der innerpolitischen Lage Rußlands eine Bedrohung des Friedens. "Die Unsicherheit der Ausdehnung und der Schlagkraft der Tripleentente und der Ungewißheit über Groß-Britanniens Anteil daran; die Schwäche sowohl der Diplomatie wie auch der militärischen Mittel der Entente der überlegenen Kraft Deutschland und Österreichs gegenüber; die niedrige Volkszahl in Frankreich und die innere Zersplitterung Rußlands; das Mißtrauen und der Neid, die immer größer werden, während jede Nation rüstet für eine ungewisse Zukunft — das alles ist eine unbestreitbare Bedrohung des Friedens zwischen England und Deutschland." ²²

"Beide Mächte, Deutschland und England, wissen wohl, was ein Krieg bedeuten würde. Er würde ein Kampf bis zum äußersten sein. Andere Mächte würden darin verwickelt werden. Japan ist mit England verbündet: Rußland und Frankreich sind seine geschworenen Freunde. Die Lebensfähigkeit des Dreibundes ist im letzten Frühjahr (1909) erprobt worden. Italien mag nicht so ganz fest dazu stehen, aber Österreich und Deutschland sind ein Herz und eine Seele. Österreichs Politik wird von einem der kühnsten Männer Europas geführt, und dieser Mann wird vom Kaiser dazu angehalten, die schöne Landschaft an dem Weg nach Konstantinopel im Auge zu behalten. Im Falle eines Krieges

^{20.} Scribners Magazine, Mai 1913, S. 560.

^{21.} Scribners Magazine, Mai 1913, S. 558.

^{22.} Atlantic Monthly, Mai 1910, S. 624.

würde der ganze Kontinent auf den Kriegsschauplatz gezogen." ²³ Dies ist in dem geprüften Material die einzige Äußerung, die so genau die Entwicklung durchschaut, daß alles, was die damalige Situation an Gefahrmomenten enthielt, erkannt wurde. Aber es ist doch erstaunlich, daß eine Zeitschrift schon 1910 einen Weltkrieg voraussah.

^{23.} Worlds Work, Februar 1910, S. 12571 ff

Schlußwort.

Die Frage der deutsch-englischen Beziehungen, vor allem die deutsch-englische Flottenrivalität hat lange Jahre Europa beunruhigt und wohl überall eine Menge von Diskussionen und Prophezeiungen hervorgerufen. In den bedeutendsten amerikanischen Zeitschriften und in der Presse ist eine umfangreiche Literatur darüber entstanden. Es interessiert uns heute die Meinung jedes Landes über die Vorkriegspolitik. Amerikas Politik hat für uns vielleicht einen besonderen Reiz dadurch, daß es von der deutschen Politik direkt doch nur sehr wenig betroffen wurde. So war eine Beurteilung der Politik eines anderen Landes gegeben. Amerika konnte lange Zuschauer sein, bevor es aus der deutschen Politik für sich selbst Konsequenzen ziehen mußte. Ferner besitzt der Amerikaner einen gewissen politischen Instinkt, mit dem er Gegenwartsfragen betrachtet.

Nachdem nun zwanzig Jahre der Erfahrung hinter uns liegen, sind wir in der Lage, die damaligen Ansichten an dem wirklich Geschehenen zu messen.

Nach der amerikanischen Auffassung steht die Gestalt des Kaisers in krassem Gegensatz zu der englischen Vorstellung der Vorkriegszeit und auch der amerikanischen Auffassung der Kriegsund Nachkriegszeit. Wenn der Kaiser auch, was seine politischen Fähigkeiten betraf, überschätzt wurde, so wurde andererseits doch viel Richtiges gesehen. Vor allen Dingen wurde der impulsive Einschlag seiner Politik seinem Wesen nach erkannt. Die sogenannten Unbesonnenheiten wurden als wirkliche Unbesonnenheiten gesehen, nicht aber wie von anderen Ländern und in späteren Zeiten als politisches Schwerverbrechen, als Herausforderungen sondergleichen. Nach damaliger amerikanischer Auffassung enthielten diese Unbesonnenheiten immer eine Wahrheit,

die die anderen nicht zu äußern wagten, und die nur deshalb so verhängnisvoll wirkte, weil sie ein Mann aussprach, der eine solche Bedeutung hatte. Impulsiv, aber ehrlich war er nur auf die Erhaltung des Friedens bedacht. Das war wohl im allgemeinen die Auffassung von der damaligen Politik des Kaisers.

In der deutschen Flottenpolitik, sah Amerika keinen Grund zur Bedrohung. Es erkannte die Gründe des deutschen Flottenbaus an und billigte sie. Es vertrat die Meinung, daß es Deutschland freistehe, eine Flotte zu bauen, und daß es darüber niemand Rechenschaft schuldig sei. Man ging nicht mit moralischen Begriffen an diese Frage heran, sondern man legte aller Kritik die Geschichte und die politische Wirklichkeit zugrunde. Dadurch kam man auch zu politischen oder historischen Ergebnissen statt zu moralischen Phantasiegebilden. Man leitete die deutschen Flottenpläne ab aus der geographischen Lage Deutschlands, aus seiner Geschichte, dem Bedürfnis einer großen Nation nach politischer Geltung und aus dem Glauben an Rüstungen als Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens.

Diese im allgemeinen vertretene Auffassung sah natürlich in der deutschen Flottenpolitik keine direkte Kriegsursache. Diejenigen, die einen Krieg befürchteten, fürchteten ihn viel eher als Ergebnis einer allzugroßen Angst Englands vor Deutschland oder als die Explosion einer mit ungreifbaren Spannungen geladenen Atmosphäre, die durch irgend einen kleinen Anlaß sich entladen konnte.

Die Amerikaner der Vorkriegszeit waren durchaus bemüht, die deutsche Flottenpolitik gerecht zu beurteilen; ihr Urteil war, — wie sich aus dem oben Ausgeführten erkennen läßt, — im ganzen auch richtig und objektiv. Erst unter dem Einfluß des Weltkrieges machte sich in Amerika eine Mißstimmung Deutschland gegenüber bemerkbar.



Literaturangaben.

I. Dokumente:

Aktenstücke — diplomatische, zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre. Hrsgg. von B. v. Siebert.

Documents — British — on origins of the war 1898 — 1914. Ed. by G. P. Gooch and Harold Temperley. London 1927.

Documents — diplomatiques français, (1871—1914), Paris 1929 Ministère des affaires étrangères.

Die große Politik, der europäischen Kabinette (1871—1914). Sammlung der diplomatischen Akten des auswärtigen Amtes hrsgg. v. Joh. Lepsius, Albrecht Mendelssohn Bartholdy und Fr. Thimme. Berlin 1922—27.

Is wols ki: Der diplomatische Schriftwechsel 1911—1914. Aus den Geheimakten des russischen Staatsarchivs, hrsgg. v. Friedrich Stieve. Berlin 1926.

II. Bücher, Zeitungen und Zeitschriften.

As quith, H. H.: The Genesis of the War. London 1923.

 Life of Lord Oxford and Asquith. London 1932, by J. A. Spender and Cyril Asquith. Bd. I. u. II.

Beazley, Sir Raymond: Road to Ruin in Europe, 1890—1914. London 1932.

Bernhardi, Fr. von: Deutschland und der nächste Krieg. Stuttgart 1913.

Bethmann Hollweg, Th. von: Betrachtungen zum Weltkriege. Berlin 1919, 1924.

Bourgeois, E.: La Mission de Lord Haldane à Berlin. Févr. 1912. Revue des deux mondes, 96 e anm. 35. 1926 (881—910).

Brandenburg, E.: Von Bismarck zum Weltkriege. Die deutsche Politik in den Jahrzehnten vor dem Weltkriege. Berlin 1925.

Bülow, B. von: Denkwürdigkeiten. Hrsgg. von Fr. von Stockhammern, Berlin 1930/31.

Churchill, W. S.: The world crisis. London 1923 — 30. Bd. I. 1911-14. Delbrück, H.: Der deutsche Flottenbau und der Weltkrieg. In: Kriegsschuldfrage 3. 1925 (S. 552—554).

- England und der Weltkrieg, in: "Kriegsschuldfrage", 3. 1925 (S. 410-412).

Zur deutschen Flottenpolitik. In: "Kriegsschuldfrage" 3. 1925, (S. 228-230).

Eckardstein, H. von: Lebenserinnerungen und politische Denkwürdigkeiten Leipzig 1929.

Farrer, J. A .: Die europäische Politik unter Eduard VII. München.

Fay, S. B.: The Origins of the world war. 2 Bde. Newyork 1928.

Fisher, J. A.: Memories. London 1919.

Gooch, G. P.: Recent revelations of European diplomacy. London 1927.

— History of modern Europe. 1878—1919. London 1928.

Grey of Fallodon, E.: Twenty five years — 1892—1916. London 1925 2 Bde.

Haldane, R. B.: Before the War. London 1920.

- An autobiography. London 1929.

Haller, J.: Die Ära Bülow.

Hammann, O.: Der neue Kurs. Berlin 1918.

- Um den Kaiser. Berlin 1919.

Hartung, F.: Die französische Außenpolitik im Winter 1911 u. 1912. in: "Kriegsschuldfrage". 8. 1930. (S. 20—32.)

Hashagen, J.: Der Wendepunkt in der Vorgeschichte des Weltkrieges. In: Arch. f. Pol. u. Geschichte. 4. 1925. (S. 504—508).

Hassel, U. von: Tirpitz, sein Leben und Wirken mit Berücksichtigung seiner Beziehungen zu Albrecht von Stosch. Stuttgart 1920.

Hauser, H.: Histoire diplomatique de l'Europe. 1871—1914. Paris 1929, 2 Bde. Manuel de politique européenne.

Helfferich, K.: Die Vorgeschichte des Weltkrieges. Berlin 1919.

Herre, P.: Tirpitz und der Bau der deutschen Flotte. In: "Kriegsschuldfrage, 8. 1930. (S. 401-413).

Herzfeld, H.: Der deutsche Flottenbau und die englische Politik. In: Arch. f. Pol. u. Geschichte. 6. 1926. (S. 97—146).

History, The Cambridge, of British foreign policy 1783—1919. Bd. 3. Ed. by A, W. Ward and G. P. Gooch, Cambridge 1923.

Hoch, W.: Der Ursprung des deutsch-englischen Gegensatzes und die Lehren des Weltkrieges, in: Arch. f. Pol. u. Geschichte. 1. 1923 (S. 163-182 - 244-259).

Huldermann, B.: Albert Ballin. Oldenburg 1922.

Jäckh, E.: Kiderlen-Wächter, der Staatsmann u. Mensch. Stuttgart 1925. Jagow, G. von: Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges. Berlin 1919. Jellicoe, E. G.: Playing the game. London 1924.

Kehr, E.: Die deutsche Flotte in den neunziger Jahren und der politischmilitärische Dualismus des Kaiserreiches. In: Arch. f. Politik u. Geschichte. 9. 1927. (S. 187—202).

Kehr, E.: Schlachtflottenbau und Parteipolitik, 1894—1901, Berlin, 1930. Kjellen, R.: Dreibund u. Dreiverband. München 1921.

Lee, S.: Life of King Edward. 2 Bde. 1925-27. London.

Lutz, H.: Lord Grey und der Weltkrieg. Berlin 1927.

- Meinecke, Fr.: Geschichte des deutsch-englischen Bündnisproblems. 1890—1901. München 1927.
- Die Legende von der verschmähten englischen Freundschaft. 1891–1901. In: Historische Zeitschrift, 140. 1929 (S. 404–406).
- Metternich, P.: Meine Denkschrift über die Flottennovelle vom 10. Januar 1912. Europ. Gespräche 4. 1926 (S. 57-76).
- Morley, John Viscount: Memorandum on Resignation August 1914. London 1928.
- Näf, Werner: Kriegsursachen und Kriegsschuldfrage von 1914. Bern u. Leipzig 1932.
- Nicolson, H.: Sir Arthur Nicolson. Bart. First Lord Carnock. A study in the old diplomacy. London 1930.
- Obst, E.: England, Europa und die Welt. Berlin Grunewald, 1927.
- Poincaré, R.: Au service de la France. Paris 1926.
- Pribram, A. F.: England and the international policy of the European great powers. 1871—1914. Oxford 1931.
- Rachfahl, F.: Die deutsche Außenpolitik in der wilhelminischen Ära. Arch. f. Pol. u. Gesch. 2. 1924 (S. 368-405), 3. 1924 (S. 9-66).
- Renouvin, P.: Les origines immédiates de la guerre. Paris 1927. Rothfels, H.: England und die Aktivierung der Entente im Jahre 1912. In: "Kriegsschuldfrage". 3. 1925 (S. 201—211).
- Entgegnung in: Kriegsschuldfrage, 3. 1925. (S. 413-418. 554-558).
- Zur Beurteilung der englischen Vorkriegspolitik. In: Archiv f. Pol. u.. Gesch. 7. 1926. (S. 599—615).
- Zur Beurteilung Greys, in: "Kriegsschuldfrage", 5. 1927 (S. 350-354, 457-465, 465-466, 467-468).
- Schoen, von: Erlebtes. Stuttgart 1921.
- Schmitt, B. E.: The coming of the war. 1914, 2 Bde, Newyork 1930.
- England and Germany. 1740-1914. Princeton 1918.
- Schwertfeger: Zur europäischen Politik. Bd. I. u. IV.
- Tirpitz: A. von: Erinnerungen. Leipzig 1919.
- Der Aufbau der deutschen Weltmacht. Berlin u. Stuttgart, 1924.
- Uplegger, Fr.: Die englische Flottenpolitik vor dem Weltkriege. 1904 bis 1909. Stuttgart, 1930.
- Wegerer, A. von: Sir Arthur Nicolson u. Englands Weg in den Weltkrieg. In: "Kriegsschuldfrage". 8. 1930. (S. 414-447).
- Wermuth, A.: Ein Beamtenleben. Berlin 1922.
- Wilhelm II.: Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918. Leipzig u. Berlin 1922.
- Wilhelm, Kronprinz: Erinnerungen. Aus den Aufzeichnungen, Dokumenten, Tagebüchern und Gesprächen. Hrsgg. von Karl Rosner. Stuttgart 1922—1923.
- Wolff, Th.: Das Vorspiel. München 1928.
- Zorger, Fr.: Haldanes Mission im Jahre 1912. Frankfurt/Main, Leipzig 1928.

American Secretaries of State and their Diplomacy. Ed. by Samuel Flags Bemis. Bd. 9. Newyork 1928/29.

Beard, C. A.: The Navy: Defense or portent? Newyork 1932.

Beckles, Willson: Americas Ambassadors to England. 1785—1928. London 1928.

Bernstorff: My three years in America. Newyork 1920.

Bishop, J. B.: Theodor Roosevelt and his time. Newyork 1920.

Bryce, James: International Relations. Lectures. Newyork 1927.

Carroll, E. Malcolm: French public opinion and foreign affairs. 1870 bis 1914. Newyork 1931.

Coolidge, A. C.: The United States as a world power. Newyork 1908.

Cortissoz, Royal: The Life of Whitelaw Reid. Bd. 2. Newyork 1921. Davis, E.: History of the Newyork—Times. 1851—1921. Newyork 1921. Dennett, Tylor: Roosevelt and the Russo-Japanese War. Newyork

1925.

Denny, Ludwell: America conquers Britain. Newyork 1930.

Dunning, W. A.: The British Empire and the United States. Newyork 1919.

Faust, Albert Bernhard: The Germans in the United States. Newyork 1916.

Fraser, Herbert F.: Foreign Trade and World Politics. Newyork 1926. Fried, Alfred H.: The Fundamental Causes of the World War. Newyork 1915.

Gerard, J. W.: My Four Years in Germany. Newyork 1917.

- Face to Face with Kaiserism. Newyork 1918.

Grattan, C. Hartley: Why we fought. Newyork 1929.

Hendrick, B. J.: The Life and Letters of Walter H. Page. London 1922.

Hill, D. J.: Impressions of the Kaiser London 1919.

Kerrick, H. S.: Military and Naval America. Newyork 1917.

Long, J. D.: The new American Navy. Newyork 1903.

Mahan, Captain A. T.: United States Navy. The Interest of America in Sea Power. Present and future. London 1897.

Naval Administration and Warfare. Boston 1908.

- The Interest of America in International Conditions. Boston 1910, 1918.

The Influence of Sea Power upon History. Boston 1890, 1917.

 Retrospect and Prospect, studies in international relations Naval and Political. Boston 1903.

- Armaments and Arbitration. Newyork 1912.

Moore, F.: America's Naval Challenge. Newyork 1929.

Mowat, R. B.: The Diplomatic Relations of Great Britain and the United States. London 1925.

Root, Elihu: Politique Exterieure des Etats-Unis. Paris 1927.

Sullivan, Mark: Our Times, Pre-War America. Newyork 1930.

Thayer, W. R.: The Life of John Hay, I. u. II. Newyork 1915. Wertheimer, Mildred S.: The Pan-German League. 1890—1914. Newyork 1924.

White, Andrew D.: Autobiography, Bd. II. London 1905.
Wile, F. W.: The Men around the Kaiser. Indianapolis 1914.
White, E. B.: American opinion of France, from Lafayette to Poincaré.
Newyork 1927.

New York Herald.

"Those Terrible" Germans: and the Herald. 19. Dez. 1909, S. 10, Sp. 4. "Those Terrible" Germans: Story of 25. Dez. 1909, S. 3, Sp. 1. "Those Terrible" Germans: Editorial. 9. Jan. 1910, S. 10, Sp. 3. "Those Terrible" Germans: Again. 24. April 1910, S. 11, Sp. 5. Business Monopolized by Germans. 8. Juli 1910, S. 9, Sp. 4. Austria only Ally in case of war. 6. Nov. 1908, S. 9, Sp. 2. England not menaced. 14. Sept. 1908, S. 11, Sp. 2. Navy to protect German commerce. 28. Okt. 1908, S. 11, Sp. 3. English Naval secrets. 6. Jan. 1909, S. 7, Sp. 7. Kiderlen Wächter, von 29. Juni 1910, S. 11, Sp. 2. Press Aid cause of amity. 18. Nov. 1909, S. 10, Sp. 5. Improvement in relations. 26. Nov. 1909, S. 8, Sp. 5. English Friendship sincere. 14, März 1910, S. 9, Sp. 1. French War would be unpopular. 6. Nov. 1908, S. 9, Sp. 1, Great Britain could be invaded. 26. Nov. 1908, S. 11, Sp. 4. Great Britain asked for an understanding. 11. Jan. 1909, S. 11, Sp. 2. Race in Naval Armament. 30. März 1909, S. 9, Sp. 3. Plots of Germany and Japan. 26. April 1909, S. 9, Sp. 2. British Trade being captured. 14. Mai 1909, S. 9, Sp. 5. "Germany wants no war". 8. Okt. 1909, S. 10, Sp. 2. British fears of invasion. 6. Nov. 1909, S. 9, Sp. 1. Mr. Balfour and Naval Alarm. 7, Jan. 1910, S. 11, Sp. 4. Great Britain and Germany in China. 13. April 1910, S. 11, Sp. 1. Mr. Balfour and German Navy. 21, Okt. 1910, S. 11, Sp. 1. Relations with Great Britain. 11. Dez. 1910, S. 12, Sp. 3. German hostility to United States. 13. Juli 1908, S. 3, Sp. 1. Navy increase denied. 3. Okt. 1908, S. 9, Sp. 1. Newspapers to moderate tone of Criticism. 7. Nov. 1908, S. 9, Sp. 5. Naval Armaments. 11. Dez. 1908, S. 11, Sp. 1. Naval Growth. 21. Okt. 1910, S. 11, Sp. 1. Reichstag, Naval Budget. 25. März 1909, S. 9, Sp. 6. Reichstag, Pleads for Peace. 1. Dez. 1909, S. 11, Sp. 2. "The American Peril". 13. Juli 1909, S. 9, Sp. 5. Germany a friend. 21. Dez. 1909, S. 5, Sp. 2. Emperor William, English Interview. 31. Okt. 1908, S. 11, Sp. 1. German Hansa League, 14. Juni 1909, S. 9, Sp. 4.

Emperor William, English Interview. 2. Nov. 1908, S. 9, Sp. 2. Socialists, and the Emperor. 8. Nov. 1908, S. 11, Sp. 6. German Emperor. 24. Nov. 1908, S. 3, Sp. 6. Warlike preparations. 14. Dez. 1908, S. 11, Sp. 2. Germany wants no war with England. 8. Okt. 1909, S. 10, Sp. 2. No talk of war. 9. Okt. 1909, S. 9, Sp. 5. Wilhelmshaven, new Naval base. 8. Mai 1910, S. 2, Sp. 1. Ready for war, hostile signs lacking, 10. Nov. 1910, S. 11, Sp. 2. Germans ready to resist. 11. Sept. 1911, S. 9, Sp. 1. American exporters scare Germany. 25. Febr. 1912, S. 10, Sp. 3. Austria will be aided with sword. 3. Dez. 1912, S. 11, Sp. 3. Anglo-German crises, american bankers, 8. Dez, 1911, S. 11, Sp. 5. Balkan Diplomacy against England. 13. Okt. 1912, S. 11, Sp. 1. England and Germany compared. 3. April 1911, S. 15, Sp. 2. Size of English Navy. 19. März, 1912, S. 11, Sp. 3. English Articles for Peace. 23, Mai 1912, S. 11, Sp. 5. Export Trade and financial outlook. 11. Juni 1912, S. 14, Sp. 7. France, possible war. 31. Aug. 1911, S. 9, Sp. 6. War spirit on both sides. 13. März 1913, S. 10, Sp. 3. Great Britains speeches distrusted 17. Dez. 1911, S. 11, Sp. 3. Great Britains Peace not sure. 22. Febr. 1912, S. 11, Sp. 1. Great Britains relations improved. 20. Mai 1913, S. 13, Sp. 6. Junkers reign supreme, 9, Sept. 1911, S. 9, Sp. 2. Prosperity amazes. 10. Sept. 1912, S. 6, Sp. 2. Navy League meeting. 29. Mai 1911, S. 11, Sp. 6. Naval increase Bill. 23. März 1911, S. 9, Sp. 3. British opinion on Peace attitude. 31. März 1911, S. 9, Sp. 1. Reichstag Debates on Disarmament. 24. Febr. 1911, S. 11, Sp. 2. Reichstag Debates on Bills. 23. April 1912, S. 9, Sp. 3. Reichstag Army and Navy increase Bill. 26. April 1912, S. 11, Sp. 6. Reichstag Army and Navy increase Bill. 15. Mai 1912, S. 11, Sp. 2. Reichstag Army and Navy increase Bill. 22. Mai 1912, S. 13, Sp. 4. Germany is "sun" of Europe. 13. Okt. 1912, S. 10, Sp. 2. US. Fleet will be welcome. 23, April 1911, S. 11, Sp. 1. Germany's commercial relations. 13. Dez. 1911, S. 4, Sp. 5. Need described for war-defences. 6. April 1913, S. 6, Sp. 1.

American Review of Reviews:

Why Germany should have a Navy. Mai 1905, S. 626. No real anti-Engl. Feeling in Germany. Mai 1905, S. 632. Anglo-German Rivalry. März 1912, S. 281. Isolation of Germany. Jan. 1912, S. 59. The Anglo-German Peril. Jan. 1912, S. 58. The restraining of John Bull. Jan. 1905, S. 4. Is Germany Englands ennemy? Febr. 1905, S. 238.

The Kaiser's Policy. Mai 1905, S. 529. Britain's Preparations for war. Jan. 1909, S. 24. The British Monarch in Berlin. März 1909, S. 284. Germany's financial difficulties Mai 1909, S. 537. War scares in England Juni 1909, S. 656. The Epoch of Roosevelt. März. 1909, S. 343.

Atlantic Monthly.

England and Germany. März 1908, S. 397. The delusion of Militarism. März 1909, S. 379. The Year in Germany. Jan. 1909, S. 103. England and Germany. Mai 1910, S. 617. American Naval Expenditures. Jan. 1911, S. 34. The U. S. Navy. Aug. 1911, S. 258. The dangers of War in Europe. Jan. 1913, S. 3. The European Tragedy. Nov. 1914, S. 684. British Liberalism. Nov. 1914, S. 665. Kaiser and his People. Okt. 1914, S. 566.

The American Historical Review: German foreign Policy. 1904—1906. Jan. 1928.

The Worlds Work:

England and Germany, will they fight. Febr. 1910, S. 12 571. How Dreadnoughts have brought war. Dez. 1909, S. 12 315. A New Reason for Peace. Mai 1910, S. 12 927. A Dramatic Decade of History. Jan. 1911, S. 13 876. The coming of the Dreadnoughts. Jan. 1911, S. 13 898. Arbitration but not Alliance. Juni 1911, S. 14 428. Germany and Armament. Dez. 1911, S. 149. Looking the new Year in the face. Jan. 1912, S. 250. Programme Carnegie Peace Fund. Febr. 1912, S. 374. German political crisis. März 1912, S. 494. The Perennial bogey of War. Dez. 1912, S. 191.

The Century Magazine:

The Call of the World to Peace. April 1910, S. 952. Germany as a Sea-Power. Juli 1912, S. 398.

Current Opinion:

The Dreadnought Race between Gr. Brit. and Germany. April 1913, S. 284.

Yale Review:

Peace and War. 1913. Jan. 1914, S. 275.

Scribners Magazine:

Some Reflections on the Growth of the German Navy. Juli 1910, S. 117. The Insurance of Peace. Febr. 1912, S. 186.
Germany and the Germans. Nov. 1912, S. 513.
Germany and the Germans. Dez. 1912, S. 667.
Germany and the Germans. Febr. 1913, S. 233.
Germany and the Germans. April 1913, S. 468.
Germany and the Germans. Mai 1913, S. 545.

The Independent:

The Germans in Manila Bay. 9. März 1914. Rumored Anglo-German Compact. 12. Jan. 1914.

The Outlook:

Great Britains foreign Policy. 6. Jan. 1912, S. 5. Germany's position. 20. Jan. 1912, S. 112. The English Naval Programme. 30, März 1912, S. 711. A Rebuff to German Emperor. 8. Juni 1912, S. 285. England and Germany. 8. Juni 1912, S. 285. Great Britain's foreign Policy. 9. Dez. 1911, S. 845. The head of the British foreign Office. 23. Dez. 1911, S. 944. Germany and Morocco. 15. Juli 1911, S. 562. Situation in Morocco. 5. Aug. 1911, S. 760. German Jingoism. 22. April 1911, S. 858. A Prophetic Speech. 25. März 1911, S. 613. Nationalism and international Relations. 1. April 1911, S. 719. Division of Peace. 8. April 1911, S. 772. The new battle-ships. 4. Juni 1910, S. 232. King Edward of England. 14. Mai 1910, S. 55. International Peace. 7. Mai 1910, S. 20. Roosevelt in Europe. 4. Juni 1910, S. 254. The World Movement. 14. Mai 1910, S. 63. In the Kaiser's workroom. 22, Jan. 1910, S. 158. The New Year, what we exspect. 4. Jan. 1913, S. 13. German Armor Scandal. 3. Mai 1913, S. 6. The German Army. 12. Juli 1913, S. 545. A Years Holiday. 1. Nov. 1913, S. 457. Shall Militarism triumph in Germany. 13. Dez. 1913, S. 775.

